

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18008.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Sturm im Reichstag.

Angriff des Kanzlers auf die Unabhängige Sozialdemokratie.

Vom eigenen Pfeil durchbohrt!

„Und sie trugen einen Toten hinaus...“ Dies Wort des Evangeliums gibt das Fazit der Reichstagsführung vom 9. Oktober. Herr Dr. Michaelis zog aus, die Unabhängige Sozialdemokratie zu erledigen und mit dieser Trophäe das einigermaßen komponierte Ansehen der Regierung wiederherzustellen. Aber der Pfeil, den er absandte, flog auf den Schützen zurück. Die Regierung des Kanzlers Dr. Michaelis ist, die blutend vom Kampfplatz dieses Tages getragen wurde. Die Unabhängige Sozialdemokratie aber lebt und wird weiter wachsen an Kraft und Zahl.

Der 9. Oktober 1917 wird in der „inneren Kriegsgeschichte“, d. h. in der Geschichte der inneren Kämpfe um die Kriegspolitik als ein bedeutsamer Tag verzeichnet werden. In diesem Tage hat sowohl das System, dem Herr Michaelis den Namen gibt, wie das Parteien-System, das am 10. Juli errichtet wurde, einen harten Stoß erlitten. Ob die Konsequenzen daraus alsbald gezogen werden oder ob man ihnen noch einmal oder auch mehrmals ausweichen, diese Entscheidungen können auf die Dauer nicht ohne Folgen bleiben. Dieser Tag bezeichnet einen Abschnitt.

In Anwesenheit trat der Reichstag am Vormittag zusammen. Man wußte, daß die Verkleisterungsversuche, die am Montagvormittag mit viel Eifer im Haushaltsausschuß unternommen worden waren, den Reich nur unvollkommen zu schützen vermocht hatten, den Herr Stein und Herr Helfferich am Sonntagabend herausfordernd zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit aufgerissen hatten. Der Schrei nach dem Meißel, den der Vorwärts in seiner Sonntagsnummer so beweglich hatte ertönen lassen, der auch noch in den Worten Eberts in der Geschäftsbordnungsdebatte der Montag-Reichstagsführung vernichtend als Unterion zu hören ist, war vergeblich gewesen. Zwar haben Zentrum und Fortschrittler sich mit den ungenügenden Erklärungen des Reichskanzlers im Hauptausschuß zufriedengegeben. Aber die Scheidemannfraktion hatte angesichts der ganzen Sachlage diese erneute Vertuschung nicht mehr hinnehmen können, wenn sie nicht den letzten Rest von Kredit einbüßen wollte. Sie mußte erkennen, daß sie am Abgrunde stehen und mußte versuchen, sich im letzten Moment noch vor dem Abbruch zu bewahren. Ob es nicht schon zu spät war, ob sie noch die Kraft zur Umkehr haben wird, das muß die nächste Zukunft zeigen. Wir sind mit gutem Recht pessimistisch.

Man mußte bei Sitzungsbeginn, daß die Scheidemannfraktion sich endlich entschlossen hatte, der Regierung eine Abfrage zu erteilen, daß sie für das Misstrauensvotum stimmen wollte, daß die Unabhängige Sozialdemokratie eingebracht hatte. Damit war die Reichstagsmehrheit des 10. Juli in einer bedeutsamen Frage zerfallen und damit war vom Mißgalt der Regierung im Parlament ein Stille abgebrochen, erfuhr ihre Stellung vor dem In- und Auslande eine schmerzliche Schwächung. In dieser Situation versuchte die Regierung eine Ablenkung. Ein scharfer Vorstoß gegen die äußerste Rechte sollte die Entschiedenheit und Energie beweisen, die man am Regime Michaelis in den wichtigsten Fragen immer wieder vermehrte. Die Aufdeckung einer hochverräterischen Verschwörung konnte die auseinanderfallenden Regierungsparteien zur Abwehr der schweren Gefahr wieder zusammenführen. Aber es kam anders, ganz anders. Der letzte Reichskanzler gedachte als Bismarck zu kommen, aber es langte nicht einmal zum Puttkamer und die energische Abwehr der Reichsliberalen, die sofort zur Offensive übergingen, erwies die sachliche Grundlage der Aktion, die „Poppiere“ des Marinestaatssekretärs als leere Makulatur.

Mit einer frischen, eindrucksvollen, energiegelichen zupackenden Rede — Herr Kaempf unterbrach sie mehrere Male durch Ordnungsrufe — eröffnete Genosse Dittmann die Debatte. Einen Punkt seines reichhaltigen Anlagematerials, das Verbot der unabhängigen Presse und Literatur in der Marine — übrigens sind auch einige Blätter der Abhängigen mit auf die Proskriptionsliste gekommen, ob mit Absicht oder aus Versehen, bleibe dahingestellt — und die furchtbaren Urteile, die gegen eine Anzahl unglücklicher Matrosen ergingen, dachte die Regierung zum Einschlagen des Patens zu benutzen, der ihr neuen Halt gewähren sollte. Herr Dr. Michaelis führte den ersten Streich — die Nicht- und Kammerklärung der Unabhängigen Sozialdemokratie — und der Staatssekretär der Marine lieferte als zweiten Dieb die Begründung. Im Fraktionszimmer

der Unabhängigen Sozialdemokratie, so lautete die Anklage, ist eine hochverräterische Verschwörung ausgeheckt worden, drei Führer der Unabhängigen haben im Verein mit missetzten Angehörigen der Flotte den Bestand des Deutschen Reichs zu untergraben unternommen.

Es ist schwer, das Gemisch von Empfindungen zu beschreiben, mit denen die verschiedenen Bestandteile des Parlaments diese schwere Anklage aufnahmen. Auf der äußersten Linken explodierte der empörte Protest in den heftigsten Zwischenrufen, die auch auf Teile der Abhängigen übergriffen, in denen sich bei dieser Wiedererweckung sozialistengesetzlicher Praktiken das proletarische Gefühl wieder regte. Minutenlang konnte der Kanzler vor dem Sturm der Entrüstung nicht weiterreden, zumal ihm die Konservativen durch lärmenden Beifall zu Hilfe eilten. Ueber Liberalen und Zentrum aber lagerte zuweilen belommenes Schweigen. Den Herren der Mitte machten über die Klugheit solcher Aktion im vierten Kriegsjahr bängliche Gedanken aufsteigen; sie mochten sich fragen, welchen Eindruck es im Auslande erwecken müsse, wenn der Kanzler eine Partei hochverräterischer Umtriebe bezichtigt und sie als minderwertigen Reichs erklärt, welchen Eindruck auf die Hunderttausende von Anhängern dieser Partei im Volke wie im Heer, die doch auch mit durchhalten mußten.

Und diese bänglichen Bedenken wurden dann durch den weiteren Verlauf der Debatte noch weit über den Umfang dieser rein opportunistischen Erwägungen hinaus gerechtfertigt. Stille für Stille brach die Anklage der Michaelis und Capelle vor den wuchtigen Streichen der Genossen Haase, Voglherr und Dittmann an. Und Stille für Stille wuchs die schwere Gegenanklage empor. Wer in diesem Nebeneinander der verlierende Teil war, darüber werden sich auch die Konservativen keinerlei Täuschung hingeben, so wenig sie es auch öffentlich zu erkennen gaben und geben werden. Man verfolge die geraden, überzeugenden Darlegungen der drei „Angeklagten“ mit dem Hin und Her der beiden Regierungsvertreter, das schließlich in einem sehr wenig imposanten Verlegenheitsgespräch verhandelt, und man weiß genug. Die Hilflosigkeit hockte breit am Regierungstisch. Und das lag nicht bloß an den Persönlichkeiten, das lag zu einem erheblichen Teil auch an der Qualität der Sache, die von dort aus zu vertreten war. Eine Hochverratsanklage läßt sich nicht auf bloße verdächtigende Hinweise auf „Verlegungen“ und „Agitationsmaterial“ aufbauen, da es eben durchaus erlaubte Beziehungen und durchaus legales Agitationsmaterial gibt. Und bei dem Versuch des Nachweises, daß es sich hier in beiden Punkten um Strafbares handle, ließen die Akten des Marinegerichts die Regierungsvertreter schände im Stille.

Für unsre Redner suchte unsre gute Sache. Aber die Empörung und der Jörn gaben ihnen Reden über das sachlich Treffende hinaus den großen leidenschaftlichen Schwung und hoben sie auf eine Höhe der Wirkung, die nicht alltäglich war. Gleich die erste Rede des Genossen Haase packte das Haus und erschütterte die Hörer und die Welt auch dem nachträglichen Leser noch aus Herz greifen. In wenigen knappen Sätzen gab er eine so erschöpfende Darstellung des Sachverhalts und in Worten, die wie gemeißelt dastehen, kennzeichnete er die politische Lage und die Motive, aus denen diese Regierungsdiktatur floß. Schlagend und eindrucksvoll waren auch die Ausführungen der Genossen Voglherr und Dittmann, und Genosse Haase, der den Angreifern immer wieder unermüdet zu Leibe ging, erreichte noch einige Male die prächtige Höhe seiner ersten Erklärung. Die Unabhängige Sozialdemokratie darf sich freuen, in solcher Lage solche treffliche Vertreter ihrer Sache gehabt zu haben. Sie darf den 9. Oktober als einen Tag nicht gewöhnlichen Erfolges buchen.

Das zeigt auch die Haltung der andern Parteien. Daß die Konservativen durch Graf Westarp dem Reichskanzler, der in die Fußspuren Puttkamers zu treten sich anstellt, ihren Beifall ansprachen, daß der Freikonservative Wertin in einer besonders klaren Weise die bedenkliche Regierungsleistung durch die Liberalen suchte — er empfing dafür eine Kennzeichnung durch den Genossen Haase, die diesem einen Ordnungsruf eintrug —, beweist natürlich nichts dagegen. Aber die Erklärungen der Redner des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittler und besonders der abhängigen Sozialdemokraten sprechen deutlich genug. Herr Ebert sand Löwe, die an seine besseren Zeiten erinnernden. Den Schatten des Sozial-

listengesetzes beschwört ein deutscher Staatsmann selbst vor abhängigen Sozialisten noch nicht ganz ungestraft herauf.

Deshalb glauben wir noch nicht stracks an eine sozialdemokratische Wiedergeburt der Scheidemänner. Und wir sind weit davon entfernt, die Tatsache, daß Herr Ebert der Regierung mit sehr scharfen Worten attestierte, er werde den Tag preisen, da sie das Zeitliche segne, und daß seine Fraktion für das Misstrauensvotum der Unabhängigen Sozialdemokratie stimmte, zu überschätzen. Ob diesem ersten Oppositionsschritt weitere folgen werden, das ist noch sehr abzuwarten. In der Fraktion Scheidemann ringen zwei Strömungen miteinander. Wir sehen sie in den Reden ihrer beiden Sprecher in dieser Debatte vertreten. Für Herrn David ist es bezeichnend, daß er bei dem gebotenen prinzipiellen Protest gegen die Regierung der Unabhängigen Sozialdemokratie eine große staatsmännische Zurückhaltung zu bewahren wußte, daß Ebert die nötige wärmere Note geben und die scharfe Abfrage an die Regierung erlassen mußte, daß die Rede des Fortschrittlers Raumann sich in dem besagten Punkte sehr vorteilhaft von den Ausführungen des Sozialisten David unterscheidet. Ob die Richtung David, ob die Richtung Ebert die Oberhand gewinnen wird, das wissen wir zur Zeit noch nicht. Borerst hat die letztere sich durchgesetzt. Sie hat eine Wendung eingeleitet, die ein Eingeständnis ist. Das melancholische Eingeständnis, daß die Politik, die die Fraktion Scheidemann seit dem 1. August verfolgt hat, sie in die Sackgasse geführt hat, daß die Voraussage, die Genosse Haase in der schicksalsschweren Fraktionsführung des 2. August tat, daß die Sozialdemokratie bei der damals beschlossenen Taktik die Geprallte sein werde, nur zu sehr eingetroffen ist. Die Scheidemänner stehen vor einem Haufen Scherben. Ihre Missionen beginnen zu zerfallen. Sie werden noch reiflich erkennen müssen, daß sie den Schatz des Proletariats gegen wertloses Rahengold hingeben haben, daß die Mächte, deren Verhältnis zur Regierung sie jetzt zur Abgabe an den Kanzler gewonnen hat, jene solche Kraft hätten gewinnen können, wenn die Vertretung der deutschen Arbeiterklasse von Beginn des Krieges an Fuß beim Mele gehalten hätte.

Ein neuer Abschnitt der inneren Kriegsgeschichte beginnt. Koalitionen, Parteigruppierungen zerfallen, die Krise will aus den Regierungskreisen nicht mehr weichen. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird in dieser Lage vor große Aufgaben gestellt. Der 9. Oktober gibt uns die Hoffnung, daß sie sich ihnen gewachsen zeigen wird. Der 9. Oktober kann ein Schritt auf dem Wege zum Frieden der Verständigung, zur Erlösung der tausenden Völker von der Geißel des Weltkrieges werden. Es gilt, seine Ergebnisse auszunutzen.

Die Presse zur Reichstagsführung.

Der Reichskanzler hat gestern völlige Klarheit über seine Stellung geschaffen in der inneren, wie in der äußeren Politik. Er hat eine Auslegung der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, wie er sie aussieht, gegeben. Wer nicht mit Windheit geschlagen ist, der mußte namentlich nach den vorausgegangenen Ausführungen des Genossen Dittmann über den Zusammenhang zwischen den Alldeutschen und der Regierung erkennen, daß diese Auslegung nichts war als der Versuch, die zweideutige Politik der Regierung fortzusetzen. Die Phrasologie soll den Alldeutschen die Möglichkeit geben, den Reichskanzler als einen der Ihren zu betrachten — was er unzweifelhaft ist. Die Bezugnahme auf das Friedensangebot vom 10. Juli sollte die Mehrheitsparteien beschwichtigen. Aber der Schleier, den der Reichskanzler bisher über seine Politik zu decken verucht hatte, ist zerfallen. Heute weiß ein jeder, wer Herr Michaelis ist und in welchem Lager er steht, wenn ihn auch die Presse der bürgerlichen Parteien innerhalb des Mehrheitsblocks noch für ihre Friedensziele reklamiert. Entweder will diese Presse ihre Politik des Misstrauens noch fortsetzen, oder ihre Friedensziele sind in Wahrheit die des Reichskanzlers, nämlich alldeutsche.

Soviel sich jetzt die Presse übersehen läßt, hat sich die Regierung des Herrn Michaelis mit ihrer Hochverratsanklage einen Stoß verfehlt, der sie weit mehr erschüttern muß als die Vorfälle vom letzten Sonntagabend. Die Presse der bürgerlichen Linken, bis in die Kreise der Nationalliberalen verurteilt den Ablenkungsversuch des

Reichsanwalt. Im Berliner Tageblatt schreibt Theodor Wolff:

Wo aber ist für solche Schuld der gültige Beweis? Und was ist das für ein eigentümliches Justizverfahren, das der oberste Beamte des Reichs, der Reichsanwalt, und nach ihm der Staatssekretär des Reichsmarineamts, auf der Rednertribüne gegen diese Abgeordneten eröffnet hat? Wie — zwei Matrosen werden verhaftet, sagen aus, daß sie von den Abgeordneten Material erhalten hätten, und sie werden nicht mit diesen Abgeordneten konfrontiert? Der Reichsanwalt stellt nicht den Antrag, die Immunität dieser Abgeordneten aufzuheben und die drei Beschuldigten den Matrosen gegenüberzustellen? Die Matrosen werden erschossen, und nachdem sie aus dem Leben ausgeschieden sind, nicht mehr Zeugnis ablegen können, wird — nicht etwa in einem Gerichtszimmer, sondern in einem gerade gezeichnet scheinenden Augenblick im Reichstage — ihre Aussage plötzlich hervorgeholt? Die gestellte und reblich denkende, nicht durch Parteihaftigkeit verirrte Mehrheit des deutschen Volkes, Herr Reichsanwalt, will Recht für jedermann, Strafe für jedes bewiesene Vergehen, aber nicht ein Tendenzverfahren, das außerhalb aller rechtlichen Regeln, mit deutlicher politischer Nebenabsicht effektvoll in Szene gesetzt wird!

Und zum Schluß: Die Regierung hätte mit dieser Rede — des Herrn von Kühlmann — sich gefälligst eine glückliche Stimmung bereitet — hätte der Herr Reichsanwalt nicht außerhalb des politischen Brauchs und der rechtlichen Garantien einen trüben Sensationsfall gesucht?

Die Vossische Zeitung schreibt: Der Vorstoß, den der Reichsanwalt mit Unterstützung des Staatssekretärs v. Capelle gegen die unabhängigen Sozialdemokraten richtete, hat sich als der denkbar bedauerlichste und schwerste Mißgriff erwiesen. Eben war der unglückliche Fall Delfers überwinden und sojehlich wird ein neuer Fall geschaffen, den man vielleicht als „Fall Capelle“ wird bezeichnen können, für den aber der Reichsanwalt selbst in vollem Maße die Verantwortung trägt.

Die Morgenpost erinnert an den Fall Liebknecht und die linksnationalliberale Wertszeitung urteilt:

Daß man durch eigene Ungeschicklichkeit und infolge völligen Mangels an politischem Sinn den Gegnern eine entstandene Blöße preisgibt, ist doch wohl kaum dagesewen. Der Geduld und des Volkes mit dem bei uns herrschenden Regierungssystem wird wahrhaft viel zugenutzt.

Der Vorwärts überschreibt seinen Artikel über diese Vorgänge: Michaelis vor dem Ende.

Herr Michaelis, der Reichsmarineamtsekretär v. Capelle haben gestern in ganz unglücklicher Verantwortungslosigkeit den Reichstag zur Stätte eines wüsten Ständes gemacht. Nachdem der Unabhängige Dittmann in seiner Rede — man behandelte noch immer die Interpellation vom Sonnabend — den tieftraurigen Meuterei-Prozess von Wilhelmshaven gestreift hatte, überließ Herr Michaelis und Capelle das Haus mit der Beschuldigung, daß drei seiner Mitslieder, die Abgeordneten Haase, Bogner und Dittmann der intellektuellen Mittelschicht an einem militärischen Anführer überführt seien. Herr v. Capelle hatte immerhin noch Bestand genug, von vereinigten Vorparlamenten zu sprechen. Herr Michaelis aber ließ in gehässigen Andeutungen durchblicken, daß es sich um eine weltverwundende Verschwörung in der Marine gehandelt habe, um „eine kritische Stunde in der Marine“, in der „alles auf dem Spiele stand“. Und an dieser großen revolutionären Erhebung sollen die Führer einer Fraktion des Reichstages beteiligt gewesen sein! Das schändliche Unwahrheitswort, und es wird nicht glauben, daß das alles eine unflinckige Hebertreibung ist, erfunden von einem unfähigen Staatsmann, der ein Mittel suchte, um sich herauszureden und sein andres fand.

Es handelt sich tatsächlich nicht um eine große revolutionäre Verschwörung, sondern um einen Fall der militärischen Aufsehung, wie er bei der langen Dauer des Krieges wohl in allen Ländern vorgekommen ist. Und dafür, daß Reichstagsabgeordnete an diesen beschwerdigen Handlungen beteiligt waren, ist auch nicht der Schattenschein eines Beweises erbracht worden!

Nehmen wir aber an, das Unerwiesene wäre erwiesen, und deutsche Abgeordnete hätten wirklich mit dem Leben einzelner wie mit dem Schicksal der Nation in unverantwortlicher Weise gespielt. Auch dann wäre das Vorgehen der Regierung ungeschicklich und unverschämlich. Das Verfahren, das die Herren da eingeschlagen haben, ist ein wahrer Hohn auf ein geordnetes Rechtsverfahren, einen geordneten Rechtsstaat. In den Debatten über das parlamentarische System ist und oft die Theorie Montesquieus von der Dreiteilung der Gewalten — Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung — gerechtfertigt worden. Hier hat die Verwaltung vor der Gesetzgebung Anklage erhoben, und die Rechtsprechung in unerhörter Weise schiefgelegt.

Während die Presse der bürgerlichen Linken merkbar von der Taktik des Kanzlers und des Staatssekretärs der Marine abtrübt, wühlt sich die internationale Korrespondenz des Herrn Ernst Heilmann zur Verteidigung des Reichsanwalters berufen. Ihre Darstellung ist geradezu ein Hohn auf die Tatsachen. Nach seiner Darstellung habe die Regierung Michaelis ihre Situation im Reichstag nicht unwesentlich verbessert.

Alles, was er über die von den Blättern der bürgerlichen Linken charakterisierte Taktik sagt, besteht in dem lapidaren Satz: „Im übrigen scheint der Vorwurf nicht sehr haltbar... dazu ist ein Haase viel zu klug und ein Dittmann viel zu vorsichtig!“ Diese Methode, die beiden Gemossen der intellektuellen Mittelschicht und ihnen ebendrei den Vorwurf zu machen, daß ihre Taten nicht im Einklang mit ihren Ansichten stünden, richtet sich von selbst. Sie ist zu unanständig, als daß man entkiffelte Worte an sie verschleudern könnte. Der einzig kritische Satz, der sich gegen den Reichsanwalt richtet, der für die unabhängigen Sozialdemokraten einen Ausnahmestand proklamierte, lautet: „Er hat sich verirrt.“

Er hat sich also verirrt, wirklich und wahrhaftig verirrt! Aber Herr Ernst Heilmann wird ihm das verzeihen.

Die Regierung des Herrn Michaelis hat ihr Ziel erreicht: Die Reaktion, die Konservativen und ihr Anhang, die Deutsche Fraktion und die rechtsnationalliberalen haben ihr zu. Ihre Presse ist eifrig bemüht, die schwere Niederlage, die die Regierung erlitten hat, umzuwenden, in einen Sieg über die unabhängigen Sozialdemokraten. Das war nicht anders zu erwarten. Damit aber ist die Regierung des Herrn Michaelis noch deutlicher charakterisiert. Das müßte, wenn die bürgerlichen Parteien, die sich im Mehrheitsblock befunden haben, noch etwas auf ihr politisches Ansehen hielten, ihr Ende bedeuten. Einer Regierung, zu deren innerer Politik man in unterschiedenem Gegensatz steht, darf man auch kein Vertrauen in der äußeren Politik schenken. Die Regierung Michaelis hat gestern gezeigt, daß sie nach innen den höchsten Erwartungen der Wähler entspricht, und da soll man annehmen, daß dieselbe Regierung in der äußeren Politik die Wähler vor den Kopf stoßen werde? Indes, die bürgerlichen Parteien haben das Mißtrauensvotum abgelehnt, über die vernichtende Niederlage aber, die das Ansehen der Regierung Michaelis gestern erlitten hat, kann damit nicht hinweggesehen werden.

Zum Sozialistenkongress in Bordeaux.

So viel Hoffnungen die französischen Sozialisten auf den Kongress der Partei setzten, dessen Tagung am 7. Oktober in Bordeaux begann, so viel glaubten auch die französischen Reaktionsäre von ihm in der Richtung ihrer Wünsche erwarten zu dürfen.

Der Temps vom 30. September widmet der Tagung einen langen Artikel, der versucht, die Unterschiede zwischen Minderheit und Mehrheit zu definieren und gleichzeitig zu beweisen, daß der gesamte Sozialismus vaterlandsfeindlich und deshalb zu bekämpfen sei. Das Blatt greift darauf zurück, daß man auf dem Kongress der Seineföderation keine gemeinsame Resolution gefunden habe und daß die sorgfältig ausgearbeiteten Beschlüsse von Mehrheit und Minderheit bewiesen, daß die einen, obwohl sie jetzt noch auf den Ausschluß der Reintaler verzichteten, wollten, daß die sozialistische Partei ihren Willen bekämpfte, der Vaterlandsverteidigung und den von Wilson definierten Kriegsziele ihre besten Anstrengungen zu widmen, während die anderen in der Hauptsache die gemeinsame Aktion des Proletariats aller Länder und den Friedensschluß nach den Auffassungen der russischen Revolution fordern. Weiter lassen die einen die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung unter gewissen Umständen zu, während die anderen die Teilnahme an der Regierung ebenso wie die Geheimdiplomatie verurteilen. Die einen machen sich die Antwort auf den holländisch-skandinavischen Fragebogen zu eigen, während die anderen diese Antwort, die den Föderationen nicht vorgelegt worden ist, nicht als Diskussionsbasis wollen. Amüsant ist, daß der Temps behauptet, diese Antwort habe außerordentlich weit auf dem Wege des „schlimmsten revolutionären Internationalismus“. Er sieht trotz allem jedoch voraus, daß sowohl die einen wie die anderen ihre Anhänglichkeit an das Prinzip der Parteieinheit erklären werden.

Natürlich werden auch die Mehrheitsler gezwungen sein, Garantien zu geben, indem sie ihre sozialistischen Tendenzen darlegen. Sie glauben stoffliche Maßnahmen gegen die Ansammlung der Reichtümer jenseits zu müssen, sowie die finanzielle Staatskontrolle über die Industrie und die systematische Organisation von Produktion und Verteilung unter der Kontrolle der Allgemeinheit. Alles das müßte von der Bourgeoisie Frankreichs Punkt für Punkt diskutiert werden, denn man müsse sich der großen Gefahr bewußt bleiben, die der Sozialismus für das gesamte nationale Leben bilde, aber augenblicklich komme es ja noch mehr darauf an, den äußeren Feind zu bekämpfen.

Schließlich zeigt alles, daß die ernsteste Diskussion sich im Grunde über die Meinungsunterschiede bezüglich dieser Verteidigung gegen den äußeren Feind entspinne werde. Die Frage ist, ob der Krieg bis zum Triumph des Rechts fortgesetzt werden soll, oder ob man sich dahin begeben soll, mit dem deutschen Imperialismus und dem preussischen Militarismus zu verhandeln. Wenn man die Debatte von aller Phrasologie entleidet, wird sich herausstellen, daß sie sich um diesen Punkt dreht, und diese Debatte nimmt einen besonders ernsten Charakter durch die Tatsache an, daß eine Minderheit innerhalb der Minderheit versucht, den Abgeordneten die Ablehnung der Kredite aufzuzwingen.

Natürlich wird diese Haltung der Minderheit, der sich allmählich die Mehrheit anpassen werde, auf deutsche Reaktionen zurückgeführt. Die deutsche Propaganda bestrebe sich, überall die Meinungen zu fälschen, indem sie versuche zu beweisen, daß der Krieg nur den Zweck habe, Großbritannien die Verwirklichung seiner imperialistischen Ziele zu ermöglichen.

Am meisten Sorge hat der Temps davon, daß auf dem Kongress zu Bordeaux Entscheidungen gefaßt werden könnten, die, weil sie unklar gefaßt sind, jede Anklage erlauben. Ihm wäre es lieber, und er tut dazu was er kann, wenn sich eine Scheidung vollzöge, und er zitiert dabei die Pataille, die gerade heraus und unvershämmt von der Einigkeit der französischen Minderheitsler und der Reintaler mit den Prozeduren und „selbst mit den russischen Marxisten“ redet, „ob sie nun vom Golde des Kaisers bezahlt sind oder nicht“.

Der Sinn des Aufsatzes ist natürlich, der französischen Bourgeoisie granzlich zu machen und ihren Willen zum Bruch mit dem Sozialismus zu härten. Selbstverständlich sind die Behauptungen des Temps über die Differenzen in der französischen Partei nicht vollkommen richtig. Die Scheidungslinien sind nicht so einfach und klar gezogen. Wir haben gesehen, daß selbst in der Minderheit der Wille zur Kreditbewilligung sehr lebendig ist, und daß es auch eine Reihe von Abgeordneten der Minorität gibt, die sogar die Beteiligung an der Regierung gutheißen würden. Der Parteitag selbst und seine Debatten werden uns weitere Aufklärung darüber geben. Eine Spaltung der Partei halten wir für ausgeschlossen. Höchstens könnte es sein, daß die Gruppe der Reintaler, die auf der Konferenz der Seineföderation eine überraschende Stärke zeigte, sich von der Partei löst. Sie ließ ja durch Bourderon auf dieser Tagung erklären, daß sie sich den Entscheidungen nicht fügen werde, sondern bei ihrer Auffassung verharre.

Auf jeden Fall verdienen die Verhandlungen zu Bordeaux unser ganzes Interesse. Sie sind eine neue Gelegenheit zum Messen der Kräfte zwischen Mehrheit und Minderheit, und jeder Fortschritt der sozialistischen Minderheit in einem Lande hat unzweifelhaft eine Rückwirkung auf die Bewegung in den andern Ländern.

Stürmische Sitzungen.

Die Sonnabend- und Sonntagssitzung des Sozialistenkongresses in Bordeaux brachten noch keinerlei Klärung, nur fürchtbar lärmende Zusammenstöße zwischen Mehrheit und Zimmerwalder. Grund zur Aufregung gab der Antrag der Mehrheit, die Führer der Zimmerwalder, Arizon und Raffin-Dugens, die ihre Beiträge an die Parteikasse seit vielen Monaten nicht bezahlt haben, aus der Partei auszuschließen — ein Antrag, der seit zwei Jahren regelmäßig in allen sozialdemokratischen Konferenzen gestellt wird. Arizon und Raffin-Dugens erklärten, sie wollten die Parteibeiträge abschließend nicht bezahlen, um auf diese Weise gegen die Kriegspolitik der Partei zu protestieren, außerdem seien noch mindestens 30 andre Delegierte ihre Beiträge schuldig geblieben, ohne beehelligt zu werden. Um den Abzug der Zimmerwalder zu vermeiden, trat der Führer der Minderheit Sonnabend mit Arizon und Raffin-Dugens in Verhandlungen ein und bewog sie schließlich, die Bezahlung der Schulden an die Partei zu versprechen.

Die Mehrheit hatte, um die Zimmerwalder bei der Stange zu halten, politische Zugeständnisse machen müssen. Andererseits machten auch die Zimmerwalder Zugeständnisse, so daß die gesamte Min-

derheit heute geschlossen als je vorher der Mehrheitsrichtung gegenübersteht.

Die Verhandlungen wurden namentlich am Sonntagmorgen während der Beratungen über die Zahlungspflicht der Zimmerwalder und später während einer Anklagerede Renaudels gegen die Reintaler so stürmisch, daß die Sitzung einigemal unterbrochen werden mußte. Die Minderheit war besonders empört über eine Aeußerung Comperes-Morels, die Partei habe die Regierung zu unterstützen, auch wenn die Pässe weiter nach Stockholm verweigert werden sollten.

Bordeaux, 8. Oktober. In der Vormittagsitzung des Sozialistenkongresses besetzte Goude von der Minderheit die Verweigerung der Pässe für Stockholm durch die Regierung, erklärte sich aber für die Kriegskredite und die Teilnahme der Partei an der Regierung. Michaud (Mehrheit) warf den Reinthalern Verständlosigkeit für die Ansichten der Nation vor, durch die sie sich zu Mitschuldigen für die Verlängerung des Krieges machten. Alexander Blanc (Reintaler) sprach gegen jede Beteiligung der Partei an der Regierung. Schließlich erklärte Lebas, Bürgermeister von Roubaix, zur Bekämpfung des ins Land abgedrungenen Feindes müßten die Kriegskredite bewilligt werden; sie verweigern, siehe für den Abzug von Preußen arbeiten.

In der Nachmittagsitzung führte ein Antrag der Reintaler, Raffin Dugens den Vorsitz der nächsten Sitzung zu übertragen, zu scharfer Erörterung. Renaudel wollte Raffin Dugens diese Gelegenheit zu positiver Agitation nicht einräumen und drohte, als Direktor der Humanität zurückzutreten. Ellen Prevost ermahnte daran, daß Raffin Dugens sich in der Kammer zur Abstimmung für die Kredite bereit erklärt habe, wenn es auf seine Stimme ankomme, daher könne er auch dem Kongress präsidieren. Trotzdem wurde der Antrag mit 1403 gegen 1360 Stimmen bei 85 Stimmenthaltungen (22 waren abwesend) abgelehnt. Gallères (Minderheit) sprach für die Kriegskredite und die Teilnahme der Partei an der Regierung. Comperes Morel rief lebhaften Streit hervor, als er aus dem Trenchbuch des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg mitteilte, daß der Gedanke einer internationalen Konferenz der russischen Sozialisten durch die deutsche Sozialdemokratie eingeleitet worden sei. Eschin erklärte das für eine Erfindung der bürgerlichen Presse. Der ehemalige Munitionsminister Albert Thomas berief sich auf den Dänen Borgbjerg, der ihm mitgeteilt habe, daß er die russische Revolution im Namen der deutschen Sozialdemokratie zu einer internationalen Konferenz aufgefordert habe, daß aber auch unabhängig davon die russische Regierung die ersten Schritte zu einer solchen Konferenz getan habe.

Der Ausschluß zur Ausarbeitung der Entschlüsse, mit welcher der Kongress am 9. Oktober geschlossen werden soll, tritt, aus 21 Mehrheits- und 17 Minderheitsvertretern bestehend, am Abend zusammen.

Die Lage in Rußland.

Das neue Koalitionskabinet.

Petersburg, 8. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Amtliche Liste des von Kerenski auf der Grundlage des Übereinkommens mit den demokratischen und bürgerlichen Parteien neugebildeten Ministeriums:

Sozialistische Minister sind: Kerenski, Ministerpräsident und Oberbefehlshaber; Nikitin, Jureks, Polten, Telegraphen- und Postminister; Jusitz, Propagandaminister, Nahrungsmitteleverorgung, Landwirtschaft; Swoboda (?), Zessentliche Arbeiter.

Nichtsozialistische Minister sind: Teretschenko, auswärtige Angelegenheiten; Konowalow, Handel und Industrie; Bemnolski, Finanzen; Solaschin, Zessentlicher Unterrichts; Karioltsch, Kultus; Aischin, Zessentliche Unterrichts; Smirnow, Staatskontrollleur; Tretjakow, Präsident des Wirtschaftsrats bei der vorläufigen Regierung; Wierowasch, Verkehrsminister; General Werschowski, Krieg; Admiral Wederewsch, Marine.

Die Rolle des Vorparlamentes.

Petersburg, 8. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Es wird gemeldet, daß das Vorparlament auf Antrag von Teretschenko als einstweiliger Rat der Republik Rußland bezeichnet werden wird. Er wird das Recht haben, Fragen an die Regierung zu richten, aber keine Interpellationen, sowie das Recht der Initiative in Fragen, die den Staat betreffen, und der Verhandlung über Maßregeln und Entwürfe, die ihm von der Regierung vorgelegt werden.

Der Hauptausschuß der Kadetten hat einen Unterausschuß von fünf Mitgliedern eingesetzt, der im Einvernehmen mit entsprechenden Ausschüssen der Industriellen von Moskau und Petersburg eine Liste von Vertretern der bürgerlichen Parteien für das Vorparlament aufstellen soll, deren Anzahl auf 120 festgesetzt worden ist.

Das Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrats.

Petersburg, 9. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat wurde die Neuwahl des Bureaus vorgenommen, das jetzt um sieben Mitglieder, nämlich vier Marxisten, darunter Trozky und Ramelew, zwei Sozialrevolutionäre, darunter Tschernow, und einem minimalistischen Sozialdemokraten besteht. Der Marxist Trozky wurde zum Vorsitzenden des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats gewählt.

Der finnische Landtag.

Helsingfors, 9. Oktober. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis wird sich der Landtag aus 95 Sozialdemokraten, 65 Mitgliedern der bürgerlichen Partei, 22 Mitgliedern der agrarischen und 18 der schwedischen Partei zusammensetzen.

Der Eisenbahnerausstand.

Petersburg, 9. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Eisenbahnerausstand nimmt den vom Ausschuß der Ausständigen angeforderten Planmäßigen Verlauf. Die Regierung beschloß angesichts des Ausstandes, den Eisenbahnern die verlangte Lohnerhöhung vom 1. September an zu bewilligen, was eine jährliche Ausgabe von 720 Millionen Rubel erfordert wird. Gleichzeitig beschloß die Regierung, einen neuen Eisenbahntarif auszuarbeiten. Ferner wird sie ein Gesetz über die besondere Versorgung der Eisenbahner mit Lebensmitteln erlassen. Andererseits glauben die Zeitungen zu wissen, daß die Regierung bis zur Veröffentlichung der erwähnten Gesetze alle Verhandlungen mit den Ausständigen ablehnen werde und daß sie sogar die Frage einer gerichtlichen Verfolgung des Ausschusses der Ausständigen erwogen habe. Gestern erklärten die Eisenbahnbataillone der Regierung, sie seien bereit, sie zu unterstützen, um den Ausstand zu beenden. Nach den letzten Nachrichten sind nur die Angestellten der Linien Moskau-Petersburg in den Ausstand getreten, während die der andern Linien nur protestieren.

Streik in Saku.

Saku, 9. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Konferenz der Arbeiterausschüsse aller Petroleum-Betriebsstätten beschloß angesichts der Weigerung der Industriellen, Arbeiter und Angestellte nur mit Zustimmung der Arbeiterorganisationen zu entlassen, für den 10. Oktober den Generalausstand und bildete zugleich einen Ausstandsausschuß.

Vom Tage.

Die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit ist das sonderbarste Ding der Welt. Die einen behaupten, sie sei sehr rot aus, die andern, sie sei schwarz. Wieder andre finden sie grün, und solche, die sie gelb sehen, finden sich auch. Sie schillert eben in allen Regenbogenfarben. Gestern — so erklären die bürgerlichen Organe der Reichstagsmehrheit — hat sich der Kanzler seit auf den Boden der Mehrheitsresolution gestellt. Zur selben Zeit aber schreibt die Adnische Zeitung, diese Resolution sei ein Ding, das gar nicht mehr existiere:

Nachdem die Reichstagsmehrheit auf ihr Angebot von den Feinden eine glatte Abgabe erhalten hat, nachdem die feindlichen Staatsmänner bei jeder sich bietenden Gelegenheit als ihr Kriegsziel unsere militärische Vernichtung, politische Zerschmetterung und wirtschaftliche Gefährdung verkünden, ist das Angebot vom 19. Juli erledigt und zerfallen. Wir stehen wieder da, wo wir in den ersten Tagen des Kriegs gestanden haben; wir haben auch heute nichts anderes zu tun als uns selber zu wehren.

Deutschlich als durch die Verschiedenheit dieser Urteile kann die Vieldeutigkeit dieser Resolution nicht erwiesen werden.

Die Deutsche Vaterlandspartei verzichtet auf amtliche Protektion, so erklärt Herr v. Tirpitz in ihrem Namen. Die Behauptung, daß die Vaterlandspartei Förderung von all-deutscher Seite erfährt, ist unwar, im Gegenteil agieren die Behörden gegen die Vaterlandspartei. Also Herr v. Tirpitz.

Nach den letzten Reichstagsdebatten dürfte diese Erklärung nicht kommen. Zu deutlich ist in den Debatten gezeigt worden, wie von amtlichen Stellen für die Partei des Herrn v. Tirpitz gearbeitet worden ist, als daß man diese Erklärung anders, denn als mit Heiterkeit aufnehmen könnte. Blumper konnte ein Reinwaschungsvorschlag an der Regierung nicht vorgenommen werden.

Herr von Tirpitz hat mit seinen Erklärungen kein Glück. Der Abgeordnete Haas (Sp.) hatte im Reichstage ausgeführt, daß Herr von Tirpitz nach einer im alldeutschen Schwanen Verlag in München erschienenen Schrift prophezeit hat, daß England am 1. August 1917 unterworfen sein würde. Es muß Herrn von Tirpitz sehr unangenehm sein, wenn die Unhaltbarkeit seiner Behauptungen wie seiner Politik an der Unvereinbarkeit dieser Prophezeiung mit den Tatsachen schlagend nachgewiesen wird. Er hat daher an das Berliner Tageblatt folgendes Telegramm gesandt:

Im Ihrem Leitartikel Sonntagmorgen behaupten Sie unter Berufung auf den Abgeordneten Haas, ich hätte für den 1. August des Jahres die Unterwerfung Englands vorhergesagt. Ich stelle fest, daß diese Behauptung durchaus unwahr ist.

Großadmiral v. Tirpitz
Vorant stellt das Berliner Tageblatt fest, daß Herr von Tirpitz das Berliner Tageblatt der Unwahrhaftigkeit beschuldigt, gegen die Schwanen Verlag Schrift, die in einer Auflage von 200 000 Exemplaren verbreitet wurde, keinerlei Schritte unternommen habe. Man braucht sich über diese Methode nicht zu wundern. Sie paßt zu der Deutschen Vaterlandspartei.

Der Krieg zur See.

Der U-Boot-Krieg.

Berlin, 8. Okt. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote wiederum 10 500 Netto-Register-Tonnen versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer Joloch, Chamberlain mit Bretterladung sowie der russische bewaffnete Dampfer Australia, der nach geladen hatte. Berlin, 9. Oktober. Amtlich. Im Narmekanal wurden durch eine unserer Unterseeboote neuerdings vier Dampfer versenkt, die alle bewaffnet waren.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Auslandsnachrichten.

Argentinens Neutralität. Aus Buenos Aires wird gemeldet: Die argentinische Presse befragt ohne viele Worte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland. In privaten Kreisen sieht man Unbehagen, da man meint, daß Kontroversen Buenos Aires als Hafen verdrängen werde. Die Politik Argentiniens ist in einer Geheimkunft des Senats von Uruguay kritisiert worden. — Es scheint, daß der Präsident Yrigoyen den Gedanken an einen panamerikanischen Kongress aufgegeben habe.

Der mißglückte spanische Aufstand. Die Times berichtet aus Madrid, daß eine ganze Anzahl der Führer des mißglückten Aufstandes in der zweiten Augustwoche zum Tode verurteilt worden sind. Die sozialistischen Führer Pestre, Anguina, Largo Caballero und Andres Sabarrit sind wegen Versuchs, die Truppen zum Aufstand gegen die Regierung aufzuwecken, zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt worden. Andere Verurteilungen liegen zwischen 17 und 2 Jahren Gefängnis.

Die Minengrube. Im September sind an der holländischen Küste nicht weniger als 414 Minen angepflückt worden, davon 350 englischer, 9 deutscher, 6 französischer und 40 unbekannter Herkunft.

Zum Verschwinden des deutschen U-Bootes. Argentinien meldet aus Madrid: Der spanische Außenminister empfing den französischen Gesandten und sprach ihm das Bedauern der spanischen Regierung über die Flucht des deutschen U-Bootes aus. — Der König unterzeichnete ein Dekret, durch welches Konteradmiral Puhigas, Kommandant des Kreuzers, und der Vizeadmiral Douvante, Kommandant eines Marine-Departements, von ihren Posten entbunden werden.

Die Bolo-Pascha-Affäre in Frankreich. Ueber die Bolo-Pascha-Affäre meldet Paris aus Newyork, daß die amerikanische Regierung den Vertrag gefunden haben sollte, in dem Bolo Pascha mit eigener Hand festgelegt habe, daß die öffentliche Meinung Frankreichs in die Hand von Deutschland gebracht werden soll. Dies wichtige Dokument sei beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika im deutschen Klub (1) niedergelegt und jetzt bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt worden.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 10. Oktober. Amtlich. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezuggruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern trafen gestern neben elf britischen Divisionen wieder französische Truppen in den Kampf. Die gewaltige Artilleriepanzerung der beiden verbündeten Westmächte erschöpfte sich in tagelanger währenddem Ringen an der Standhaftigkeit unserer Flanbernkämpfer!

Di: morgens nach stärkstem Trommelfeuer nordbrechenden Angriffen bildeten die Einleitung zur Schlacht, die sich bei ununterbrochener heftigster Artilleriebeschaltung bis tief in die Nacht in fast 20 Kilometer Breite auf den Trichterfeldern zwischen Dixmude und Gheluvelt abspielte. Die Gegner warfen immer neue Kräfte in den Kampf, die mehrmals an einzelnen Stellen bis zu sechsmal gegen unsere Linie anstürmten.

Südlich des Southousterwaldes gewann der Feind bei Draaidant, Manclaire, Veldhoel und am Bahnhof von Poellapelle etwa 1500 Meter an Boden, bis ihn der Gegenstoß unserer Reserven traf und seinen Angriffserfolg beschränkte.

Von Poellapelle bis südlich von Gheluvelt haben unsere tapferen Truppen ihre Kampflinien fest in der Hand; die wiederholten feindlichen Angriffe gegen diese 13 Kilometer breite Front sind sämtlich unter den schwersten Verlusten zusammengebrochen.

Bei den andern Armeen war die Geschäftigkeit geringer, nur an der Aisne verstärkte sich der Feuerkampf. Südlich der Straße Passy-Zoisson vorstehende französische Kompagnien wurden abgewiesen.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Südwestlich des Dojran-Sees warfen die Bulgaren mehrere englische Abteilungen, die nach längerer Artillerievorbereitung angriffen, zurück.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 9. Oktober. Amtlich wird verkündet:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei Sal bei der Hochfläche von Vainizza — Gellingsen wurde gestern früh ein italienischer Angriff unter starken Feindverlusten abgeschlagen. 120 Gefangene und 7 Maschinengewehre blieben in unserer Hand.

Bei Kostanjesiha brachte uns ein erfolgreiches Unternehmen 180 Gefangene ein.

Albanien.

Westlich von Salona wurde ein italienischer Uebergangversuch über die Kofusa vereitelt.

Der Chef des Generalstabs.

Die Glückskinder des Krieges.

Der Reichs-Anzeiger (Nr. 231 vom 28. 9.) bringt eine Zusammenstellung über die Einkommen in Preußen, nach Gruppen geordnet, für die Jahre 1896 bis einschließlich 1916. Die Gruppen sind gebildet nach dem Einkommen von 3000 bis 9500 M., von 9500 bis 30 500 M., von 30 500 bis 100 000 M. und über 100 000 M.

Nach dem großen Geschrei über die angeblich riesenhaften Lohnsteigerungen bei den Arbeitgebern dürfte man annehmen, daß die erste Gruppe während der Kriegszeit absolut und im Vergleich zu den höheren Einkommensgruppen wesentlich erstarkt sei, denn wenn eine große Anzahl von Arbeitern um wäsendlich 100 und mehr Mark verdient, dann steigen sie ohne Zweifel in die Gruppe von über 3000 M. hinein. Die Einkommensstatistik zeigt nun aber etwas ganz anderes. Sagen wir zunächst die nackten Zahlen sprechen. Von den sämtlichen Jensten (physischen und juristischen) gehören zur Einkommensgruppe:

	1896	1914	1916
Von 3 000 bis 9 500 Mark	272 819	741 550	609 763
" 9 500 " 30 500 "	47 308	116 876	114 849
" 30 500 " 100 000 "	9 285	24 551	26 602
über 100 000 "	1 699	5 215	6 685

Hier zeigt sich eine sehr bemerkenswerte Veränderung, die den plautokratischen Charakter der Einkommensentwicklung ganz unverkennbar herausschreit. In allen Gruppen ist die Zahl der Steuerpflichtigen vom Jahre 1896 bis 1914 beträchtlich gestiegen. Von da an steigt die Bewegungslinie für die beiden ersten Einkommensgruppen um: die Zahl der Steuerpflichtigen wird kleiner; dagegen springt sie in den beiden höchsten Einkommensgruppen weiter kräftig hinauf. Deutlicher noch hebt sich diese Wendung durch des Krieges Geschehnisse in der folgenden Uebersicht heraus. Hier geben wir das Auf und Ab in abgerundeten Prozentziffern. Es betrug die Zunahme + oder Abnahme — der Steuerpflichtigen:

	von 1896-1914	von 1896-1916	von 1914-1916
in der I. Gruppe	+ 176	+ 154	— 7
in der II. Gruppe	+ 147	+ 143	— 2
in der III. Gruppe	+ 165	+ 188	+ 8
in der IV. Gruppe	+ 207	+ 293	+ 28

Die Gruppe der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von über 100 000 M. hat sowohl von 1896—1914 wie auch von 1896 bis 1916 am kräftigsten zugenommen; bei der Gruppe mit den Einkommen von 30 500 bis 100 000 M. finden wir für die Zeit von 1896—1916 ebenfalls eine härtere Zunahme als von 1896—1914; für den Abschnitt bis 1916 steht diese Einkommensgruppe mit dem Zuwachs auch an der zweiten Stelle. Dagegen ist die Erstarkung der beiden Gruppen mit dem niedrigen Einkommen von 1896—1916 geringer als von 1896—1914. In den Kriegsjahren ist hier ein absoluter Rückgang eingetreten. Und am härtesten ist diese Abnahme wiederum in der niedrigsten der hier aufgeführten Einkommensgruppen, der von 3000 bis 9500 M. Etwa und wachst haben sich demgegenüber die in den Kriegsjahren eingetretenen Steigerungen in den höheren Einkommensgruppen heraus, wobei die allerhöchste Gruppe der andern weit voraussteht.

Wie stark die Abnahme resp. Zunahme ist, veranschaulicht die letzte Spalte unserer Aufstellung!

Wie kann die gewiß erhebliche Veränderung in der Entwicklung der Einkommen gerade während der Kriegszeit erklärt werden? Aus der Gruppe der Einkommen von 9500 bis 30 500 M. sind von 1914 bis 1916 zunächst 9450 Steuerpflichtige in die untere Stufe hinabgestiegen worden; von 1915—1916 wird die Zahl dieser Steuerpflichtigen wieder größer; trotzdem bleibt noch ein Abgang von 2033 Jensten. Obwohl die Gruppe der Einkommen von 3000 bis 9500 Mark diesen Abgang hat aufnehmen müssen, ist sie doch von 1914 bis 1916 um 47 781 kleiner geworden. Um diese Zahl ist demnach die Abgabe an die Einkommensgruppe von unter 3000 M. größer als der Aufstieg aus dieser Gruppe in die höhere. Für die Arbeiter, die infolge der Lohnsteigerungen in die Gruppe der Einkommen von über 3000 M. hinaufgestiegen sind, ist eine größere Zahl von Jensten in die tiefere Stufe hinabgestiegen, weil ihre steuerpflichtigen Einkommen sich entsprechend vermindert hat. Glückskinder des Krieges sind nur die höheren Einkommen von über 30 500 M., und wiederum am allermeisten hat die Kriegslage die allerhöchsten Einkommen begünstigt.

Diese Tatsache tritt noch wieder besonders stark heraus, wenn man die Entwicklung bei den Einkommen von über 100 000 M. näher betrachtet. Dann sieht man, in welcher starken Maße die Konsumtion Millionen-einkommen produziert. Hier die Aufstellung, in der nur die physischen Einkommen (also nicht die von Gesellschaften) erscheinen. Es betrug die Zahl der Jensten mit einem Einkommen von:

	1896	1914	1916
1/10—1/2 Mill. M.	1596	4860	6185
1/2—1 " "	76	255	356
über 1 " "	27	91	134

Die Angaben lassen schon erkennen, daß die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von über 100 000 M. gerade während der Kriegszeit verhältnismäßig am stärksten zugenommen hat, und daß weiter die Steigerung mit der Größe des Einkommens am kräftigsten war. Klarer herauszutreten läßt das auch die nachstehende Uebersicht, in der wir die Entwicklung in Prozentzahlen abzeichnen. Es betrug die prozentuale Zunahme der physischen Jensten in der Einkommensgruppe von:

	1896—1914	1896—1916	1914—1916
1/10—1/2 Mill. M.	205	209	27
1/2—1 " "	236	268	40
über 1 " "	237	400	47

Hier ist nirgends ein Rückgang eingetreten; die Zahl der Steuerpflichtigen mit den großen Einkommen ist ununterbrochen größer geworden, und je höher die Einkommen, um so gesicherter sind sie, um so stärker der Zuwachs, und verhältnismäßig am kräftigsten ist die Zunahme in den Kriegsjahren. In 20 Jahren hat die Zahl der Leute mit einem Einkommen von über 1 Million Mark um 400 Prozent zugenommen, von 1915 auf 1916 allein jedoch um 61 Prozent.

Da merkt man doch, daß der Krieg seine Glücklinge hat. Und man soll sich aber auch vergegenwärtigen, was die herausstehende Zunahme der Millionen-einkommen und gewaltigen Vermögenssteigerungen für die wertvolle Arbeit bedeutet. Die Steigerung ist kein Ausdruck einer wirklichen Reichtumsmehrung, die die bürgerliche Nationalökonomie als National-einkommen und Nationalvermögen bezeichnet. Das Volk in der Gesamtheit ist nicht reicher geworden, sondern in kaum berechenbarem Maße ärmer; denn man hat während der Kriegszeit keine Kulturgüter geschaffen. All die geleistete Arbeit steht in Zerstörungswerkzeugen, die nicht der Steigerung der Kultur und einer Steigerung der Lebenshaltung, die vielmehr selbst unproduktiv, nur der Vernichtung von Kulturgütern dienen und mit denen ungeheuer viel bereits vorhandene Kulturgüter verpulvert worden sind. Die gewaltigen Vermögensbildungen bedeuten daher eine Last, die auf die produktive Arbeit der Zukunft drückt. Dieser Druck wächst mit der Zunahme der Vermögen und der Steigerung der großen Einkommen. Die Reichtumsmehrung auf der einen Seite ist der Ausbruch zunehmender Tributpflicht der wertvollen Arbeit für das Kapital.

Aus der Partei.

Die unabhängige Bewegung in Chemnitz.

Aus Chemnitz wird berichtet: Am Dienstag, dem 9. Oktober, wurde unsere Monatsversammlung abgehalten. Der Besuch der Versammlung war nicht schlecht, doch hätte er glücklicher sein können, wenn nicht Vorgänge in der hiesigen Metallindustrie eine beträchtliche Anzahl Genossen am Besuch der Versammlung gehindert hätte. Die Stimmung der Versammelten war eine zuversichtliche, und wird erwartet, daß unsere Organisation in den kommenden Wochen gute Fortschritte machen wird; vor allem dann, wenn es auch und gelangt, in der Öffentlichkeit zu den Chemnitzer Arbeitern zu sprechen. Die Angaben über den angeblichen Mitgliederbestand der Regierungssozialisten in Chemnitzer Bezirk sollen bei unsern Genossen nur Geringfügigkeit aus. Die Versammlung machte sich mit einer Anzahl interessanter Partei- und politischer Angelegenheiten bekannt. Am November soll ein literarischer Abend stattfinden.

Aus der italienischen Sozialdemokratie.

L. K. Die italienische Parteileitung, die jetzt in einer Art Verantwärtung in Rom tagt, hat die Berichte ihrer Delegierten von der internationalen Sozialistenkonferenz in London entgegengenommen und gebilligt. Sie hat beschlossen, in London und Paris, wo der Parteisekretär Lazzari die Organisation italienischer Parteisektionen betrieben hatte, ein Sekretariat und eine Vertretung des Kwami ins Leben zu rufen. Zu der Anregung, einen dauernden, internationalen Sozialistenkongress einzusetzen, hat die Parteileitung noch nicht Stellung genommen. Zum französischen Parteitag in Bordeaux wurde Lazzari delegiert.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Geyer in Leipzig

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Kun. Lehmann in Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Deutschland

muß leben!

Unsre Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner mürbe werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„D u r c h!“

Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Das Vaterland braucht Geld! Zeichnet die 7. Kriegsanleihe.

Seit mehr als drei Jahren tobt der mörderische Krieg, der auf Englands Geheiß ins Werk gesetzt worden ist, um Deutschlands politische Weltmachstellung zu vernichten und seine wirtschaftliche Bedeutung zu untergraben. Welches furchtbare Schicksal das deutsche Volk zu erwarten gehabt hätte, wenn die heuligeren Feinde samt ihren aus aller Welt herbeigekochten Hilfsvölkern siegen, das haben zwei Provinzen des Reiches im äußersten Osten und im äußersten Westen ebenso zu verspüren gehabt, wie weite Landstriche Oesterreichs und Ungarns. Dank der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Truppen und ihrer Verbündeten ist es aber — Gott sei Dank — gelungen, den tödlichen Plan unserer Gegner zu nichte zu machen und die Schrecknisse des Krieges im wesentlichen von des Reiches Grenzen fernzuhalten.

Leider ist die Aufgabe unserer tapferen Truppen, die nunmehr schon seit länger als drei Jahren den wütenden Angriffen der zahlreichen Gegner trotzen, immer noch nicht erfüllt. Denn immer noch ist der Kriegswille der feindlichen Mächte ungebrochen, immer noch rechnen sie in ihrer Verblendung auf Deutschlands militärischen oder wirtschaftlichen Zusammenbruch, und immer noch lassen sie daher ihre weissen und farbigen Scharen gegen unsere Verteidigungslinien anströmen. Es gilt daher, den uns frevelhaft aufgezwungenen Krieg kraftvoll fortzuführen bis zum siegreichen Ende, und dazu bedarf das Reich von neuem großer Mittel. Wollen wir nicht die bisherigen glänzenden Erfolge von Meer und Flotte in Frage stellen, so muß die neue Kriegsanleihe ein glänzendes Ergebnis haben und damit zugleich vor aller Welt ein bereites Zeugnis von Deutschlands ungebrochener Wirtschaftskraft ablegen. Darum erlassen auch wir den Aufruf:

Zeichnet die 7. Kriegsanleihe.

Wir halten uns dabei davon überzeugt, daß alle Berufskreise unseres Volkes, vor allem Handel und Industrie, dem Geldbedarf des Reiches volles Verständnis entgegenbringen. Denn zum Kriegsführen gehören jetzt neue Milliarden.

Mit Zuversicht blicken wir einer glücklichen Zukunft unseres Vaterlandes und in dessen Schutze einer gedeihlichen Weiterentwicklung von Handel, Industrie und Gewerbe entgegen. Diese Erwartung aber kann nur nach siegreich beendeten Kriege in Erfüllung gehen.

Um diesen Erfolg herbeizuführen und vor allem den Krieg zu baldigem glücklichem Ausgang zu bringen, muß sich jeder vor Augen halten:

Das Vaterland braucht Geld. Darum zeichne ein jeder nach seinen Mitteln die 7. Kriegsanleihe.

Die Handelskammern Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zittau.

Sparkasse Lindenthal — Zweigstelle Quasitz — als Annahmestellen für siebente Kriegsanleihe

nehmen während der bekannten Geschäftsstunden Zeichnungen außer auf die großen Beträge auch zu 50, 20, 10, 5, 3 und 2.— Mk. entgegen. — Jede gewünschte Aufklärung wird gern erteilt.

Die Sparkasse Böhlitz-Ehrenberg

nimmt unter der Benennung „Kriegsanleihe-Sparanlagen“ — mit Sperre bis 2 Jahre nach Friedensschluß — Beträge von 1 Mark an in jeder Höhe, also auch 100 Mark und mehr, bis zum 10. Oktober 1917, entgegen. Es werden hierfür besondere

Kriegssparanlagebücher

ausgestellt. Die Verzinsung solcher Einlagen erfolgt bestimmungsgemäß mit

5 Prozent.

Die Sparkassenverwaltung.

Metallarbeiter

Verband
Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Abendstunden entlehnt werden. Anfordrungen müssen gegen Zurückzahlung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Achtung, Elektromonteur! Sonnabend, den 13. Oktober, abends 8 Uhr: **Braucherversammlung** im **Reichshaus**. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Ing. Normann**: Aus der Entwicklungsgeschichte der Verbrennungsmotore. 2. Brandangelegenheit. 3. Verschiedenes.
Das Agitationskomitee der Elektromonteur.

Protokolle von der Kölner Generalversammlung à 50 Hg. sind im Bureau zu haben.

Die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (verurlaubten) oder abkommandierten Kollegen müssen sich ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Beurlaubung im Bureau wieder anmelden, wenn sie nicht der durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte verlustig gehen wollen.

Eine Kriegswirtschaftsstelle für Särge!

In Nummer 258 der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 30. August d. J. erschien ein Artikel unter obiger Anschrift.

Es war darin zum Ausdruck gebracht, dass die prompte Bestattung der Leichen durch die jetzigen Verhältnisse gefährdet erscheint und dass vor allem Mangel an Särgen die Ursache sein könnte.

Für die Stadt Leipzig trifft nach den seitherigen Erfahrungen und trotz der erhöhten Sterblichkeitsziffer dies nicht zu, da ein ansehnlicher Teil der hiesigen Beerdigungsanstalten mit Särgen, Bestattungspersonal und Fuhrwerk hinreichend gedeckt ist.

Den Kriegsverhältnissen Rechnung tragend, fabriziere ich Holzsäрге in schöner, würdiger Ausführung, die zum Preise von Mk. 36.— in meiner Anstalt zum Verkauf gelangen, so dass eine einfache, bürgerliche Beerdigung einschliesslich Grab ca. Mk. 115.— kostet.

Beerdigungsanstalt Oscar Gangloff

vom Rat der Stadt verpflichteter Leichenbestatter
Sargfabrikation Geschirrhalterei
Leipzig, Markgrafenstrasse 8. Telefon 16572.

Konsum-Verein für Gautzsch und Umgegend

Eingetr. Genossenschaft m. b. Haftpflicht.

Sonnabend, den 20. Oktober, abends 7/9 Uhr

Generalversammlung in Sielers Gasthof zu Gautzsch.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1917.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Abrechnung der Jahresrechnung sowie Entlastung des Vorstandes.
4. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns.
5. Revisionsbericht.
6. Wahl von drei Ersatzmitgliedern für den Aufsichtsrat.
7. Anträge der Mitglieder nach § 35 des Statuts.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Markenkarte.

Der Aufsichtsrat.
Job. Frische. Rich. Schmidt.

Arbeitsmarkt

Tüchtiger Tischler

für seine Ladenschränke und weiße Schlafzimmer dauernd gesucht. Leuschner, Hohe Straße 10.

Zimmerer

und
Bauarbeiter, auch Frauen
für dringenden Kriegsbau nach auswärts gesucht.

Beton-Eisenbeton-Tiefbau
Rud. Wölle
Leipzig, Gottschodstrasse.

Bau- und Erdarbeiter

werden eingestellt.
Deutsche Flugzeugwerke in Großschöcher
beim **Poller Steyer**.

Kräftiger zuverlässiger christlicher Arbeiter als Lagerverwalter sofort gesucht, dauernde Stellung.
Bruno Paukert, Kohlen- und Bauwarenhandlung
2. Connewitz, Penauer Straße 31.

Kräftige Arbeiter

zum Ein- und Ausladen von Metallen
stellt sofort ein
Kriegsmetall Aktiengesellschaft.
Ausstellungsgelände.

Maurer

namentlich für Aefel und Schornsteine, gesucht. Mit Lohnansprechen unverzüglich melden bei

H. R. Heinicke
Chemnitz, Wilhelmplatz 7

Schlosser

für Automobil-Reparaturen

stellt ein

Louis Glück, Georgiring 3-5.

Fleißige Frauen u. Mädchen

a. Handnähen u. Pelzschneiden

werden in dauernde Beschäftigung nach Einstellung.

M. Nussenow, Mittelstr. 9/13, III.

Mehr. Wirtinnen und Köchinnen

stellt ein

Max Werner, Zig.-Fabrik
Lindenauer Markt 2.

Wäschebesserinnen u. Wäschepflegerninnen

sucht!

A. Köllner
Großbuchbinderei
Hohenzollernstr. 17-19.

10 kräftige Arbeitsmädchen

zum Einholen (Handwagen) u. Packen gesucht.

Foerster,
Duerstraße 20-28, Sogeb. r. v.

Tücht. Kartonnagenarbeiterinnen

suchen

Hobr. Koller, Kartonnagenfabrik,
Kohlartenstraße 52.

Heimarbeiter

für Militär-Tornister

sucht

C. A. Zickmantel,
Leipzig, Heinrichstr. 18.

Bermielungen

Wosten.

Platz, Alte Str. 11, I. u. II. Wohn

2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Bermielte Wägelgen

Eicheln- und Kastanien-Sammelstelle

Berliner Str. 10, Dammhain.

Pelzsachen

Unarb. u. Modernis. Verkauf u. Einkauf v. Pelzsach. u. Fellen

Kwestel, Natharinenstr. 17, IV. Tel. 8948

Größ. Feld

zu Familienbau, Sellauf-, Paunsdorf, an Unternehmer oder Verein abzug. Angebote schriftl. an Fräulein Mozartstr. 7.

Kartoffel-, Gemüse- und Gartenland

am Tauchaer Weg zu vergeb. günstig gelegen für Entrümpeln, Roden und Schönefeld.

Hermann Rübbeck
2. Rodau, Leipziger Str. 172.

Kräftiger zuverlässiger Bodenarbeiter

der ausbilsweise auch als Kutscher verwendet werden kann, für sofort gesucht.

Allgemeine Transportgesellschaft
vorm. Gondrand & Mangili, m. b. H.
Fillaia Leipzig.

Frauen

zum Kartoffel-Ausmachen stellt ein
Leipziger Westend-Baugesellschaft
Leipzig-Lindenau, Pöchner Straße 164.

Frauen

zur Kartoffelernte stellt ein
Rittergut Schönau.

Ihre Ledersohle. Impräg.
Ich in 24 Stunden durch warmes Oelbäder so gut, dass Sie den ganz Winter keine Reparatur haben. Ein Paar Ledersohlen zu imprägnieren kostet nur 1.50 Mark. Nach auswärts nur gegen vorherige Kasse.
Annahmestelle **Bernhard Anacker**, Leipz., Neumarkt 8.
Eugen Renner, chemische Produkte, Leipzig, Waldstr. 49. Telefon 7251.

Uhren
 Brillanten - Reihhandscheine, neue und getragene Ringe, Uhr-Retten, Reihhänge, Theater- und Reihsegelker, photogr. Apparate, Pistolen, Leuchtmittel, Musikwerke, Grammophon, Mandolinen, Bandolons, Lederwaren, Wehmüller, Größter Ein- u. Verkauf, **Walther Lory**
Johannisgasse 15.

Familien-Nachrichten

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und schönen Kranzspenden beim Helmgange meiner lieben Frau
Anna Richter geb. Schlegel
sage ich hierdurch allen meinen innigsten Dank.
L. Kleinschöcher, den 8. Oktober 1917.
Otto Richter, zur Zeit auf Urlaub.

Am 9. Oktober nachmittags 2/2 Uhr verschied nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, doch plötzlich und unerwartet, unsere innigstgeliebte, herzlichgeliebte Tochter und Schwester, Entlein, Nichte und Base, meine liebe, unvergessliche Braut
Frieda

im Alter von 28 Jahren im Krankenhause St. Jakob. In unsagbarem Schmerz
Leipzig, 9. Oktober 1917, Weststraße 76
Gustav Müller und Tochter Gertrud
nebst Angehörigen
Alfred Nitschke, i. S. in russ. Gefangenschaft, Familie **Paul Nitschke**, L. Lindenau.
Die Beerdigung findet Sonnabend, 13. Oktbr., nachm. 1/2 Uhr von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Verband der Schneider und Wäschearbeiter.

Nach langem schwerem Leiden verstarb unser treues Mitglied, der Kollege
Max Otto Karl
im Alter von 28 Jahren.
Ehre seinem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Reichstag.

124. Sitzung, Dienstag, 9. Oktober, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Helfferich, v. Capelle, Graf Roedern, Balbow, Balraf, Schwander.

Anfragen.

Abg. Albrecht (Unabh. Soz.) bemerkt, daß in den Verträgen des Beileidungsamts in Magdeburg die eingezogenen Handwerker mit der Verteilung von Friedensuniformen beschäftigt werden.

Generalmajor von Owen: Nur während dreier Monate sind im ganzen 2500 Friedensuniformen aufgearbeitet worden, um Platz zu schaffen.

Abg. Waldstein (Sp.) fragt nach dem Schicksal der bei der Belegung Ladoras von den belgischen Truppen völkerrechtswidrig geangenenommenen Zivilbevölkerung.

Ministerialdirektor Krüge: Auf der Reise von Afrika war diese Bevölkerung infolge der brutalen Willkür der belgischen Behörden schweren Drangsalen ausgesetzt. Sobald die deutsche Regierung Nachsicht hiervon bekam, forderte sie die sofortige Freilassung der Gefangenen und drohte an, daß eine Reihe angesehener, im belgischen Kolonialdienst stehender Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten nach Deutschland gebracht werden würden. Da die Antwort der belgischen Regierung nicht genigte, ist das auch geschehen. Darauf trat die belgische Regierung in neue Verhandlungen, unter Mitwirkung des Königs von Spanien ein. Sollten sie nicht zum Ziele führen, so würden wir vor weiteren Vergeltungsmaßnahmen nicht zurückweichen.

Abg. Rumm (Z. Fr.) wünscht eine schleunigere Verteilung des Einmachegutes und Besserung der Zuckerversorgung.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Braun: Es trifft nicht zu, daß Zucker zurückgehalten wird. Für die Weinbereitung wird Zucker auch nur in sehr geringen Mengen hergegeben.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.) führte eine Reihe von Fällen unzureichender Reklamationen seitens der Direktion eines Stahlwerks an und wünscht die Verhinderung solchen Mißbrauchs.

Generalmajor Marquardt: Die angegebenen Vorgänge waren bisher nicht bekannt, Ermittlungen sind eingeleitet.

Der Reichskanzler tritt den Saal.

Die Erörterung über die Interpellation der Sozialdemokraten betr. die behördliche Unterstützung der alldeutschen Propaganda wird fortgesetzt.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.):

Durch die Verhandlungen im Ausschuss ist unser Urteil über das Verhalten der Regierung in keiner Weise geändert, vielmehr sind wir darin bestärkt worden, daß eine weitgehende Propaganda durch die Botschaften im Heere betrieben worden ist, und daß darin auch nichts geändert werden wird. Das General v. Stein und Dr. Helfferich am Sonnabend hier gesagt haben, kann nicht etwa ein lapsus linguae (falscher Zungenschlag) gewesen sein, sondern entspricht tatsächlich der Auffassung der Reichsregierung, und deshalb wird auch die geführte Beschwichtigungstheorie des Reichskanzlers im Auslande nur den Schein der Unaufrichtigkeit, Zweideutigkeit, Unschärfe und Falschheit erwecken. (Zustimmung bei den Unabh. Soz.)

Während die Verbreitung der alldeutschen Organe in der Armee gefördert wird, werden unsere Organe unterdrückt, die sozialdemokratische Bestimmung im Meer und vor allem in der Marine wird bestraft. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Langjährige Gefängnis- und Zuchthausstrafen sind verhängt worden lediglich wegen sozialdemokratischer Bestimmung, lediglich wegen der Werbung von Mitgliedern für die Unabhängigen Sozialdemokratie. (Erneutes Hört, hört! links.) Ich frage den Reichskanzler, ob es wahr ist, daß annähernd 200 Jahre Zuchthaus deshalb verhängt sind, und daß sogar Todesurteile gefällt und Soldaten erschossen worden sind wegen ihrer sozialdemokratischen Bestimmung. (Lebh. Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Selbstverständlich hängen die Leute nur um so mehr an ihren verbotenen Organen, durch noch so schlimme Gewaltmaßnahmen reißt man ihnen die politische Bestimmung nicht aus dem Herzen; auch nicht durch die Höchststrafen, die jetzt in der Armee wieder ihr Wesen treiben. Das Vordringen als Einrichtung der deutschen Armee! Höher geht wohl nicht mehr.

Das gleiche Recht, das wir haben, wird illustriert durch eine kriegsministerielle Verfügung, daß die Generalkommandos alle Passivistenversammlungen verbieten sollen. (Hört, hört!) Die Versammlungen der Vaterlandspartei werden behördlich unterbunden, um unabhängigen Sozialdemokraten ist es überhaupt kaum noch möglich, eine Versammlung abzuhalten; die Alldeutschen dagegen schließen sich vollkommen als Herren der Situation. Sie sind ja auch die wahren Machthaber. Unter Bethmann Hollweg war wenigstens noch eine Strömung dagegen in der Regierung bemerkbar, unter Michaelis toben sie sich hemmungslos aus. Das ist der Fortschritt und die Neuorientierung. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Die Regierung ist die Gefangene der Alldeutschen und der Militärs, sie würde sofort beseitigt werden, wenn sie dagegen aufträte. Oder ist Bethmann Hollweg etwa nicht von den Alldeutschen und den Militärs gestützt worden? Der Militarismus ist ja der Nährboden der alldeutschen Bewegung und soweit eine Schuld am Kriegsausbruch auf deutscher Seite liegt, kommt sie auf das Konto der Alldeutschen. (Präsident Dr. Raempp: Sie dürfen nicht sagen, daß die Schuld am Kriegsausbruch auf deutscher Seite liegt!)

Von diesem nationalistischen Geist haben sich alle Parteien mit-reißen lassen und dadurch den Alldeutschen Vorkurs geleistet. Auch die sozialdemokratische Mehrheit ist lange Zeit den Armen angeschlossen, daß die Grundfrage des Friedens nur der Sieg sein könne. Nur wir unabhängigen Sozialdemokraten sind von Anfang an für den Verständigungsfrieden eingetreten. Den Kampf gegen die Alldeutschen kann man nur führen, wenn man Front macht gegen die Regierung von Gnaden der Alldeutschen. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Wer glaubt, mit dieser Regierung gegen die Alldeutschen kämpfen zu können, täuscht sich und andre. Darum fort mit jeder Bestrafungspolitik. Stimmen Sie deshalb unserm Misstrauensvotum zu und nehmen Sie den Kampf gegen diese Regierung auf allen Gebieten auf. Die Stunde ist zu ernst für Selbsttäuschung. Es ist höchstschmerzhaft für den Frieden und für die Demokratie, und deshalb auch Kampf gegen die deutsche Reichsregierung. (Lebhafte Beifall bei den Unabh. Soz.)

Präsident Dr. Raempp: Sie haben wahrlich das Kodexpielum eine offizielle Einrichtung der deutschen Armee genannt, dafür rufe ich Sie nachträglich zur Ordnung.

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Der Abg. Dittmann ist der letzte, dem ich das Recht zugehe, über Agitationen im Meer und in der Marine zu sprechen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts wird nachher auf seine Anfragen antworten und Mitteilungen machen, die die volle Begründung meiner Worte darbieten. Als ich von meiner Objektivität gegenüber allen Parteien und Richtungen sprach, machte ich den Zusatz, „Insofern sie nicht den Bestand des Deutschen Reiches und Staates gefährdende Ziele verfolgen“. Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Linie. Große Erregung v. d. U. Soz. lebhaftes Bravo! rechts, erneute Stim. Zurufe b. d. U. Soz. Abg. Geier (U. Soz.): Jetzt wissen wir, wer Sie sind!

Der Kriegsminister und ich haben gestern im Ausschuss auseinandergesetzt, in welcher Weise die Aufklärungsarbeit im Meer betrieben wird. Daß Aufklärung für die Soldaten unbedingt erforderlich ist, daß eine geistige, eine sittliche Fürsorge für die Soldaten im Felde ein dringendes Bedürfnis ist, unterschreiben alle, die die Verhältnisse draußen kennen. Auch die Soldaten selbst erkennen das dankbar an. Der ganze Aufklärungsdienst ist einheitlich organisiert, der Kriegsminister hat die für ihn geltenden Leit-sätze gestern mitgeteilt, und diese haben bei der Mehrzahl der Auf-schlußmitarbeiter die Ueberzeugung geschaffen, daß das, was geplant ist und geschieht, durchaus zum Segen gereichen muß.

Diese ganze Organisation ist hinausgetragen bis nach Mozambique. Die ganze Organisation und ihre Arbeit bleibt ein Unbe-gangtes zwischen dem Felde und dem Heime. (Sehr richtig!) Es ist ausdrücklich gesagt und das ist auch durch die Ordern der Obersten Seereschiffung noch ganz besonders scharf betont worden, daß diese ganze Einrichtung mit politischen Fragen nicht in Verbindung ge-bracht werden soll. Es handelt sich um vaterländischen Unterricht, wie wir ihn auch im Frieden bei den Truppen pflegten zur Förde-rung der Vaterlandsliebe und zur Aneignung selbstloser Hingabe. Der Kriegsminister hat ohne weiteres zugegeben, daß bei der Auf-klärungsarbeit, die hinausgeht an Millionen von Soldaten, die ge-trieben wird von den verschiedensten Leuten, die doch selbstverständ-lich für diese Zwecke nicht alle einheitlich vorgebildet sind, selbstver-ständlich gegen die Tendenz, die der Feldmarschall will, daß Politik nicht hineingebracht werden soll, verfahren wird. Daß solche Ver-fälschungen vorkommen, daß sie auch in größerer Zahl vorkommen, wird zugegeben, der Kriegsminister hat aber ausdrücklich erklärt, daß da, wo in unzulässiger Weise Politik hineingebracht wird, demselben ge-schlossen wird. Es wird darüber gewacht werden, daß der vater-ländische Unterricht nicht zum Mittel politischer Propaganda ge-macht wird.

Was die Vorkämpfer betrifft, über die auch Klage geführt wor-den ist, daß sie in unzulässiger Weise für die Vaterlandspartei Pro-paganda getrieben haben, so habe ich bereits im allgemeinen meinen Standpunkt auseinandergesetzt. Ich wünsche durchaus nicht, daß ein Druck gegen Beamte seitens ihrer Vorgesetzten nach irgendwelcher politischen Seite hin erfolgt.

Wir würden sehr viel weiter kommen, wenn auch diejenigen, welche die Friedensankündigung vom 19. Juli bekämpften, und welche von ihr behaupten, daß ihre Anhänger einen Hungerfrieden wollen, dieser Resolution gerechter würden. (Sehr richtig!)

Wir müssen die Ziele, die in dieser Kundgebung liegen, in ihrem positiven Sinne,

nach ihrer realistischen Seite

herausarbeiten. Wir müssen uns Klar machen, was damit gewollt ist. Wir müssen unterstreichen, was dort gesagt ist, das deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich, aufstehen und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Ent-wicklung gesichert ist, in seiner Einigkeit ist das Deutsche Reich un-überwindlich. Ich habe mit Zustimmung des Reichstages an dem-selben Tage die Ziele nach der Richtung umschrieben, daß ich sagte, weiter aufstehen, bis erreicht ist, daß das Deutsche Reich auf dem Kontinent und über See seine Geltung behält. Wir müssen ferner danach streben, daß der Waffenbund unsrer Gegner nicht zu einem wirtschaftlichen Trugbund sich auswächst. Meine Herren, wir können in diesem Sinne einen Frieden durchsetzen, der dem Bauern den Lohn seiner Scholle gewährleistet, der dem Arbeiter Lohn und Ver-dienst gibt, und der der Industrie Absatz verschafft und die Grund-lagen sozialen Aufschwungs gibt, der unsern Schiffen die Möglichkeit gibt, auf freier Fahrt anzulegen und Kohlen zu nehmen in aller Welt, einen Frieden weitestverbreiteter wirtschaftlicher und kultureller Ent-wicklung, einen wirklichen Frieden, den können wir erreichen in diesem Rahmen. (Beifall.) Solange und die Gegner mit Nordamer-ika gegenübertreten, die jedem einzelnen Deutschen als unannehm-bar erscheinen, solange unsere Gegner an den schwarz-weiß-roten Fälschern rütteln wollen, solange sie fordern, daß wir von deutschem Lande etwas geben sollen, solange sie den Gedanken verfolgen, zwi-schen dem deutschen Volke und seinem Kaiser einen Keil zu treiben, so lange werden wir unsre Friedenshand zurückhalten, mit ver-schränkten Armen. Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns. (Beifall.) Bis unsern Feinde einsehen, daß sie diese ihre Forderungen zurückstellen müssen, so lange müssen die Kanonen ihre Arbeit tun und die Unterseeboote. Unser Friede wird doch kom-men. (Beifall.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle: Ich muß Ihnen die traurige Tatsache mitteilen, daß die russische Revolution auch einigen wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verwirrt und revolutionäre Ideen in ihnen eingeschlagen hat. Der wahrscheinliche Plan dieser wenigen Leute ging dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu werden, um die ganze Mannschaft zur Gehorsamsverweigerung zu verleiten. (Lebh. Hört, hört!), und um auf diese Weise event. unter Anwendung von Gewalt die Flotte lahmzulegen und den Frieden zu erzwingen. (Zurufe rechts.)

Es ist Tatsache, daß diese Leute Beziehungen mit der Unabh-ängigen Sozialdemokratischen Partei gehabt haben. (Zurufe rechts: Hört, hört! Zurufe links: Zurufe bei den Unabh. Soz.: Be-weise!) Es steht allemal fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstag im Fraktionszimmer der unabhängigen Sozialdemokraten der Abg. Dittmann, Saase und Voghter seine Pläne vorgetragen und auch Billigung gefunden hat. (Empörte Rufe rechts: Haue! Pfui! Zurufe bei den Unabh. Soz.: Anja elegant er Schwimmbad!)

Die Abgeordneten haben ihn auf das Gefährliche seines Vor-gehens hingewiesen und zur größten Vorsicht gemahnt, aber ihre volle Unterstützung durch Uebermittlung von Agitations-material zur Ausrüstung der Flotte zuge-sagt. (Erneute Zurufe rechts.) Meine erste Pflicht war, das Eindringen des ver-pöblichen Agitationsmaterials der unabhängigen Sozialdemokraten in die Flotte möglichst unmöglich zu machen. (Bravo! rechts.) Ich habe daher die zuständigen Kommandobehörden ersucht, die Ver-breitung dieses Agitationsmaterials in der Flotte mit allen Mit-teln zu verhindern. (Bravo! rechts.) Ueber die weiteren Vor-gänge in der Flotte kann ich mich hier nicht anlassen. Einige wenige ehr- und pflichtverheißene Leute haben sich schwer ver-gangen und sind der verdienten Strafe zugänglich worden. Die umlau-fenden Gerüchte sind jedenfalls maklos übertrieben. Die Schlaferlig-keit der Flotte ist auch nicht ein Moment in Frage gestellt worden und so soll es auch bleiben. (Lebh. Bravo! rechts.)

Abg. Dr. David (Soz.): Es fällt mir schwer zu glauben, daß die außerordentlich schwere Untlage, die der Staatssekretär gegen Mitglieder dieses Hauses vorgetragen hat, in dem Sinne begründet wäre, wie es der Staatssekretär anzunehmen scheint. Zum mind-desten muß man die Angeklagten hören und vorher größte Zurück-haltung üben.

Der Reichskanzler hat erklärt, er betrachte die Unabhängige Sozialdemokratische Partei als jenseits der Grenze der

Parität in seinem Sinne stehend. Er war wohl dabei beein-flusst durch das, was wir eben gehört haben. Wir müssen jeden-falls für jede Partei, wie für die Gesamtheit aller Staats-bürger, volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch in der Be-handlung seitens der Behörden verlangen. (Bravo!) Sind Hand-lungen nachweisbar, die gegen die Befehle des Staates verstoßen, so sollen die, die sie begangen haben, selbstverständlich unter diese Befehle. Davon ist keine Partei ausgenommen. (Sehr richtig!) Aber im Rahmen der allgemeinen Befehle haben die Angehörigen aller Parteien das Recht der gleichen Bewegungsfreiheit. (Sehr richtig!) Daß eine Politik der Ausnahmebehandlung, der Ausnahmegefesse keine gute und kluge Politik ist, hat der größte Vorgänger des Reichskanzlers, Fürst Bismarck, gegenüber der deutschen Sozial-demokratie und dem Zentrum erfahren. Weiden Parteien ist diese Ausnahmepolitik nicht schlecht bekommen. Auf jeden Fall ist sie prinzipiell zu verwerfen und außerdem politisch unklug.

Gegenüber dem Appell des Abgeordneten Dittmann an meine Partei bemerke ich, daß wir seiner Ratsschlüsse nicht bedürfen. Wir sind überzeugt, daß unsere Politik die richtige war im Interesse des Volkes und speziell im Interesse der deutschen Arbeiterschaft (Sehr wahr! b. d. Soz.). Es gibt Kriegsnotwendigkeiten, die Geltung behalten müssen, solange uns die Gegner den Frieden verweigern (Sehr richtig!). Die nächsten Reichstagswahlen werden beweisen, daß die breite Masse der Arbeiterschaft Verständnis für unsere Politik hat. (Zuruf b. d. Unabh. Soz.: Abwarten!)

Die Debatte über die Vaterlandspartei hat tiefe Gegensätze aufgerissen. Die Verantwortung dafür trifft die Alldeutschen, ins-besondere die Vaterlandspartei. (Sehr wahr!) Man hat mir vor-geworfen, daß ich in einem Artikel scharfe Worte gegen die Un-deutschen gebraucht hätte. Mein Artikel war aber die Abwehr gegen eine Resolution, die in Ortsguppe Berlin des alldeutschen Verbandes gefaßt worden ist und in der es u. a. heißt: Es gibt mit dem innern Feind — damit ist die Reichstagsmehrheit gemeint — so wenig einen Verständigungsfrieden wie mit dem äußern. Ein fester Griff mit eiserner Faust ist not, aber der wird auch Wunder wirken. (Hört, hört! bei den Soz.)

Wir ist nicht bekannt geworden, daß die Zensur oder ein andere Stelle hier eingeschritten wäre. Als dagegen der Vorwärts meine Erwiderung brachte, wurde ihm das Verbot angebrocht, wenn er ähnliches noch einmal bringe (Hört, hört!) und die Verbreitung meines Artikels in der Provinz wurde überhaupt untersagt. Es ist zweifellos, daß die deutsche Vaterlandspartei begründet ist als Massenorganisation für den kommenden Wahlkampf. (Sehr wahr! links.) Das heißt mit dem Burgfrieden Schindluder treiben und das, was wir so bitter notwendig haben, den Zusammenhalt bis zum guten Ausgang des Krieges unmöglich machen. (Sehr wahr! links.) Herr v. Graefe meinte, die Partei komme aus den Tiefen des Volkes. Das sieht man schon aus den Namen der Gründer: Herzog Albrecht von Mecklenburg usw. (Sehr gut! bei den Soz.). Nein, es ist die ausgesprochene Partei der oberen Reihentausche, und sie verfügt über den großen Einfluß, den diese Klasse durch ihre verwandtschaftlichen und sonstigen Beziehungen haben. (Sehr richtig! links.)

Und eine solche Partei wird von den Behörden gefördert. Seit gestern abend haben wir darüber neues wichtiges Material erhalten. Der Redner trägt weiter eine Reihe von Einzelfällen vor, als Beweis dafür, daß allbeweisliche Politik im Heere tatsächlich betrieben wird. Ein höherer Offizier hat zu seinen Soldaten von der

Reichstagsmehrheit als Lumpen

gesprochen und gesagt: Ich stehe nicht an, diese Bande für Gefindel und Landesverräter zu erklären; sie gehören vor ein Kriegsgericht, standrechtlich erschlehen soll man sie. (Hört, hört!) Wer das Wort Frieden ausspricht, ist ein Schuft. Ich habe in meiner Familie verboten, daß das Wort gebraucht wird. Als in einem Regiment die Aufforderung zum Beitritt zur Vaterlandspartei sehr wenig befolgt wurde, ließ der Hauptmann die Leute antreten und jeden einzelnen nach dem Grunde fragen, warum er nicht beitreten wolle. Die Mehr-zahl hat dann aus Angst unterzeichnet. (Hört, hört!) Was muß ein solches Vorgehen für Folgen im Heere haben. Glauben Sie, daß da nicht eine Gegenbewegung einsetzt? Die Soldaten müßten ja alle Dummköpfe, Feiglinge und Gefinnungsklumpen sein, wenn dadurch die Erbitterung nicht lawinenartig anwächst. Sobald po-litische Dinge zur Sprache kommen, muß das Vorgesetzenden-haltig ausführen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Vaterlandspartei haßt sich auf dem Wahnglauben auf, man könne mit rein militärischen Mitteln diesen Krieg zur Ent-scheidung bringen. Daß der U-Bootkrieg uns den vierten Kriegs-winter nicht ersparen wird, steht heute schon fest. Die Resolution vom 19. Juli hat in den Ententeländern die Friedensstimmung befestigt. Darin besteht überhaupt die einzige Möglichkeit, den Krieg abzukürzen (Sehr richtig!), während die Herausstellung von Eroberungs- und Zerschmetterungsplänen die Kriegseigenschaften bei den Gegnern auspeitschen muß.

Die Angst vor einem vorzeitigen Frieden ist ja leider, leider unbegründet. Wenn aber der

neue Kriegswinter

und das vierte Kriegsjahr mit seinem furchtbaren Jammer und Elend, seinen Gefallenen von Menschenblut überdunkelt werden soll, so kann das deutsche Volk die Kraft zum Durchhalten nur durch die feste Ueberzeugung erhalten, daß der Feind uns zur Verteidigung des Vaterlandes, seiner politischen Unversehrtheit und seiner Lebensbedingungen zwingt, daß es nicht von uns ab-hängt, Frieden zu schließen. Mögen die Herren von der Regierung sich hüten, den Verdacht auf sich zu laden, als ob sie für diese Krieg führen wollen, die unerschütterlich sind und wenn sie erreichbar wären, zum Unheil ausschlagen müßten, weil sie zu einem latenten Kriegszustand führen würden, zunächst zu ungeheuren Missetungen. Wenn Sie sich gegen eine Neuordnung im Innern angeblich während des Krieges wenden, so wollen Sie die Neuordnung auch nach dem Kriege nicht. Dem undeutschen Ideal der Alldeutschen, dem Ideal der Untertänigkeitseinnahme des demütigenden sich Fügens und Duldens vor Annahmungen und Uebergriffen sehen wir das Ideal des aufrechten deutschen Mannes, das Ideal der freien ebenbürtigen Persönlichkeit entgegen. Wir wollen Deutschland frei wissen, frei vom Ausland und frei auch im Innern. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Saase (Unabh. Soz.)

Meine Herren, der Staatssekretär der Marine hat heute hier eine aufsehenerregende Mitteilung gemacht. Er hat erzählt, daß verurteilte Matrosen den Plan verfolgt hätten, Vertrauensmänner zu werden, die Mannschaften zur Gehorsamsverweigerung zu be-stimmen, auf diese Weise die Flotte lahmzulegen und den Frieden zu erzwingen. Er hat an diese Mitteilung die Bemerkung geknüpft: Es steht fest, daß der Hauptagitator diesen Plan im Fraktions-zimmer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Reichs-tage den Abgeordneten Saase, Dittmann und Voghter vorgetragen hat; sie haben ihn auf das Gefährliche hingewiesen und zur Vorsicht gemahnt.

Ueber unsre politische Tätigkeit irgendein Dunkel zu lassen, habe ich keinen Anlaß. Alles was vorgekommen ist, will ich offen dar-legen, und ich stelle gegenüber der Behauptung des Herrn Staats-sekretärs folgendes fest: Der Matrose, von dem er sprach, hat zwar mit mir im Fraktionszimmer eine Unterredung gehabt. Es ist aber unrichtig, daß er mir solchen Plan vorgetragen hat. Ich ersuche den Herrn Staatssekretär, für seine entgegengesetzte Behauptung das Beweismaterial vorzulegen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Ich er-läube aber schon jetzt: er hat keine, es gibt kein Beweismaterial für diese Behauptung. (Hört, hört! bei den U. S.) Zur vollen Aufklärung des Tatbestandes habe ich aber noch folgendes hinzu-zufügen: Dester haben mich Matrosen und Angehörige des Land-

heerlich im Reichstage aufgeführt, um mir Beschwerden über Mißstände im Heere oder in der Marine, namentlich Klagen über persönliche erlittene unbillige oder schlechte Behandlung vorzutragen. Sie haben dann vielfach auch ein Bild der Stimmung in Heer und Marine entworfen. Wie alle Mitglieder dieses Hauses, so empfangen ich die Beschwerden sehr, sei es in der Wandelhalle, sei es in einem der dafür bestimmten Besprechungszimmer oder im Fraktionszimmer. Welche Bedeutung der Bemerkung zukommen soll, ein Matrose hätte mich im Fraktionszimmer gesprochen, kann ich nicht einschätzen. Im Sommer dieses Jahres hat mich eines Tages auch der erwähnte Matrose gesprochen. Er hat mir über die Zustände, unter denen er und seine Kollegen litten, bittere Klage geführt. Er hat auch erzählt von der starken Unzufriedenheit unter den Matrosen und von der großen Erbitterung, die sich ihrer bemächtigt hat. Dabei hat er noch ferner gesagt: Die Matrosen, namentlich diejenigen, die lange Zeit dienen, empfinden den Mangel an geistiger Anregung schwer; sie hätten aber in sehr großer Zahl an die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei abonniert, läßen sie eifrig, und sie gäbe ihnen Anregung. Ihr Plan sei, sich weiter fortzubilden und in Zukunft in den Unterhaltungen am Lande politische Unterhaltungen zu pflegen. In diesem Zweck wäre es ihm erwünscht, Literatur zu haben. Obwohl, meine Herren, politische Unterhaltungen am Lande an sich erlaubt sind, solche Unterhaltungen jetzt so, wie die Verhandlungen der letzten Tage bewiesen haben, sogar amtlich mit Dohrdruck betrieben werden, so habe ich doch — das ist richtig — diesen Matrosen darauf aufmerksam gemacht, daß das an sich Erlaubte unter den besonderen Bedingungen, unter denen er lebte, gefährlich sein könnte, und habe ihn zur Vorsicht gemacht, also gewarnt. Ich stelle danach anheim, meine Herren, die Behauptungen des Herrn Staatssekretärs in ihrem richtigen Wert zu würdigen.

Ich bin es dem Andenken dieses Matrosen schuldig, hier zu erklären, daß er den Eindruck eines frischen, mutigen jungen Mannes mit hohen Gedanken machte, und daß ich, der ich sonst gar keine Beziehungen zu ihm hatte, auf das tiefste erschütterter war, als ich hörte, daß er wegen Verfolgung seiner politischen Ideale den Tod hat erlitten müssen. (Hört, hört! bei den U. S.) Der Herr Staatssekretär sprach von der Einwirkung der russischen Revolution auf die Matrosen. Ich weise darauf hin, daß nicht nur die Anhänger unserer Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, sondern daß die Sozialdemokraten aller Richtungen öffentlich im Reichstage und in der Presse, hier und anderwärts, den russischen Revolutionären ihre Sympathie und ihre Verehrung ausgesprochen haben. (Sehr laut! bei den U. S.) Es ist begreiflich, daß diese Revolution, das größte Ereignis dieses Jahrhunderts, auf alle nach Freiheit strebenden einen tiefen Eindruck machen mußte. (Bravo! bei den U. S.) Der Zweck der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs liegt so klar auf der Hand. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Ich habe nach der Praxis, die die Behörden seit langer Zeit auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts und auf dem Gebiete der Presse gegen meine Partei führen, und insbesondere nach den Darlegungen des Herrn Reichskanzlers geteilt im Hauptauschuss; gar nichts anderes erwartet. Es kommt für die Herren jetzt darauf an, das rote Tuch zu schwenken, um die andere Parteien zu einem festen Block zur Unterstützung der unglücklichen Regierungspolitik zusammenzuschließen. (Sehr richtig! bei den U. S.), die unser Volk in das Verderben gebracht hat und nur immer tiefer ins Verderben hineinbringt. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, und außerhalb des Gesetzes zu stehen, hat mich wirklich nicht überrascht. Vom ersten Kriegstage an habe ich das erwartet, und viele wissen in diesem Hause: ich habe unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des 1. August darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Zeitpunkt kommen wird. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers beweist nur, daß das Wasser ihm und allen Anhängern seiner Politik bis an die Kehle dringt. (Sehr wahr! bei den U. S.) Und in dieser Situation, wo sie nicht wissen, wie sie herauskommen, sollen aus all dem Elend, das schlagen sie los gegen diejenigen, welche ihre Kriegspolitik von jeher bekämpft haben, und die das Unheil vorausgesagt haben, das nunmehr gekommen ist. (Sehr richtig! bei den U. S.) Die Töne des Herrn Reichskanzlers, die wir heute vernommen haben, klingen uns nicht neu, wir haben sie noch in der Erinnerung. Wir haben sie vernommen zur Zeit der Sozialistengesetze. (Sehr richtig! bei den U. S.) Freilich, nicht so frisch und munter wie bei dem seligen Herrn von Puttkamer stoffen die Worte von den Lippen des Herrn Reichskanzlers; es war aber Geist von Geiste des Herrn von Puttkamer. (Sehr wahr! bei den U. S.) Inwiefern wie Herr von Puttkamer und wie auch ein Größerer, Herr von Bismarck, Schiffbruch erlitten hat mit dieser Politik, Herr Reichskanzler Dr. Michaelis, so wird es nicht lange dauern, und Sie werden sehen, daß ihre Politik in Trümmern liegt, daß dagegen diejenigen Verbände, die wir vernommen haben und jetzt vernichten, immer mehr Anhänger werden und finden werden in unserm Lande wie in allen Ländern, in denen Kulturmenschen leben. (Lebhafter Beifall bei den U. S. Bischoffs rechts.)

Abg. Voglherr (Unabh. Soz.):

Meine Herren! Ich habe dem, was mein Freund Haase ausgesprochen hat, nur wenig hinzuzufügen, besonders soweit es meine eigene Person betrifft. Der Herr Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es hätte ein Plan bestanden, die Marine dahin zu bringen, den Gehorsam zu verweigern, so die Flotte lahmzulegen und den Frieden zu erzwingen, und es sei Tatsache, daß die dahingehenden Bestrebungen in der Marine zurückzuführen seien auf Beziehungen gewisser Marinetruppen zur Unabhängigen Sozialdemokratie. Meine Herren! Ich erkläre, wie mein Freund Haase, daß auch ich, sowohl mit dem betreffenden Soldaten, der hier bereits ehrend erwähnt ist, gesprochen, mit ihm verhandelt habe, daß ich wiederholt mit ihm gesprochen, wiederholt mit ihm die Verhältnisse seines Schiffes, die Verhältnisse der Marine im allgemeinen erörtert habe. Das ist das Recht der betreffenden Soldaten, ihre Stimmen dort laut werden zu lassen, wo sie Vertrauen haben, und wo sie die Hoffnung haben, daß sie an die rechte Stelle weiter gelangen. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) und, meine Herren, es ist das Recht der Abgeordneten — es ist mehr als das, es ist ihre Pflicht und Schuttpflicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabh. Soz.) derartige Stimmen sich anzuhören, Klagen entgegenzunehmen, und ihre ganze Kraft darauf zu setzen, dem abzuwehren, was den armen, klagenswerten Leuten schwer auf der Seele liegt. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Das müßten sich die Herren gesagt sein lassen: wenn sie Vertrauen hätten zu Ihnen, dann würden sie nicht zu uns kommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabh. Soz.) Sie gehen dahin, wo sie glauben ein wohlwollendes und vor allem ein menschliches Ohr zu finden. Aber mehr als das: wir haben gehört, daß sie viel zu klagen hatten. Sie haben sogar von mir persönlich Material bekommen. Mit diesem Material — das haben wir schon vor 30 Jahren erlebt — wird in namentlich dann Stimmung zu erregen versucht, wenn man entweder nicht die Möglichkeit oder nicht den Mut hat, mit dem Material heranzutreten. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Ja, Herr Staatssekretär, so wie Sie das hingestellt haben, mußte der unbefangene und oberflächliche Hörer daraus entnehmen, daß gerade aus dem von uns angebotenen Material der Plan zur Geforsamungsverweigerung, der Plan zur Lahmlegung der Flotte, der Plan zur Erzwingung des Friedens indirekt hervorgegangen ist. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Ich fordere den Herrn Staatssekretär aus, mir auch nur eine einzige Schrift und in einer solchen Schrift auch nur ein einziges Wort zu zeigen, aus dem geschlossen werden kann, daß auch nur indirekt eine derartige Beziehung zwischen den Klagepunkten gegen jene klagenswerten Männer und meiner und meiner Tätigkeit als Abgeordnete bestehen. (Sehr laut! bei den Unabh. Soz.)

Meine Herren! In dieser Beziehung haben, wie mein Freund Haase schon erklärte, doch die Verfechter des Sozialistengesetzes immerzeit ihre Sache sehr viel besser gemacht. Sie haben uns auch Mate-

rial entgegengehalten, das war auch Material, das dazu bestimmt war, alles möglich zu beweisen, was es nicht konnte; es war auch Material, was gegen die Sozialdemokratie angewendet werden sollte, aber nicht von der Sozialdemokratie herrührte. Es ist nicht anzuschließen, daß der Herr Staatssekretär Material hat, in dem sich ähnliche Beziehungen und Anreize befinden; aber es ist anzuschließen, daß Ihnen die Möglichkeit gegeben ist, Beziehungen solcher Art zu uns und zu dem von uns geleiteten auch nur im entferntesten zu zeigen; denn sie besitzen nicht. Das Material, das wir angegeben haben, kann jeder von Ihnen bekommen. Wir haben für seine mögliche Verbreitung gesorgt, weil es legal ist, und wir müßten für die Verbreitung sorgen, weil uns die letzte Wirklichkeit, unter der wir leben, der verrückte Belagerungsstand, unter dem wir schmachten, der freien Presse erlaubt hat und denen, die hinter uns stehen, die Möglichkeit genommen hat, sich über politische Dinge ausreichend zu orientieren. Aber, meine Herren, was der Herr Staatssekretär hier in einer dilettantischen Art versucht... (Oh, oh! und Lachen rechts. — Glocke des Präsidenten.) Was der Herr Staatssekretär angeführt hat, um Verdächtigungen auszustreuen und um Anklagen gegen uns zu erheben, das ist ja nichts weiter als eine Fortsetzung der Politik, die der Herr Reichskanzler heute ganz besonders als die seine erklärt hat. Hat doch der Herr Reichskanzler erklärt, mein Freund Dittmann wäre der letzte, der das Recht hätte, über Agitation hier Klage zu führen. Der Herr Reichskanzler ist im Irrtum. Wir sind hier in keiner Beamtenstudie, hier hat jeder von uns das Recht, auch diejenigen, die dem Herrn Reichskanzler nicht genehm sind. Was hat der Herr Reichskanzler erklärt? Er nahm wohl Bezug auf seine gestrigen Äußerungen im Hauptauschuss, in denen er meinte, jeder Beamte könne jeder Partei angehören, sofern sie nicht dem Bestande des Reiches oder des Staats gefährliche Ziele verfolgte. Daraufhin meinte er: wir, die Unabhängigen Sozialdemokraten, stehen jenseits der Grenze, die er mit diesen Worten gezogen hat. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Der Herr Reichskanzler möge sich gesagt sein lassen, daß, wenn er sich auf den Boden der Verfassung stellen will, er wieder die Möglichkeit noch das Recht hat, uns hier innerhalb dieses Hauses unsere Rechte irgendwie zu beschränken. Aber es handelt sich dabei nicht um uns. Wir wehren uns nicht und werden unsern Mann stehen. Der Herr Reichskanzler vergißt jedoch, daß er damit nicht nur gegen uns eine verletzende und beleidigende Äußerung gerichtet hat, sondern daß hinter und hinter tausende Männer und Frauen stehen, die mit der Politik übereinstimmen, die wir hier vertreten, mag sie der Herr Reichskanzler bezeichnen, wie er will, daß hinter uns Hunderttausende von denen stehen, die draußen im Felde ihre Brust für das Vaterland hinhaltend (Zurufe rechts), ja wohl, die nicht wissen, wofür sie den Krieg führen (Unruhe rechts); nicht für Sie, meine Herren, sondern höchstens für eine ganz andre Zukunft, die nicht so sein wird, wie Sie wünschen.

Meine Herren! In derselben mangelhaften Form wie der Herr Staatssekretär v. Capelle hat auch der Herr Reichskanzler das nachzutun versucht, was wir aus den Zeiten des Sozialistengesetzes schon längst vergessen glaubten. Es sind die eingefrorenen Kompetenzen des seligen Herrn v. Puttkamer, es ist dieselbe Taktik und es sind dieselben Redewendungen, die schon längst das Gedächtnis aller politischen reifen Männer hervorgerufen. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Mit Ihnen wird aber weder der Herr Reichskanzler noch ein Reichskanzler, der etwa bedeutender als er ist und noch ihm kommen wird, eine Politik verdeden können, die in ihrem Kern, ihren Voraussetzungen und ihren Zielen dem vollständigen Bankrott verfallen ist. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Wollen Sie, Herr Reichskanzler, so die in die Brüche gegangene Freiheit des deutschen Volkes wieder festigen, daß Sie einen großen Teil des Volkes, der mit Aufopferung seiner ganzen Verlässlichkeit für seine politische Ueberzeugung eintritt, gleichsam an den Pranger stellen, und wollen Sie damit eine neue politische Kampagne eröffnen, dann haben Sie nur die Unmöglichkeit alles dessen bewiesen, was Sie glauben verteidigen zu können. (Lebhafte Beifall und Handklatschen bei den Unabh. Soz.)

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.):

Nach den schlagenden und treffenden Zurückweisungen der Angriffe des Herrn Staatssekretärs Capelle durch meine Kollegen Voglherr und Haase habe ich nur noch wenig zu sagen. Ich glaube aber hier ein paar Worte sagen zu müssen, weil der Herr Staatssekretär Capelle auch meinen Namen im Zusammenhang mit denen der Kollegen Haase und Voglherr genannt hat und man mir einen Vorwurf daraus machen könnte, wenn ich darauf nicht antworte.

Ich kann mir wesentlich auch für meine Person nur bestätigen, was von den Kollegen Voglherr und Haase in Bezug auf ihre Beziehungen zu den Matrosen, um die es sich handelt, gesagt worden ist. Auch mich haben in meiner Privatwohnung, im Bureau hier im Reichstag Matrosen und Soldaten in großer Zahl aufgesucht und haben mir ihre Beschwerden über die Zustände auf den Schiffen und im Heere vorgelesen, indem sie mich baten, mich ihrer und ihrer Interessen anzunehmen. In sehr vielen Fällen habe ich die Beschwerden der Leute an amtliche Stellen weitergegeben, in sehr vielen Fällen habe ich den Leuten Ringerzeige gegeben, wie sie selbst die Beschwerden anbringen können, und in manchen Fällen habe ich die Leute auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die ihnen unter Umständen drohen, wenn sie ihrem berechtigten Unwillen die Zügel schießen lassen. Ich glaube, dazu wird man wohl noch berechtigt sein. Der Herr Staatssekretär Capelle hat aber diese Tatsache hier in einem Zusammenhang gebracht, als wenn ich und die Kollegen Haase und Voglherr den betreffenden Matrosen geraten hätten, sie möchten den angebotenen von ihnen gezeigten Plan annehmen, sie möchten nur recht vorsichtig dabei sein. Meine Herren, auch ich lasse mir als Reichstagsabgeordneter das Recht nicht nehmen und verstimmen, mich der Interessen aller derer, die sich wegen irgendwelcher Beschwerden an mich wenden, anzunehmen, auch durch den Herrn Staatssekretär Capelle lasse ich mich in diesem Recht nicht beschränken und auch nicht durch den Herrn Reichskanzler.

Ich will aber darauf hinweisen, meine Herren, daß die Verfolgungen sich nicht nur gegen die Anhänger der unabhängigen Sozialdemokratie richten; wenn man geht im Heer und in der Marine auch deshalb dazu über, die Angriffe gegen einen Teil der Mehrheit der Sozialdemokratie, der sogenannten Mehrheitsfraktion, zu richten. Ich erinnere daran, daß sich in der Liste der 23 sozialdemokratischen Zeitungen, die ich vorhin zur Verteilung gebracht habe, auch verschiedene Mehrheitsblätter befinden, nicht nur Blätter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, und ich erinnere weiter daran, daß auch auf den Schiffen Anhänger der Mehrheitsfraktion verhaftet worden sind, weil sie die Auffassung der Mehrheitspartei befolgten haben. So ist z. B. ein Mann deshalb verhaftet worden, weil bei ihm ein noch nicht abgelesener Brief an den Vorwärts gefunden wurde; ein Brief mit politischem Inhalt, und ein anderer, weil man den Abdruck einer Friedenskundgebung bei ihm fand. Es handelt sich eben darum, die Bekundung des Friedenswillens in der Flotte und in der Marine systematisch überhaupt unmöglich zu machen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Das ist der Zweck der ganzen Maßnahme. Wenn es wahr wäre, was der Herr Staatssekretär von Capelle hier vorgelesen hat, dann müßten doch gerade Sie von der Mehrheit gegen den Staatssekretär den Vorwurf erheben, weswegen er nicht lange veranlaßt hat, daß öffentliche Anklage gegen uns erhoben worden ist. (Sehr richtig! bei den U. S.) die wir angeklagt im Einvernehmen mit den Matrosen einen derartigen Plan gegen haben. (Erneute Zustimmung bei den U. S.) Das ist nicht anzusehen, und das beweist, daß der Herr Staatssekretär v. Capelle sich bewußt ist, auf wie schwachen Füßen seine Anklage gegen uns steht. (Sehr richtig! bei den U. S.) Es handelt sich tatsächlich um das, was mein Kollege Haase gekennzeichnet hat, man will das rote Tuch gegen uns schwenken, man will Stimmung gegen uns machen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Sie werden uns aber nicht abhalten, das zu tun, was wir für unsere Pflicht halten im Interesse des deutschen Proletariats, im Interesse des internationalen Proletariats und im Interesse der Herbeiführung des Friedens zum Wohle der gesamten Kulturmenschen. (Bravo! bei den U. S.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle: Nach der in den Akten befindlichen Auslage des betreffenden Matrosen hat er den Abgeordneten im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratie seinen Plan zur Lahmlegung der Flotte vorgelesen und sie haben ihn ganz begeistert aufgenommen. (Lebh. Hört, hört! rechts.) (Abg. Haase (U. S.): Das ruft jemand, der nicht dabei war!) Sie haben ihn weiter nach der altemännlichen Auslage darauf hingewiesen, daß eine strafbare Handlung vorliegt und deshalb solle er sich vorsetzen; was an ihnen liegt, so würden sie seine Agitation in jeder Weise unterstützen. Auch ein zweiter Matrose, dem diese Auslage vorgelesen wurde, sagte zunächst: „Was im einzelnen verhandelt worden ist, will ich mir noch überlegen.“ und bei der zweiten Vernehmung am Nachmittag sagte er dann: „Soweit diese Auslagen sich auf mich beziehen, sind sie richtig, das soll heißen, ich habe die Sache nicht nur so erzählt, sondern sie hat sich so zugetragen.“ (Zurufe rechts: Hören Sie, Herr Haase! — Großer Lärm und erneute Zurufe bei den U. S.)

Abg. Trimboren (Zentr.): Der Reichskanzler hat sich heute klipp und klar auf den Boden der Resolution vom 19. Juli gestellt. Zur Erklärung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts bemerke ich: Es scheint mir nicht angeht, die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit ohne weiteres mit den Anschuldigungen in Zusammenhang zu bringen, die hier gegen drei Abgeordnete vorgebracht worden sind. Ich muß annehmen, daß der Staatssekretär sich auf hinreichendes schlüssiges Material stützt. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß, wenn die genannten drei Abgeordneten sich gegen die Gesetze verhalten, insbesondere Handlungen begangen haben sollten, die Hoch- und Landesverrat bedeuten, daß dann mit aller Strenge des Gesetzes gegen sie vorgegangen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Arath (Konf.): Vor allem müßten die drei Abgeordneten auf den Schutz der Immunität verzichtet, damit die Wahrheit über Unschuldigkeit der Beschuldigten festgestellt werden kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Ebert (Soz.): Ich habe namens meiner Freunde eine Erklärung zu dem Vorgehen abgegeben, der vorher im Hause mit Recht großes Aufsehen erregte. Der Staatssekretär der Marine hat gegen einzelne Mitglieder der Unabhängigen und gegen die Partei selbst die allerhöchsten Anklagen erhoben und der Reichskanzler ist sogar soweit gegangen, die weitestgehenden politischen Konsequenzen gegenüber dieser Partei zu ziehen. Wenn die Reichsleitung nun schon überhaupt diesen Schritt hier unternehmen wollte, dann hätte sie sich zunächst die innen- und außenpolitischen Wirkungen eines solchen Vorgehens klar machen müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Jedemfalls dürfte sie in dieser Debatte doch nur dann plötzlich mit einer solchen Anklage hervortreten, wenn absolut einwandfrei und in sich selbst zweifellos schlüssiges Material vorhanden war. (Sehr richtig!) Aber auch selbst dann hätte dies Vorgehen noch zurückgewiesen werden müssen. Wenn die Reichsregierung glaubt, daß einzelne Mitglieder dieses Hauses sich gegen die Strafgesetze verhalten haben, dann ist in der Geschäftsordnung des Reichstags ein geregelter Weg vorgeschrieben, wie dies Verfahren einzuleiten ist. (Sehr richtig!) Es ist ganz unmöglich, ohne daß die Angeklagten vorher unterrichtet sind, plötzlich mit einer so schweren Anklage im Parlament zu kommen. Dieses Vorgehen müssen wir auf das allerentschiedenste verurteilen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Wie weit ist nun das Vorgehen an sich sachlich begründet? Nach dem von dem Staatssekretär vorgelegten Material muß ich erklären, daß die von ihm erhobenen Anklagen dadurch nicht gerechtfertigt sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß Soldaten mit Parlamentariern verhandeln, kommt im Krieg natürlich, besonders häufig vor. Mit Kollegen meiner Fraktion und mit der Fraktionsleitung verkehren Tausende von Soldaten schriftlich und mündlich. Wir haben es immer für unsere Pflicht gehalten, ihre Klagen sorgfältig zu prüfen, wo sie berechtigt sind, die Sache auf den richtigen Weg zu leiten und für die Beschwerden einzutreten, dies Recht werden wir uns nicht bestreiten lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daraus irgend etwas politisch Verdächtiges herzuleiten, ist durchaus falsch. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aus dem Vorgehen geht weiter hervor, daß die U. S. in Heer und Marine für ihre Bestrebungen agitiert haben. Das Recht der Propaganda ihrer Ziele steht jeder Partei frei. Wir haben ja erst in den letzten Tagen festgestellt, daß in Heer und Marine eine wilde Agitation, vielfach getragen von militärischen Stellen, betrieben wird, die sich gegen die Politik der Reichsregierung und der großen Mehrheit des Volkes richtet. Wenn so die Heeresleitung selbst die Politik, in das Heer hineinzutragen, darf sie sich nicht beschweren, wenn andere Parteilisten ebenfalls in Heer und Marine propagandieren. (Sehr wahr!) Weiter aber ist, soweit ich das Material beurteilen kann, gegen die U. S. Partei nichts festgestellt. Deshalb müssen wir dies ganze Vorgehen entschieden mißbilligen. Der Reichskanzler hat nun mit seiner Erklärung der ganzen Sache noch die Krone aufgesetzt. Er hat aus dem Handgelenk heraus schon vorweg die Partei der U. S. außerhalb des Rechts gestellt. Das ist ein unbegreifliches Verfahren in einer Zeit, wo sich unser Land in der schwierigsten Situation befindet, wo die Zusammenfassung aller Kräfte unseres Volkes die erste Aufgabe der Regierung sein müßte. Dies Verfahren, einen Teil des Volkes, mag er groß oder klein sein, außerhalb des Rechts stellen zu wollen, ist die alte Auffassung der Ausnahmegerichtsgebühren, die wir mit aller Schärfe verurteilen müssen. (Bravo!) Ich muß offen heraus sagen: eine solche Erklärung konnte nur erfolgen von einer Regierung, die sich ihrer großen Verantwortlichkeit nicht bewußt ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) von einer Regierung, die den großen Aufgaben, die auf ihr lasten, in keiner Weise gewachsen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Jeder Tag, der das deutsche Volk früher von dieser Regierung befreit, wird von uns begrüßt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Sollte die Reichsleitung wirklich eine solche Politik einschlagen, wie sie der Reichskanzler angekündigt hat, so werden wir sie mit Einsatz unserer ganzen Kraft und unzerstörlicher Pflichtbewusstheit auf das rückstößigste bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Stresemann (Natl.) erklärt namens seiner Freunde: Die gegen die U. S. erhobene Anklage hat in uns den Eindruck erweckt, als wenn die genannten Mitglieder der Partei der U. S. namige an strafbaren Handlungen beschuldigt werden sollten. In diesem Fall gibt das Strafgesetzbuch die Möglichkeit, hiergegen vorzugehen. Meine politischen Freunde ebenso wie der ganze Reichstag werden sicherlich in diesem Falle den Schutz der Immunität nicht gewähren. Ein solches Verfahren liegt auch im Interesse der Partei selbst und des ganzen Parlaments, da nur auf diese Weise Schuld oder Unschuld festgestellt werden kann. Wir erwarten, daß die Reichsleitung sofort alle möglichen Schritte nach dieser Richtung einleitet.

Abg. Naumann (Wp.): Es hat uns gewiß auf das Tiefste erschüttert, daß junge kräftige deutsche Mannschaften von unserer Flotte einen Wahngedanken verfolgend dahin gekommen sind, die Strafe des Landesverrats auf sich zu ziehen. Aber es bewegt uns nicht weniger, wenn wir sehen, daß eine Regierung vorhanden ist, die aus diesem Falle und seinen Umstände eine Waffe im politischen Kampf zu machen sucht. (Lebhafte Zustimmung links.) Rüge der Fall so, daß die drei genannten Abgeordneten etwas getan haben, was den Strafgesetzen widerspricht, dann sind sie straffällig, dann würde die Immunität sie nicht schützen und sie würden selbst den Appell an die Immunität in einem solchen Falle nicht zu erheben wagen. Aber dann wäre der Reichsanwalt auch längst gekommen mit der Forderung an den Reichstag, die Immunität aufzuheben und Strafverfolgung zu ermöglichen. (Sehr wahr!) Da der Reichsanwalt mit diesem Antrag nicht gekommen ist, so folgt daraus, daß in den Akten des Reichsanwalts dasjenige nicht enthalten ist, was hier in den Ausführungen des Staatssekretärs v. Capelle als vorhanden vorausgesetzt ist. (Sehr wahr! links.) Wir protestieren dagegen, daß man aus einem nicht vollzogenen Verfahren hier entehrende Folgerungen gegen Volkswortführer zieht. (Bravo!) Im übrigen würde, selbst wenn die drei Mitglieder des Hauses in ein

Erstreckung hinübergegangen worden wären, daraus nicht im geringsten folgen, daß man sich für Vergehen ihre Partei als solche verantwortlich macht. (Sehr richtig! links.) Das der Reichskanzler vorher gesagt hat, hat uns alle geradezu genötigt, um für diese Partei und ihr Existenzrecht einzutreten. (Sehr wahr! links, Widerspruch rechts.) Wenn man eine ganze Partei mitten im Kriege mit dem Generalstabemittelt, so hat die Volkvertretung dafür keinen Sinn. (Sehr wahr! Zustimmung links.) Wer will mit Niederlegung die Folgen absegnen, die daraus für unsere Währungsherstellung und für die Stimmung an der Front folgen müssen? (Sehr wahr! links.)

Wenn die Leute jetzt zu sterben bereit sind unter den unerbittlichsten Angriffen, wie sie noch kein Geschlecht vorher ausgehalten hat, dann tun sie das nicht deshalb, weil irgendjemand in Zukunft mehr Land besitzen will, sondern dann lebt in ihnen die Hoffnung, daß ihre Kinder ein Volk haben werden, in dem sie sich frei bewegen können. Ohne etwas vom Geist der Freiheitskämpfer hatten wir die kommende Zeit nicht an. (Sehr wahr! links.)

Im Herbst 1914 sind die Parteien in Deutschland. (Sehr richtig! links.) Er hat seine Flotte geschaffen, mit der er seine Politik. (Sehr wahr! links.) Von Ende 1914 an bereits hatten wir zwei gegen einander kämpfende Regierungen, die Regierung Bethmann und die Regierung Erzberger. (Sehr wahr! links.) Wogegen wir uns heute wehren, ist das Herz in seiner vernünftigen Schärfe autoritär in das Meer hineingetragen wird. (Sehr wahr! links.) Wir protestieren dagegen, daß solche Eroberungsphantasien programmatisch systematisiert werden. Daraus ergibt sich dann das, was brauchen als die Brutalität des deutschen Materialismus angesehen wird. (Sehr wahr! links.) Der Friede nach diesem verheerenden Krieg der die Völker so zerrissen hat, kann nicht ein „einfaches Geschäft“ sein, wie der geschäftstüchtige Herr Erzberger das glaubte. Da muß ein gegenseitiges Vergeben und Vergessen vorausgehen. Es muß erst die Grundlage der Friedendegeneration gelegt werden. Das war auch die Auffassung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, an den sich gerade in diesen Tagen auch noch mancher in diesem Hause erinnert. (Sehr wahr! Zustimmung links.)

Reichskanzler Dr. Michaelis: Aus der Darstellung des Abg. Dittmann konnte man entnehmen, daß die von ihm angeführten Strafen, Zuchthausstrafe über 200 Jahre und sogar Todesstrafe, übertrieben, hart und ungerecht gewesen wären. Es ist aber leider Tatsache, daß die schwersten Verbrechen von einem unserer Marine-Minister begangen sind. Es ist mit Teilen, auf denen die Leute sich verpflichten, die Grundzüge der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei anzuerkennen, eine umfangreiche Kapitulation erzwungen worden. Wenn der Abg. Dittmann darauf hinweist, ich hätte gesagt, ich wolle mit völliger Objektivität allen Parteien gegenüberstehen, so hätte er auch hinzusetzen müssen, daß ich auch gesagt habe, es läßt sich natürlich nicht vermeiden, daß die Kapitulation für die gefährlich für den Bestand des Reichs und Preußens hielte. In diesem Sinne habe ich gesagt, stände die Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei außerhalb. Damit habe ich aber nicht gesagt, die Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sollte außerhalb des Reichs gestellt werden. Wer hat das von mir gehört? Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob eine Schärpe, die verwandtlich ist, auf uns und unsere Truppen leistungsfähig bleiben und unsere Marine nicht in einzelnen Gliedern den Plan der Geforsamsverweigerung folgt, dagegen Maßnahmen ergreift, als wenn ich sage, eine Partei soll unter Androhung gestellt werden. Das Wort kommt in der Tat in aller sehr begehrt, aber der Grund liegt darin, daß die Leute in welcher Weise beraten worden sind.

Abg. Erzberger (Z. Z.) verlangt, daß schleunigst das Verfahren gegen die Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eingeleitet werde, und verteidigt die Haltung der Vaterlandspartei.

Abg. Naase (Unabh. Soz.):

Meine Herren, der Herr Staatssekretär hat sich meinem Verlangen, sein Beweismaterial vorzulegen, nicht entziehen können. Und was hat sich herausgestellt? Ich glaube, daß das ganze Haus, auch diejenigen, die sich vorangekommen waren, im höchsten Maße davon überreift waren, daß nichts gegen die Abgeordneten Dittmann, Bogtherr oder mich vorgebracht worden ist; daß aber der Vertrag des Herrn Staatssekretärs ihm selbst in ein sehr schlechtes Licht gestellt hat. (Sehr richtig! bei den U. Z.) Ein Angeklagter namens Sachse, wie ich jetzt erfahren habe, hat im gerichtlichen Verfahren ausgesagt, ihm habe ein anderer Angeklagter namens Reichpietsch erzählt, er sei im Fraktionszimmer mit den Abgeordneten Bogtherr, Dittmann und mir anwesend gewesen und habe mit mir geteilt, daß er für die unabhängige Sozialdemokratische Partei Agitation gefahren habe. Dabei soll Dittmann ihm gesagt haben, er solle nur so weiterarbeiten. Meine Herren, wenn das alles richtig ist, was Sachse gesagt hat, so wird kein Mensch, auch nicht Herr Mevius, etwa die Wahrheit haben, zu behaupten, daß ein Anhaltspunkt für irgendeine strafbare Handlung dabei gegeben sei. (Hört, hört! bei den U. Z.) Mehr ist nicht vorgebracht worden. (Zuruf.) Sie, Herr Mevius, sind Jurist und deswegen dürfen Sie am allerwenigsten das aussprechen, was Sie ausgesprochen haben. Nach der Vernehmung Sachses wird Reichpietsch selbst, der einzige, der aus eigener Wahrnehmung etwas bezeugen kann, vor den Richter gerufen. Ihm wird die Aussage Sachses vorgelesen und er sagt darauf: „Es ist richtig, ich habe zunächst nur von Dittmann gesprochen, jetzt noch Vorhalt der Sachse. Die Aussage muß ich zugeben, daß bei der Unterredung auch die Abgeordneten Bogtherr und Naase anwesend gewesen sind.“ Er sagt aber noch hinzu: „Was im einzelnen verhandelt ist, das muß ich mir überlegen.“ Also dieser Angeklagte weiß nicht einmal, was im einzelnen verhandelt worden ist, und dann kommt er später als Nachmittag nach einiger Überlegung — und Herr Mevius weiß ja aus seiner Praxis ganz gut, wie das zu bewerten ist, was auf einer solchen Überlegung eines Angeklagten in seiner Angst beruht — und sagt: Was Sachse bezeugt hat, ist richtig. Und was hat er bezeugt? Wie ich Ihnen schon einmal sagte, daß er in unserer Fraktionszimmer erzählt habe, auf einem Schiff würde für die Unabhängige Partei gearbeitet, und daß ihm gesagt worden sei: „Gut, so arbeiten Sie weiter.“ Aber obwohl das nicht wahr ist, so ist trotzdem, wie hervorgehoben worden ist, ihm von einem von uns gesagt worden, wenn auch nicht strafbar ist, was für ihr, ihr feiner Unannehmlichkeiten in dem militärischen Verhältnis haben, in dem ihr euch befindet, seid deshalb vorichtig!

Ich möchte wissen, ob die Herren auf der rechten Seite, wenn jemand für die altdemokratische, vaterländische Partei an der Front agieren will und ihnen das erzählt, Sie auch nur sagen würden: Ihr feiner Unannehmlichkeiten davon haben. (Zustimmung bei den U. Z.) Nun hat der Reichskanzler den Schlichter noch etwas weiter gestiftet. Ich habe bisher nicht gewußt, was eigentlich diese unglücklichen Matrosen verbrochen haben. Er hat gesagt: Sie hätten Zettel verbreitet, auf denen gestanden hätte, die Unterzeichner verpflichteten sich zu den Grundzügen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Die Grundzüge der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind Grundzüge, die seit Jahrzehnten öffentlich veröffentlicht worden sind für die Jahrzehnte Millionen eintreten. (Sehr richtig! bei den U. Z.) Die Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat nach ihrem Parteitag im Jahr 1917 diese Grundzüge noch einmal mit etw. verändert; jeder kann sie noch einmal durchlesen. Kein Staatsanwalt hat die Möglichkeit gehabt, auch jetzt unter dem Kriege irgendein Verfahren deswegen einzuleiten.

Der Herr Reichskanzler hat freilich hervorgehoben, es seien auch Flugblätter und Aufschriften verbreitet worden. Wenn das die einzigen Druckchriften sind, die etwa der Herr Abgeordnete Dittmann — ich weiß nichts von ihnen — ihm gegeben hat, so sind dies, wie er bereits erklärt hat, legale Schriften, die durch die Zensur gegangen sind und einen völlig legitimen Inhalt haben. Ich habe ausdrücklich hervor, daß wiederholt an dieser Stelle von Seiten der Regierung gesagt worden ist, daß alle Parteien gleich behandelt werden sollen, daß insbesondere die Parteisitzungen und die Wissensfundgebungen der Parteien zugänglich gemacht werden könnten.

Nun ist merkwürdigerweise die Behauptung aufgestellt worden, wir müßten, da ein Verdacht gegen uns erhoben worden sei, uns unserer Immunität begeben. Zunächst ist gar nicht der Verdacht irgendeiner strafbaren Handlung gegen uns ausgesprochen. Selbst der Staatssekretär hat dies nicht getan und nicht tun können. In seiner zweiten Rede hat er vielmehr seine ersten Ausführungen, die ihm falsch ausgelegt zu werden schienen, auf das richtige Maß eingeschränkt untergenommen, indem er noch einmal vor das: es ist weiter nichts gesagt worden, als daß die Angeklagten Beziehungen zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehabt hätten, ausdramatisiert. Ja, daß sie solche Beziehungen mit einer Partei haben, macht die Partei und diejenigen Personen, zu denen sie diese Beziehungen angeknüpft haben, nicht zu Teilnehmern einer strafbaren Handlung, die sie etwa verübt haben sollten. Es hat einer der Herren aus dem Hause die Vorgänge merkwürdigerweise so angefaßt, ich glaube so gar Kollege Trimborn, als ob die Matrosen irgendwem mit dem Gedanken gespielt hätten, die Flotte dem Feinde auszuliefern. Das hat keiner von den Herren von der Regierung behauptet, das ist sicherlich unrichtig.

Wenn die Herren von der Zentrumspartei und von der Fortschrittlichen Partei — von Herrn Erzberger und von Herrn Mevius sehe ich nach ihrem Auftreten ab — und Herr Erzberger hat sich ja deutlich und scharf ausgesprochen — diesen Tatbestand noch einmal ins Auge fassen, so werden sie schon aus Gerechtigkeitssinn sagen: es ist nichts vorgebracht worden, was es irgendwem rechtfertigen könnte, auch nur ein Verfahren einzuleiten. Und Herr Naumann hat schon mit Recht betont: ist es denn glaublich, daß in den Monaten, die seit dem Vorgehen gegen die Matrosen zurückliegen, die Staatsanwaltschaft und der Reichsanwalt nicht längst ein Verfahren eingeleitet hätten (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.), wenn auch nur die einfachste Möglichkeit vorhanden wäre, daß man uns pöden könnte? (Sehr wahr! Zustimmung bei den Unabh. Soz.) Gibt es denn irgend jemand hier im Hause, der glauben würde, daß wir in den Augen dieser Behörden Wohlwollen finden könnten? Glaubt denn einer von Ihnen, daß die Anklagebehörde und die Regierung nach der Ermittlung, die ihre Vertreter gerade heute wieder bekannt haben, nicht mit einer gewissen Lust sich auf uns stürzen würden (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.), um uns aus Messer zu liefern? Die Tatsache allein, daß man Monate hat verstreichen lassen, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, ein Aufklärungverfahren einzuleiten, beweist bereits, daß diese ganze Behauptung, die hier aufgestellt werden ist, keinen Boden hat. (Sehr wahr! Zustimmung bei den Unabh. Soz.) Es wäre eine Pflichtverletzung gegen unsre Wähler und das öffentliche Amt, das wir ausüben haben, wenn wir uns, wo nicht einmal ein solcher Verdacht erhoben ist, unserer Immunität begeben würden oder auch nur erklären würden: Altes, unersucht doch einmal den Fall. Da ist nichts zu untersuchen, der Tatbestand ist einseitig.

Wir dürfen uns übrigens in keinem Falle der Immunität begeben. Ich bin jahrelang Vorsitzender der Geschäftsordnungs-Kommission gewesen, und in der Geschäftsordnungs-Kommission hat stets volle Übereinstimmung darüber bestanden, daß die Immunität kein persönliches Recht des Angeklagten ist (Sehr richtig! b. d. U. Soz.), das er nach seinem Willen preisgeben kann, sondern daß die Immunität ein Recht des Reichstags selbst ist, daß der Abgeordnete die Pflicht habe, dieses Reichstagsrecht zu wahren. (Erneute Zustimmung bei den U. Z.) Mit den Bewilligten von Hof- und Landesverrat sind ja diese Herren jetzt täglich bei der Hand. Ich erinnere daran, daß eine Zeitung — Ihr Vororgan, Herr Erzberger — mehrmals hintereinander in den letzten Wochen dem Abg. Erzberger den Vorwurf gemacht hat, daß alle objektiven Merkmale des Hochverrats im Sinne unseres Strafgesetzbuchs in seinem Tun vorhanden seien. (Hört, hört!) Der Herr Abg. Erzberger hat ganz recht getan, daß er nicht etwa zum Rabi oder gar zu Herrn Erzberger lieg und ihn darum hat, sie möchten eine Untersuchung anstellen, um ihm zu attestieren, daß er vollständig unschuldig sei. Ich möchte dem Herrn Reichskanzler noch zweierlei sagen. Im empfinden es als ein schweres Unrecht gegen die angeklagten Matrosen, daß nachdem die Haupt-Bothscher, Dittmann und mein Name im Verfahren gegen sie genannt worden, wir darauf nicht als Zeugen vorgeladen worden sind. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Wir wären als Zeugen in der Lage gewesen, für diese Angeklagten — ich kenne nur den einen, der hier war — manches auszusagen, was mitberühn in die Waagschale gefallen wäre. (Zuruf. b. d. U. Soz.) Ich bin davon durchdrungen, daß dieser Unbilligkeit, der hier wiederholt erwähnt ist, und der zweite, der erschaffen sein soll, dann diese Strafe nicht erlitten hätten, daß man sie vor dem Tode hätte begreifen können, indem wir einfach als Zeugen die Wahrheit verkündeten. (Erneute Zustimmung bei den U. Z.)

Aber wie ist denn überhaupt die Haltung der Behörden in dieser Situation zu beurteilen? Der Herr Reichskanzler hat sich bemüht, Unien zwischen sich und unserer Partei zu ziehen. Ich hätte gewünscht, daß die Behörden die Linie der Menschlichkeit in diesem Falle eingehalten hätten. (Zürnender Beifall bei den U. Z.) Ich möchte den Herren folgende Tatsache unterbreiten. Reichpietsch ist, wie ich heute unmittelbar durch seine Angehörigen erfahren habe, am 10. August verurteilt worden. Er hat an diesem Tage an seine in Weisküll wohnenden Eltern, fromme Mitglieder der Baptisten-Gemeinde, einen Abschieds- und Verzeihungsbrief gerichtet. Die Eltern haben diesen Brief zunächst nicht bekommen, sondern sie erfahren zuerst, daß das Todesurteil gegen ihn vollstreckt worden ist, und zwar auch nicht amtlich, sondern durch einen Krieger, der hierher nach Berlin kam. (Anhaltende erregte Zurufe bei den U. Z. — Glocke des Präsidenten.)

Am 5. September ist das Urteil vollstreckt worden, und dann kommt jener Brief den unglücklichen Eltern erst am 11. September zu! (Erneute stürmische Zurufe von den U. Z.) Der Vater schickte ihm ihnen im Auftrag des Gerichtsherrn. Die Herren der Regierung und die Richter ihnen Geschick, sollten an ihre Eltern schlagen und sich nicht erheben, so hätte diese Anschuldbildung hier in das Haus hineingeworfen. Der politische Grund ihrer Verfolgungspolitik ist uns klar. Die Herren haben so schwere Niederlagen erlitten (Sehr wahr! Zustimmung bei den U. Z.), das System, mit amtlichen Geldern eine sogenannte Aufklärungspropaganda gegen die Mehrheit des Reichstags in das Meer hineinzutragen, ist so bloß gestellt worden, daß ich es sehr wohl verstehen, daß sie das Bedürfnis empfunden haben, von diesen blamablen Tatsachen abzulassen. (Erneute stürmische Zustimmung bei den U. Z.) Ein Ablenkungsversuch seitens der Regierung ist nichts anderes als es, und ich bedauere es, daß sich auch der Staatssekretär der Marine zu diesem unglücklichen Ueberfall hergegeben hat. (Stürmischer Beifall bei den U. Z.)

Reichskanzler Dr. Michaelis: Die beiden Männer sind von einem Gerichtshof verurteilt worden, der selbständig zu entscheiden hat, und zwar der eine wegen militärischen Auftrags, der andere wegen Aufruhrverbreitung. Wer als Zeuge in einem solchen Verfahren vernommen wird, unterliegt nicht irgendeiner Entscheidung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Reichsmarineamts. (Zuruf bei den Unabh. Soz.: Aufzureden!) Einspruch muß ich auch erheben dagegen, daß nicht erwiesen sei über den Verkehr zwischen den betreffenden beiden und dem Abgeordneten Naase, was irgendwem einen Schatten von Schuld an ihm und seine Partei werft. Der Staatssekretär hat ja die Aussage des Mannes verlesen, wonach er in eine Agitation verwickelt war, deren Zweck es war, den Gehorsam zu verweigern, und zwar als Abwehrführer. (Widerspruch bei den Unabh. Soz.) Das hat er selbst zugestanden, und mit dieser Schuld im Herzen ist der Mann hergegriffen und hat sich hier weiteres Agitationsmaterial besorgt. (Erneute Zurufe bei den Unabh. Soz.) Und nach den eigenen Mitteilungen der Herren ist ihm Agitationsmaterial gegeben worden. (Zurufe bei den Unabh. Soz.: Was für Material?) Es handelt sich um weiteres Agitationsmaterial zur Agitation für die Unabhängigen Sozialdemokratie, und lediglich dieser Zusammenhang ist von Staatssekretär als das bezeichnet worden, was verlegt. (Zurufe bei den Unabh. Soz.: Das ist ja Kinderred! und Unerbört!)

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Der Reichskanzler hat festgestellt, daß die betreffenden Personen von mir Agitationsmaterial

für die Unabhängigen Sozialdemokratie erhalten haben. Das ist in Hunderten von Fällen geschehen, so daß ich mich des Einzelsfalls kaum noch entsinnen kann. Dieses Mannes Aussage ich nicht, weil unsere Gespräche an seine Verbrechen über die Behandlung und Befestigung anknüpften. Der Mann erklärte, er lese die Zeitungen der Unabhängigen Sozialdemokratie. Es ist ihm gesagt worden, es gibt Agitationsstellen, die bemüht sind davon hinzuwirken, daß alle Parteien nach dem bekannten Kaiserwort gleich behandelt werden; aber beim Militär und in der Marine wird dem systematisch entgegenwirkt und deshalb solle er sich in acht nehmen, damit man nicht versuche, ihm daraus einen Strick zu drehen. Wenn der Staatssekretär einen weiteren Zusammenhang konstruiert, so muß er den Beweis dafür erbringen. Von der Arbeiterklasse werden diese armen Matrosen als Märtyrer betrachtet werden (Sehr wahr! Zustimmung bei den Unabh. Soz.), ihre Verurteilung wird in der Annalen dieses Krieges fortleben als ein ganz jämmerlicher, elender Justizmord.

Abg. Graf Bessler (Konf.): Weder dem Abg. Trimborn noch Naumann kann ich darin zustimmen, daß die Ausherrungen des Reichskanzlers über die Unabhängigen Sozialdemokratie unvereinbar mit der Ausherrung des Kaisers vom 4. August 1914. Diese Ausherrungen haben Hof- und Landesverrat begangen und mit dem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie den Plan der Organisation besprochen. (Lachen und Zurufe bei den Unabh. Soz.) Während draußen die Schlachten tobten, wollten die Unabhängigen Sozialdemokraten unsere Flotte wehrlos machen. Dazu kommt ihre seit Jahr und Tag betriebene Politik, die Verweigerung der Mittel für unsere kämpfenden Truppen und ihre Aeden, die das Vaterland aufs schwerste schädigen. (Erneute Zurufe der Unabh. Soz.) Es ist berechtigt, wenn der Reichskanzler erklärt hat, Beamten eine Bestätigung für die Partei nicht zu gestatten ist und daß die Agitation für sie im Meer und in der Marine nicht gebildet werden kann.

Die Diskussion schließt. Der Antrag der Unabh. Soz., zu erklären, die Behandlung der Interpellation durch die Regierung entspricht nicht der Auffassung des Reichstags, wird gegen die Stimmen der Soz. und der Unabh. Soz. abgelehnt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses über die auswärtige Politik.

Abg. Jochenbach (Zentr.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Friedensfundgebung des Reichstags vom 19. Juli. An unsern Feinden liegt jetzt die Entscheidung, der Reichstag wird eine weitere Friedensfundgebung, die deutsche Regierung ein weiteres Friedensangebot nicht machen. Der Reichskanzler hat sich der Auffassung der Reichstagsmehrheit durchaus angeschlossen. (Sehr wahr! Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Kühlmann: Peru und Uruguay haben den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit uns beschlossen. — Das Kohlenabkommen mit Holland ist soweit gefordert, daß nur noch wenige Formalien ausstehen. — Die Bemühungen des Papstes um die Annäherung eines Gedanken- und Handelsabkommens der feindlichen Mächte haben seit unserer Verantwortung der päpstlichen Note einen wesentlichen Fortschritt nicht gemacht. Die Frage, um welche heute die Völker Europas noch kämpfen, ist nicht in erster Linie Belgien. Die Frage, um die Europa mehr oder weniger in einen Schutzhafen verwandelt wird, ist die Zukunft Elsaß-Lothringens. England hat sich Frankreich gegenüber diplomatisch verpflichtet, solange mit seiner gesamten Staatsgewalt und mit seinen Waffen für die Rückgabe Elsaß-Lothringens einzutreten, als Frankreich selbst an dieser Forderung festhält. (Hört, hört!) Auf die Frage, ob wir in Bezug auf Elsaß-Lothringen irgendwelche Zugeständnisse machen werden, haben wir nur die eine Antwort: Nein, niemals. (Sehr wahr! Zustimmung.) So lange eine deutsche Faust die Fülle halten kann, kann die Unverschrtheit des Reichsgebietes nicht Gegenstand von solchen Verhandlungen oder Zugeständnissen werden. Elsaß-Lothringen ist Deutschlands Schild und das Symbol deutscher Einheit. (Bravo!)

Wofür wir stehen, sind nicht phantastische Eroberungen, es ist die Unverschrtheit des Deutschen Reichs. (Sehr wahr! Beifall.) Soweit ich die Weltlage zu überblicken imstande bin, gebe es außer dem französischen Wunsch nach Elsaß-Lothringen kein absolutes Hindernis gegen den Frieden. (Hört, hört!) keine Frage, die nicht durch Beratungen und Ausgleich gelöst werden könnte. Eine irrtümliche Auffassung ist es, als ließe sich durch öffentliche Erklärungen von der Rednertribüne die politische Lage noch wesentlich fördern. Unsere Feinde haben vollkommen utopische Maximalforderungen verkündet, die nur durchgehört werden könnten nach völliger Niederwerfung Deutschlands und aller seiner Verbündeten. (Sehr wahr!) Die auswärtige Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie getragen ist von der Zustimmung des Volkes und seiner großen Masse. (Bravo links!) In dieser ersten Schicksalsstunde ist jeder mitberufen, unserer auswärtigen Politik die Wucht und die Geschlossenheit zu geben, die sie braucht, um den Sieg und den Frieden zu erreichen. (Sehr wahr! Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.): Die Rede des Staatssekretärs war von großer Bedeutung. Man muß sich danach mit der Tatsache abfinden, daß vor allem England zum Frieden noch nicht bereit ist. Es sind in der Tat aussehende Pläne, die England noch immer verfolgt. Die verletzigen Forderungen von Asquith gehen auf nicht weniger als auf die Vernichtung Deutschlands hinaus. Unter diesen Umständen sagen auch wir Sozialisten, in der Verteidigung unseres Landes müssen wir ausharren. (Bravo!) In eine Auslieferung von Elsaß-Lothringen denkt bei uns in Deutschland niemand. (Sehr richtig!) Die Franzosen sollten sich endlich das Wort Jaures zu eigen machen, der im April 1911 sagte: „Eine deutsch-französische Verständigung gerichtete Politik würde die Demotrasierung Deutschlands beschleunigen. In diesem demokratischen Deutschland könnte Elsaß-Lothringen eine Autonomie erhalten, die ihm erlaubt, seine französischen Erinnerungen zu pflegen und die Kultur der beiden berühmten Völker harmonisch zu verschmelzen.“ (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir unsererseits müssen jedenfalls aus diesem Kriege die Folgerung ziehen, daß für Elsaß-Lothringen die volle Selbstverwaltung eingeführt wird. Mäße der Reichskanzler alle Kräfte einsetzen, um die bekannten Widerstände gegen eine solche Regelung zu überwinden. (Bravo!)

In Anbald haben sich die Verhältnisse leider nicht so entwickelt, wie wir gehofft haben. Nach der heutigen Rede des Herrn v. Kühlmann ist festzustellen, daß es außer Elsaß-Lothringen weder im Osten noch im Westen, irgendein wirkliches Friedenshindernis gibt, über das nicht eine Verständigung möglich wäre. Darunter fällt also auch Rußland, Polen, Belgien. In Bezug auf unsere Stellung zu Belgien muß völlige Klarheit geschaffen werden. Das wird unser Verhältnis zu den Neutralen verbessern und wird auch die Friedensströmung in den feindlichen Ländern fördern. (Sehr wahr!) Wir werden alles daransetzen, daß wirklich die Lehren aus diesem Kriege in diesem Sinne gezogen werden. Dann wird aus diesem Kriege ein neues Europa entstehen, in dem ein Geist der Kultur und des Friedens herrscht. (Beifall bei den U. Z.) Hierauf verlagte das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.
88. Sitzung. Dienstag, 9. Oktober 1917, vorm. 11 1/2 Uhr.
Im Regierungssitz: Bismarck, v. Sendewitz.
Nach Ueberweisung des Gesetzentwurfs über die anderweitige Gewährung einer außerordentlichen Aufwandsentschädigung an die Mitglieder der Ständeversammlung an die Finanzdeputation A kommen verschiedene Anträge und Interpellationen zur Beratung, die die Lebensmittelpflicht betreffen. Sie werden gemeinsam zur Verhandlung gestellt.
Eine Interpellation Köpfer-Mische-Sensler lautet: „Durch welche geordneten und nach zu treffenden Maßnahmen gesehlt die königliche Staatsregierung die Verteilung Getreides mit Kartoffeln für das Erntejahr 1917/18 zu gewährleisten?“

Aus der Reichshauptstadt.

Zur Kürzung der Migration

Die Milchzufuhren sind in der letzten Zeit weiter gesunken, so daß die Fettstelle Groß-Berlin nicht mehr in der Lage ist, den vollmilchversorgungsberechtigten Kindern im 3. und 4. Lebensjahre die für sie vorgesehene Milchmenge zu gewähren. Sie ist infolgedessen gezwungen, eine Kürzung derart vorzunehmen, daß den Kindern im 3. und 4. Lebensjahre statt $\frac{1}{2}$ Liter nur $\frac{1}{4}$ Liter Vollmilch täglich zugewiesen wird. Die Milchportion von $\frac{1}{4}$ Liter für Schwangere und Kranke wird nicht gekürzt. Als Ausgleich für den gekürzten $\frac{1}{4}$ Liter werden den Kindern im 3. und 4. Lebensjahre monatlich 2 Pfund Nahrungsmittel gemährt werden; ferner wird den Kindern im 2. Lebensjahre, die bisher 1 Pfund Nahrungsmittel erhalten haben, ein weiteres Pfund Nahrungsmittel zugewiesen werden, so daß diese Kinder jetzt gleichfalls 2 Pfund Nahrungsmittel monatlich erhalten. Für den Monat Oktober können die Bezugscheine von den zuständigen Brotkommissionen vom 16. Oktober an abgeholt werden. Die Entnahme der Nahrungsmittel kann also sofort in Berlin in den zugelassenen Geschäften erfolgen.

Alle Preisverhinderungen haben das Sinken der Zufuhren von Milch nicht verhindern können. Und doch wurden sie meist damit begünstigt, daß es sich darum handelte, genügend Milch nach den Großstädten zu bekommen. Ein Beweis, wie verfehlt diese Preispolitik ist.

Aufhebung des Heizverbots. Der Kohlenverband Groß-Berlin hat mit Rücksicht auf die nunmehr mehrere Tage andauernde kalte Witterung das Verbot, Kohlen zur Heizung zu verwenden, bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Sollte wieder eine Reihe warmer Tage kommen, so wird, wie bekanntgegeben wird, eine Erneuerung des Verbots zu erwägen sein.

Gadvergiftungen. In der Rathorstraße 19 war in einer leerstehenden Küche die Gasleitung schadhaft geworden. Das Gas strömte in großer Menge aus, drang durch die Decke und vergiftete in der Oberwohnung den 52 Jahre alten Wildhauer Emil Franke, der dort für sich allein hauste. Man fand ihn tot vor seinem Bette liegen. — In der Silberdorfer Straße 15 wurden in einer mit Gas angelegten Wohnung der Arbeiter Franz Pfeffer und die Witwe Hedwig Herbig bestimmungslos aufgefunden. Die Frau war bereits tot. Der Mann gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — In der Andreasstraße 62 lag eine Minna Thurow in ihrer Wohnung in den letzten Zügen in ihrem Bette. Vor dem Bette lag tot auf dem Fußboden ein noch unbekannter Mann von etwa 35 bis 40 Jahren. Minna Thurow wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, die Leiche des Mannes nach dem Krankenhaus gebracht. — Noch lebend aufgefunden wurde der 65 Jahre alte Techniker Robert Jagen, der in der Uferstraße für sich allein wohnte. Man brachte ihn nach dem Virchow-Krankenhaus.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Veruntreuungen eines Orts- und Friedensrichters. Wegen Unterschlagung, Untreue, Betrug und Urkundenfälschung verhandelte das Landgericht Leipzig gegen den Orts- und Friedensrichter Robert August Böhm in Liebertwolkwitz. Der Angeklagte hatte im Jahre 1918 von einer Frau Dombner für mehrere tausend Mark Wertpapiere zur Aufbewahrung erhalten. Von diesen Papieren verpfändete er bei zwei Leipziger Banken ohne Genehmigung der Eigentümerin einige russische Eisenbahnaktien, Teplitz-Schönbauer Stadianleihen und Aktien der Kaiser Porzellanfabrik für 1200 Mk. Am 3. Mai 1918 war Böhm vom Amtsrichter Leipzig als Pfleger für den Vater Leppert bestellt worden. Dieser besaß ein Guthaben von 200 Mk. bei der Liebertwolkwitzer Sparkasse, das zur Anschaffung von Kriegsanleihe freigegeben wurde. Diese 200 Mk. Kriegsanleihe sowie eine weitere über 1000 Mk., die Böhm für eine Frau Hiller aufbewahrte, verpfändete der Angeklagte nun in April vergangenen Jahres für 1050 Mk. In der Zwangsverwalterzwangsverwaltung bestellt worden. In dieser Eigenschaft erhielt er 1920 Mk. für Hypothekenzinsen zur Abführung an die Sparkasse Markranstädt. Von diesem Gelde lieferte er jedoch 900 Mk. nicht ordnungsgemäß ab. Endlich fiel dem Angeklagten noch zur Last, als Vormund des entmündigten, inzwischen verstorbenen Hausbesizers Müller, eines Sonderlings, bei der Rechnungsabgrenzung einen Posten von 180 Mk. eingestrichelt zu haben, den die Vormundschaftsbehörde insoweit beanstandete, als 38 Mk. an Arbeitslöhnen für das Dienstmädchen E. und 20 Mk. für den Arbeiter W. in Frage kamen. In bar hatte Böhm dem letzteren aber nur 2 Mk. ausbezahlt, hingegen aber eine Quittung über 20 Mk. auf den Namen W. ausgestellt. In diesem Falle sprach das Gericht Böhm jedoch von der Anklage der Urkundenfälschung frei, da ihm nicht zu widerlegen war, daß der Quittungsvermerk mit der Genehmigung W. erfolgt war. Im übrigen wurde Böhm zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrrechtsverlust bestraft. Zunächst des Angeklagten wurde verurteilt, daß er sich in miffligen Vermögensverhältnissen befunden habe.

Wegen vorläufiger Nahrungsmittelfälschung und wegen Zuwiderhandlung gegen die Bundesratsverordnung, die Herstellung von Konservenfleisch betreffend, war der Fleischmeister Franz Robert Müller, wie wir seinerzeit berichteten, am 6. März vom fleißigen Schöffengericht zu 1100 Mk. Geldstrafe und 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Müller hatte an einen Großhändler und an die Kantine des 107. Regiments einen Posten Würstchen in Dosen geliefert, von denen eine Anzahl Dosen als verdorben zurückgegeben worden waren. Von diesen Würstchen sollte Müller nun, trotzdem er habe wissen müssen, daß sie verdorben waren, wieder einen Teil verarbeitet haben. Gegen seine Verurteilung hatte Müller Berufung eingelegt. Wie in der Vorinstanz, stellte er auch in der Verhandlung vor dem Landgericht ein Verzeichnis in Abrede. Das Gericht sprach ihn lediglich eines schuldigen Bestandes gegen das Nahrungsmittelgesetz schuldig und verurteilte ihn unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils zu 1200 Mk. Geldstrafe unter Wegfall der zweimonatigen Gefängnisstrafe.

Schöffengericht.

Preiswucher beim Ziegen- und Schafhandel. Der frühere Schloffer und jetzige Händler Richard Gustav Bollstedt hatte im April d. J. verschiedene Ziegen verkauft, wobei er übermäßige Gewinne genommen haben sollte. Unter anderem hatte er für eine Ziege, die ihm 150 Mk. im Einkauf gekostet hatte, den Preis von 300 Mk. verlangt. Außerdem wurde er noch schuldig gesprochen, weil er beim Verkauf eines Schafs einen übermäßigen Verdienst von 18 Mk. erzielt hatte. Wegen Preiswuchers erkannte das Schöffengericht gegen den Angeklagten Bollstedt auf 350 Mk. Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

P. S. Eine Erhöhung der Renten ist im Reichstage bereits beantragt. Die Gemeindeunterstützung muß Ihnen gezahlt werden, wenn Ihre Notlage groß ist. Sie kann Ihnen keineswegs wegen angeblicher Beleidigung des Gemeindevorstandes entzogen werden. Ebenso können Ihnen keine Vorschriften über den Bezug einer Zeitung gemacht werden. Wenden Sie sich unverzüglich an die Amtshauptmannschaft. Im Reichstage ist man davon überzeugt, daß die Lage der Rentenempfänger traurig ist.
Frau E. Sie sind verpflichtet, für Ihr Kind zu sorgen. Reicht Ihr Arbeitsverdienst nicht aus, so kann die Armenpflege eintreten.
P. S. Darüber können wir Ihnen nicht Auskunft geben.

müßte. Daß die Lebensmittelversorgung vollständig versagt hat, darüber besteht kein Zweifel mehr. Es kann doch keine Rede davon sein, daß die Lebensmittel alle gleichmäßig verteilt und die Preise auf einer erträglichen Höhe gehalten worden sind. Es ist ein Spielball, wenn die Erzeuger die Händler und die Händler die Erzeuger für die hohen Preise verantwortlich machen. Sie sind alle gleichmäßig beteiligt.

Milch ist, daß bei den kleinen Landwirten große Mißstimmung herrscht, aber nicht bloß wegen der Teuerung, sondern weil man bei den kleinen Landwirten ganz anders zueruft als bei den großen. Unbegreiflich ist, daß die rechte Seite des Hauses noch immer eine Regierung unterstützt, die solche Maßnahmen ergreift. Jetzt kommen wir zu dem Zustande, daß die Behörden zugeben, daß es besser ist, wenn das Publikum sich mit den Kartoffeln eindeckt. Der gute Gedanke scheltet, soweit die ärmere Bevölkerung in Betracht kommt, nur an der vollständig verfehlten Preispolitik.

Die Kommissionen und Ausschüsse, in denen das Volk seine Wünsche vorbringen kann, sind doch nichts weiter als leere Dekorationen.

Mit den Zusagen der Sächsischen Regierung dürfte man sich nicht zufrieden geben. Wenn angesichts der Tatsache, daß es in der Lebensmittelversorgung in Sachsen von allen Bundesstaaten am schlechtesten bestellt ist, die Sächsische Regierung noch erklärt, daß die Reichsstellen nach Kräften alles tun, um die Bedürfnisse der sächsischen Bevölkerung zu befriedigen, wie will man dann noch erwarten, daß die Sächsische Regierung in Berlin auf Abhilfe drängt.

Der Abg. Schreiber hat bemerkt, die Betriebe würden sich wundern, wenn sie so behandelt würden wie die Bauern. Weiß Herr Schreiber, was den Arbeitern zugemutet wird?

Präsident Dr. Vogel: Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie in einem deutschen Parlament sprechen. Ich möchte Sie bitten, auf das deutsche Volk, dem Sie angehören, doch Rücksicht zu nehmen.

Abg. Seger: Das weiß ich, daß ich in einem deutschen Parlament spreche.

Präsident Dr. Vogel: Aber nicht in einer Weise, die den deutschen Interessen entspricht.

Abg. Meißner (Unabh. Soz.): Also darf die Wahrheit nicht gesagt werden.

Abg. Seger (fortfahrend): Mir ist es nicht um eine Herabsetzung der Bevölkerung, sondern um eine Besserung der Verhältnisse zu tun. Es muß aber gewissen Kreisen zum Bewußtsein gebracht werden, daß es höchste Zeit ist zu helfen.

Geh. Regierungsrat Schmitt erklärt, daß seine Rede in Reihen von der Presse mißverständlich wiedergegeben worden sei.

Geh. Regierungsrat Graf Holzknecht verteidigt die Maßnahmen der Landesstelle und -Zentrale.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Günther-Roh und der Deputationsantrag werden einstimmig angenommen.

Abg. Meißner (Unabh. Soz.) fragt den Präsidenten, ob die Interpellation über die Mißstände im Bereich und Versammlungswesen noch vor Schluß dieses Landtags zur Beratung gestellt werden wird. Das sei schon notwendig mit Rücksicht auf den eben erlebten Vorgang. Man werde den Beweis führen, daß sein Freund Seger nicht zuviel gesagt habe.

Präsident Dr. Vogel wird den Minister um Mitteilung bitten, ob und wann er die Interpellation zu beantworten gedenkt.

Schluß 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, vorm. 11 1/2 Uhr.

Die Ernährungsmittel.

Der Wiener Professor Dr. Jolles schreibt hierüber: Das Wichtigste ist heute unstrittig die Brotfrage. Bei den Ernteschwierigkeiten, die in der Vorkriegszeit in Betracht kommen, sind zwei Gruppen zu bilden. In die erste sind Getreide, Mais, Hafer und Kartoffeln zu rechnen, die noch einen gewissen beachtenswerten Nährwert haben, während die der zweiten Gruppe angehörenden Stoffe, wie Erbsen, Hefe, Holzmehl, Rüben und käufliches Mehl kaum einen Nährwert besitzen. Gar nicht bewährt hat sich das Hafermehl. Die hohe Ausmahlung des Hafers bedingt ein zu spezialisiertes Nahrungsmittel, das die Verdauungsorgane ungünstig beeinflusst. Tatsächlich wird jetzt Hafer nicht mehr zu Mehl verarbeitet, sondern als geschälter Hafer (Haferreis) in den Handel gebracht. Der ständig steigende Ausmahlungsgrad des Mehls erfolgt auf Kosten der Aste, die bekanntlich eine Mittelstufe zwischen Nahrungs- und Futtermittel einnimmt. Die Verdaubarkeit der Aste durch menschliche Organe ist gering. Für Milch gibt es keine Ersatzstoffe, nur Milchdauermilch, wie Trocken- und Kondensmilch. Beide Erzeugnisse sind leicht der Fäulnis unterworfen. Namentlich die Kondensmilch wird bei unvollkommener Sterilisierung und mangelhafter Aufbewahrung schnell ungenießbar. Die Eierersatzmittel, die wie Pilze aus der Erde schießen, sind in der Regel nichts weiter als gelbgefärbte Pappulose mit Zusatz von Stärkemehl. Es handelt sich bei ihnen nur darum, die Selbstfärbung des Leiges und das Aussehen beim Backen zu erzielen. Taugen sie für den Nährwert gering. Neben schwindelhaftem Eierersatz sind natürlich auch einige brauchbare Präparate zu erhalten. Die sind in der Regel entzuckert und getrocknetes Antialbumin oder Kaseinpräparate, letztere in Mischungen mit Stärkemehl. Ein Kaseinersatz aus Rinderblut zur Erzeugung von Käse warnt bestand aus desoxyliertem Antialbumin, das durch Wasserstoffsuperoxyd entzuckert war. Auch ein Pflanzenfleisch wurde seinerzeit in Verkehr gebracht. Es bestand im wesentlichen aus Weizenkleber, der rot gefärbt wurde. Auch für Zitronen gibt es Ersatzstoffe, der größtenteils aus einer wässrigen Lösung von Weinsäure, mit gelbem Teerfarbstoff gefärbt, besteht. Das Ganze wird mit Spuren von Zitronensäure parfümiert. Infolge des großen Mangels an Alkohol stößt der Kunst-Rum (Kubankum) auf große Schwierigkeiten, weshalb jetzt sehr häufig als „Ersatz des Rumers“ bloß gefärbte Rumessenzen im Handel anzutreffen sind, von denen einige Tropfen dem Tee zugefügt werden. Von Kakao-Ersatzmitteln sind in erster Linie die Kakaoalkalien zu erwähnen. Aber auch gewöhnliches Edelkastanienmehl wird als Ersatz angeboten. Außerordentlich hoch ist die Zahl der Stoffe, die als Kaffee-Ersatz Verwendung finden. Johannis, Löwenjahnwurzel, Alkenderwurz, Fenchel, Leguminosen verschiedener Art, selbst Obstkrüden sind Verwendung, ja sogar Unkraut samen wird gebraucht und als Kaffee-Ersatz verkauft. Als Ersatz für den manchen Zucker bedient man sich des Saccharins wegen seines süßen Geschmacks. Der Nährwert dieses Präparates ist gleich Null. Um nun das Saccharin wegen seiner außerordentlich hohen Süßkraft besser dosieren zu können und auch um die Löslichkeit zu erhöhen, wird es mit kohlenstoffreichem Natrium vermischt. Leider wird dieser Zusatz von zweiter und dritter Seite so stark übertrieben, daß die wirkliche Süßkraft des Saccharins keineswegs der angegebenen entspricht, sondern, wie wiederholte Untersuchungen ergeben haben, wesentlich geringer ist. Wir verfügen nicht über genügende Mengen von Saccharin. Wenn nun von zweiter und dritter Seite dieser Umstand dazu benutzt wird, um die Süßkraft aus reiner Gewinnlust zu strecken, so wäre es doch angezeigt, wenn gegen solche unredliche Manipulationen energische Schritte eingeleitet würden. Der überaus große Bedarf an Glyzerin einerseits und der Mangel an Fettstoffen andererseits brachte es mit sich, daß auch Ersatzstoffe für Glyzerin gesucht werden mußten. Als solche kommen in Betracht: Lösungen von Pflanzenschleim (Karagen usw.), Cellulose, Stärkesirup, ferner Lösungen hygroscopischer Salze, wie Chlorcalcium und Chlormagnesium sowie milchsaures Natrium usw. Einige dieser Ersatzmittel haben sich ganz gut bewährt. Schließlich soll ein in vielen Haushaltungen benutztes Ersatzmittel nicht unerwähnt bleiben. Es sind die aus verzinntem Eisenblech angefertigten Kaffeelassen, die an die Stelle der beschlagenehten Kupferkessel treten sind. Wegen der leichten Löslichkeit des Zinks in Säuren sollten derartige Kessel zur Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln nicht verwendet werden dürfen. Leider ist die Kontrolle nicht genügend, und schon häufig sind Vergiftungserscheinungen, bedingt durch Metallgifte, festgestellt worden. Abgesehen von der Gefährlichkeit des Kochens in diesen Kesseln sollte sich auch heute niemand der Gefahr des Verlustes der nützlichen erhaltenen Ware aussetzen.

Abg. Ritsche (noll.) begründet die Interpellation und verlangt von der Regierung darüber Auskunft, ob für Sachsen bis zur nächsten Ernte genügend Kartoffeln seitens der Reichsstärkefabrik zugewiesen worden sind und ob auch die Gewähr dafür gegeben ist, daß die Kartoffeln auch hierher kommen. Ganz besonderen Wert legt sie auf die politischen Freunde auf die Sicherstellung des Saatgutes. In weiten Volksteilen habe die Meinung Platz gegriffen, daß es ganz gleich ist, ob wir viel oder wenig Kartoffeln haben, weil sie auf jeden Fall wegeräumt würden.

Von konservativer Seite liegt folgende Interpellation vor: Ist der Königl. Staatsregierung bekannt, daß in der sächsischen Landwirtschaft eine große Erregung über die Anordnung der Landesstelle besteht, wodurch zu Schlächtereien zu entstehen. Welche Maßnahmen gedenkt die Königl. Staatsregierung zu ergreifen, die Milch- und Butterversorgung der sächsischen Bevölkerung in Zukunft sicherzustellen? Ist sie bereit, das zu Unrecht bestehende große Mißverhältnis zwischen Schlachtpreisen und Milchpreisen aus der Welt zu schaffen?

Abg. Andra (kons.) begründet die Interpellation und bezeichnet die Annahme, daß es der sächsischen Landwirtschaft infolge des Krieges außerordentlich gut gehe, als Trugschlus. Die Forderungen der sächsischen Landwirte werden gerichtet auf Wiederherstellung der früheren Schlachtpreise mit Rückwirkung vom 1. August 1917, auf möglichste Verringerung der Fleischpreise und auf Abänderung des Schlachts zur Abgabe von Schlachtwild. Sei eine Herabsetzung der Schlachtpreise an der Reichsstelle nicht zu erreichen, so müßten den Landwirten bei Anschaffung von Milchvieh Staatsbeihilfen gewährt werden. Mit Neben werden die Ernährungschwierigkeiten nicht gelöst, es müssen praktische Taten erfolgen.

Eine sozialdemokratische Interpellation

hat folgenden Wortlaut:

1. Welche Maßnahmen hat die Regierung ergriffen, um die Versorgung Sachsens mit Lebensmitteln im Wirtschaftsjahre 1917/18 sicherzustellen?

2. Ist im besonderen die Eindeckung des Kartoffelbedarfes für die Bevölkerung Sachsens so vorbereitet und organisiert, daß die Versorgung über die Frostperiode hinaus für alle Fälle gesichert ist?

3. Hat die sächsische Regierung Schritte getan, um zu erreichen, daß das Reich als einheitliches Versorgungsgebiet behandelt und so verhindert wird, daß Sachsen als hochindustrielles und stark bevölkertes Land in seiner Versorgung dauernd hinter anderen Teilen des Reiches zurückbleibt?

4. Hat die Regierung Maßnahmen ergriffen, um der ununterbrochenen Verteuerung der Lebensmittel Einhalt zu tun?

Abg. Lange (Abh. Soz.) hat nicht den Eindruck, als ob durch die Reden im Sächsischen Landtage die Ernährungsfrage wesentlich gefördert worden wäre. Wenn wir trotzdem heute eine so umfassende und weitgehende Interpellation eingebracht haben, so aus dem Gefühl heraus, daß hier nicht die Interessen einer wirtschaftlichen Gruppe auf dem Spiel stehen; sondern daß die Krisenjahre von Hunderttausenden in Betracht kommen. Wir verlangen, daß die Regierung offen ausspricht, was ist, und was für den kommenden Winter zu erwarten ist. Selbst wenn der Frieden über Nacht käme, werden die Ernährungschwierigkeiten noch lange anhalten. Die große Menge des Volkes sieht mit banger Sorge dem kommenden Winter entgegen.

Man hat das Gefühl, es geht auf eine schwindelhafte Höhe, die Sache muß einmal zusammenbrechen! (Sehr richtig! links.) Wir verlangen, daß die deutsche Mark im Ausland entwertet wird, und werden dabei darauf zu, daß die Mark auch im Inlande nicht mehr gilt. Wir treiben auf eine wirtschaftliche Krise zu. Die Verhältnisse können nicht so weiter gehen; zugegeben ist, daß die Beschlüsse der sächsischen Regierung engbegrenzt sind. Trotzdem müssen wir immer wieder verlangen, daß unsere Regierung an Reichsstelle den Grundhahn durchdrücken versucht: Wo gleiche Pflichten, da auch das gleiche Recht!

Minister des Innern Graf Witzthum: Die Sicherstellung Sachsens mit Lebensmitteln im Wirtschaftsjahre 1917/18 hängt nicht allein von den Maßnahmen der sächsischen Regierung ab. Ganz ohne Einschränkungen wird es bei der Brotversorgung daher nicht abgehen. Wesentlich günstiger liegen die Verhältnisse bei den Kartoffeln. In der Preisfrage ist es nicht möglich, den Wünschen der Verbraucher Rechnung zu tragen, ohne die Versorgung ernstlich zu gefährden. Dann verteidigt der Minister noch die Frühdruschprämie und stellt die Gewährung von Prämien bis 300 Mk. für jedes ansehnliche Sachsend angekauft Stück Milchvieh in Aussicht. Die Butterversorgung werde sich, wenn nicht besondere Zwischenfälle eintreten, wohl in der bisherigen Weise weiter durchführen lassen, die Milchversorgung der Großstädte werde wohl auch möglich sein, wenn es gelinzt, die auf dem Lande noch vorhandene Milch zu erfassen und den Schleichhandel zu unterbinden. Zu diesem Zweck seien ein Landeskontrollleur und fünf Revoren angestellt worden.

Abg. Koch (Vorshr. Sp.) begründet einen Antrag, der die Staatsregierung u. a. ersucht, von der Einführung fleischloser Wochen in Sachsen Abstand zu nehmen, und beim Bundesrat zu beantragen, daß Anführerverbote der Bundesstaaten und Kommunalverbände nicht mehr erlassen werden.

Minister des Innern Graf Witzthum erklärt, daß sich der Antrag Günther-Roh insoweit erledigt habe, als es fleischlose Wochen in Sachsen ja nicht gebe. Die sachgemäße Bestellung der Felder müsse natürlich in jeder Weise gefördert werden. Wenn in dieser Beziehung manchmal etwas zu wünschen übrig bleibe, so läge dies weniger am guten Willen der Landwirte als an dem Mangel an Arbeitskräften und Maschinen. Inherverdentlich schwer sei es für die Regierung, auf die wirtschaftlichen Vorgänge, die zur Geldentwertung geführt haben, einen maßgebenden Einfluss auszuüben.

Abg. Donath (kons.) berichtet über eine Petition der Dresdner Milchversorgungsanstalt, G. m. b. H., in der eine wesentliche Erhöhung des Milchpreises angestrebt wird. Der Deputationsantrag geht dahin, die Petition durch die erfolgten Maßnahmen der Staatsregierung als erledigt zu erklären.

Abg. Schreiber (kons.) befaßt sich über die behördlichen Eingriffe in den landwirtschaftlichen Betrieb, besonders über gewisse Maßnahmen der Landesstelle. Was würden die Arbeiter sagen, wenn man mit ihnen so umspringen würde wie mit den Bauern! (Sehr richtig! rechts.) Die Verordnung über die Kartoffelversorgung übersteige den Gipfel der Verständnislosigkeit für die landwirtschaftlichen Bedürfnisse. (Mitte des Präsidenten.) Die Androhung der militärischen Kartoffelerfassung ist für unsere Landwirtschaft ein Migrationenstimmulans. (Mitte des Pr.) gegen das wir verschiedene Verwahrungen einlegen müssen. (Abg. Ritsche: Schade, daß Sie nicht im Ernährungsbeirat sitzen!)

Minister des Innern Graf Witzthum nimmt die ihm unterstellten Beamten gegen die Vorwürfe des Vorredners in Schutz. Gerade die Landwirte hätten doch immer großen Wert auf die Pflege der alten Beziehungen gelegt. (Sehr richtig! links.) Sie (nach rechts) nähren viel mehr der Sache, wenn Sie mit praktischen Vorschlägen im Ernährungsbeirat kommen, als wenn Sie hier ein großes Theater machen. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. Spiess: Wenn ein Abgeordneter die Ausführungen eines Kollegen als großes Theater bezeichnet hätte, würde ich eingeschritten sein. Einem Mitgliede der Staatsregierung gegenüber fehlt mir dieses Recht.

Abg. Wilde (Abh. Soz.): Unverhört ist es, daß in einer Zeit der Lebensmittelknappheit noch große Mengen Nahrungsmittel verderben. Es sind noch im September große Posten Sauerkraut schon vollständig verdorben auf den Markt gebracht worden.

Abg. Dr. Dietel (Vorshr. Sp.): Wenn die sächsische Regierung im Bundesrat dafür eintreten würde, daß wir einen Frieden bekommen, wie ihn die Reichstagsmehrheit will, dann werden wir auch solche Ernährungsbedenken nicht mehr nötig haben.

Abg. Seger (Unabh. Soz.):

Es ist ein starkes Stück, wenn der Leiter des Landeslebensmittelsamtes sich in Weichen dahin ausgesprochen hat, daß die Armen noch immer genug zum Leben gehabt haben. Das zeigt, welche Auffassung in dieser Beziehung bei der Regierung herrscht. Andra hat gesagt, in der Kriegszeit hat niemand das Recht, sich zu herabsetzen. Hier kommen wir zu dem Punkte, um den sich die ganze Debatte dreht

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Oktober.

Geschichtskalender. 10. Oktober 1884: Der französische Maler Antoine Watteau in Valenciennes geboren († 1721). 1791: Der Dichter Christian Friedrich Daniel Schubart in Stuttgart gestorben (* 1789). 1825: Stephanus Johannes Paulus Krüger, Präsident der Südafrikanischen Republik, im Kapland geboren (* 1804). 1837: Der französische Sozialist Charles Fourier in Paris gestorben. 1868: Der Schriftsteller Karl August Varnhagen v. Ense in Berlin gestorben (* 1785). 1891: Der Nordpolfahrer Fridtjof Nansen bei Christiana geboren. 1918: Vollendung des Panamakanals.

Sonnenaufgang: 6,17, Sonnenuntergang: 5,16. Monduntergang: 12,8 vorm., Mondaufgang: 3,2 nachm.

Sie wollen entbehren!

Gräfin Scherz in Schwab schreibt im Reichsboten in einem Artikel über die Landfrau im Kriege:

Mag es immerhin auch unter den Landfrauen solche geben, denen ihr eigener Vorteil mehr am Herzen liegt als die Not des Vaterlandes — solche räubigen Schafe dürfen den Maßstab nicht bilden für die Beurteilung des vaterländischen Sinnes unserer Landfrauen in ihrer Gesamtheit.

Wir fühlen uns ganz eins mit unserm draußen kämpfenden Heer! Wenn wir nicht mit ihnen sterben können, so wollen wir doch wenigstens für sie leiden, entbehren, für sie arbeiten, ihnen das Nützliche liefern, das sie für ihr tägliches Durchkommen so unbedingt brauchen.

Sehr schön! Vorkäuflich sind das aber nur Worte, nicht als 13 Worte, die genau so zu bewerten sind, wie jenes Bekenntnis, das deutsche Agrarierkreise vor dem Kaiser ablegten, und nach dem sie „zu den schwersten Opfern bereit“ wären. Worin bestehen die — Entbehrungen und Opfer? der Großgrundbesitzer? Bisher wissen wir nur, daß ihre Vorkäufer andauernd für Preis-erhöhungen eingetreten sind. Daß sie genügend Einfluss haben, um ihre Forderungen durchzusetzen, beweisen die fast täglichen Preis-heraufsetzungen der Behörden. Und diese Politik nimmt ihren Fortgang, obwohl man weiß, wie sehr die minderbemittelten Verbraucher darunter leiden müssen.

Der Expressionist.

Der Frankfurter Zeitung wird erzählt: Mein Freund, ein moderner Maler, aller jüngsten Richtungen Bannerschwinger, hatte sich wohl an 10mal militärischen Musterungen zu unterwerfen, und er erzählt mit Stolz, daß er es fertig bekommen habe, jedesmal eine andre Berufstätigkeit anzugeben, ohne doch die Unwahrheit zu sagen. Einmal war er „Kunstmalers“, dann „moderner Maler“, auch „Kunstschreiber“, „Kunstgewerbetler“ und so fort. Wieder bekommt er eines Tages den bekannten Befehl: er steht nach vor dem Stabsarzt, der ihn fragt: „Was sind Sie?“ Freund M. stutzt eine Weile nachdenklich, dann antwortet er: „Expressionist“. Der Arzt guckt ihn an, ziemlich lange; mit einem Nicken auf die nicht sehr markierten Beine des Jünglings sagt er schließlich: „Na, Sie sind wohl in einem Eilboten in den Krieg oder so ähnlich!“ Freund M. gab vor Verwunderung keine weitere Auskunft — und wurde diesmal l. v.

Berufsberatung.

Darüber lesen wir in der Leipziger Lehrzeitung: Für die Berufsberatung der schulentlassenen Jugend ist in Leipzig seit einigen Jahren eine Beratungsstelle mit Arbeitsvermittlung im nunmehr städtischen Arbeitsnachweis tätig. An dieser Einrichtung sind neben dem aufgelösten Verein für Arbeitsnachweis Vereine der Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen aller Richtungen, Lehrern- und Lehrerverein, Ärzte, gemeinnützige Vereine u. a. beteiligt. Sie haben einen Beitrag zur Ausgestaltung dieser Stelle eingezahlt, in dem die Lehrerschaft und die Direktorenkonferenz vertreten ist. Trotz der in den Kriegsverhältnissen begründeten Unzulänglichkeit der Einrichtung sind hier in den letzten Jahren viele Hunderte von Jugendlichen beraten und mit Arbeitsgelegenheit versehen worden. Daneben besteht auch eine solche Vermittlungs- und Beratungsstelle der Innungen in der Gewerbetekammer. Bei der großen Mannigfaltigkeit und der raschen Veränderlichkeit des heutigen Berufslebens wird der einzelne Lehrer der Oberklassen gut tun, sich mit diesen Auskunftsstellen in Verbindung zu setzen. Die Beratungsstelle des städtischen Nachweises hat zu diesem Zwecke an allen Leipziger Volksschulen Vertrauensmänner. Die Eltern der Kinder sind am besten in der Zeit zwischen Pfingsten und Weihnachten in Elternabenden der einzelnen Schulen auf die Wichtigkeit der Berufsberatung für das ganze Leben des Menschen und auf die verschiedenen Gesichtspunkte aufmerksam zu machen, nach denen sie zu erfolgen hat, und anzuleiten, sich vor der Inanspruchnahme einer Beratungsstelle über die Anforderungen der einzelnen Berufe auszufragen wie dem Ratgeber zur Berufsberatung der Knaben, herausgegeben vom Leipziger Lehrerverein, und dem für Mädchen, herausgegeben vom Leipziger Lehrerinnenverein, zu unterrichten und Rücksprache mit dem Lehrer zu nehmen. Zu begrüßen ist es, wenn dabei Männer der Praxis und vor allem der Schulärzte als Berater herangezogen werden. Nur so wird sich die Berufsberatung, wie sie der Lehrer und die Lehrerin persönlich seit langen Jahren immer ausüben haben, in der Host des heutigen Erwerbslebens als segensreich für die Massen unserer Jugend erweisen.

Der Tabakmangel.

Zu den Preissteigerungen von Tabakerzeugnissen schreibt der Verband Deutscher Zigarrenfabrikanten: „In Raucherkreisen hat die Nachricht von der Aufhebung des holländischen Ausfuhrverbots für Tabak den Glauben erweckt, daß nunmehr wieder reichlich Tabakfabrikate für den freien Verkehr vorhanden sein müßten. Man hört sogar mitunter ansprechen, daß die Händler die Tabakwaren zurückziehen, um dadurch höhere Preise zu erzielen. Diese Anschauungen der Raucher sind durchaus irrig. Die Aufhebung des holländischen Ausfuhrverbots für Tabak bedeutet keineswegs, daß nun wieder Tabak in unbefräßigten Mengen aus Holland eingeführt werden kann. Die Einfuhr wird vielmehr durch die deutsche Tabakhandelsgesellschaft in Bremen, der allein das Recht zur Einfuhr aus zur Erstellung von Einfuhrerlaubnissen zusteht, in den engen Grenzen gehalten. Es werden nur die allerwenigsten Mengen an Tabak eingeführt, um durch diese Beschränkung zu verhindern, daß diese Einfuhr das Sinken unserer Valuta fördere. Die eingeführten Mengen sind deshalb in gar keinem Vergleich zu den im Frieden eingeführten Tabakmengen. Des weiteren haben die beiden Tabakhandelsgesellschaften in Bremen und in Mannheim die Hochtabakmengen, die von der Zigarrenindustrie und der Rauchtabakindustrie monatlich verarbeitet werden dürfen, kontingentiert, so daß die für die Industrie zur Verarbeitung zugelassene Menge knapp zwei Drittel der Friedensverarbeitung ausmacht. Von dieser verringerten Produktion sind aber 75 Proz. für die Seereisverwaltung beschlagnahmt, so daß für den freien Handel nur ein winziger-

Teil übrig bleibt, der dem Handel zum Vertrieb an die Zivilbevölkerung überlassen ist. Diese geringen Mengen sucht der Handel nun möglichst gleichmäßig auf die Raucher zu verteilen, um das Gammeln mit Tabakfabrikaten zu verhindern. Der Handel folgt damit der Anregung der Reichsbehörden, die es vermeiden wollen, daß man zu einer Nationalisierung des Tabakverbrauchs schreiten müsse, für welche übrigens ein gangbarer Weg nicht gefunden werden kann. Die Händlerverbände bemühen sich, daß dem freien Handel ausreichende Mengen von Tabakfabrikaten zur Verfügung gestellt werden. Mit der Einfuhr von Zigaretten tabak liegt es ganz ähnlich. Die Preissteigerung für Zigaretten tabak ist noch weit schlimmer als bei den Zigarren tabaken. Die Zigaretten tabake kosten heute durchschnittlich 30 M. das Kilo. Das Verhalten des Handels mit Tabakwaren, nur kleine Mengen von Rauchmaterial abzugeben, ist deshalb eine Maßnahme, zu der er nur gezwungen geschritten ist, um den geringen Vorrat zu strecken. An der Preissteigerung ist aber der Detailhandel in keiner Weise schuld. Sie ist herbeigeführt durch die außerordentliche Verteuerung der Produktion infolge der hohen Tabakpreise sowohl für Inland- wie für Auslands tabak. Der Handel begnügt sich vielmehr mit einem geringeren prozentualen Verdienst als im Frieden.“ — Das letztere erlauben wir uns nach den Erfahrungen mit andern Produkten zu bezweifeln.

Säuglingschutz.

In allen Straßen wurde gesammelt. Diesmal für die Säuglinge. Die Mittel sind sicherlich nötig. Aber auch wenn die Sammlung reichlich war, ist das Ergebnis ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Säuglinge gehen zugrunde an ihrer sozialen Lage. Enge Wohnung, ungenügende Ernährung, unwillkürliche Behandlung führen zu Krankheiten und zum Tode. In den vornehmen Vierteln, in den Familien mit gutem Einkommen sterben sehr viel weniger Kinder als in den Kreisen der armen Bevölkerung.

Es ist ja so selbstverständlich, daß in der engen Mietkammer, vielleicht hinten im Hofe, wo kein Licht hinkommt, entsteht in den Sommermonaten, wo die Hitze der Säuglingsherblichkeit alljährlich hinausschnellt, eine dunstige Luft und eine übermäßige Temperatur. Auch in der Nacht kühlen die Wohnungen nicht aus. Die kleinen Kinder leiden entsetzlich, ihre Nahrung verdirbt. In den engen Wohnungen hat jemand Tuberkulose. Die nötige Trennung vom Säugling ist nicht durchführbar. Irigendwo in der Mietkammer ist Scharlach. Die Fliegen tragen die Keime von einem Fenster in das andre. — An den Mitteln zur zweckmäßigen Nahrung fehlt es häufig. Die Kinder werden nicht gepflegt, weil die Mutter verdienen muß. Selbst Kuhmilch ist kaum zu beschaffen.

Da soll die Wohltätigkeit helfen! Aber die Wohltätigkeit hilft bestenfalls Stückweise. Um das ganze Uebel zu beseitigen, müssen die Grundlagen des Verderbs abgegriffen werden. Die Befriedigung des notwendigen Wohnungsbedürfnisses darf nicht dem privaten Eigentum überlassen werden, der in den Städten die Bodenrente immer höher treibt, so daß die arme Bevölkerung von Jahr zu Jahr einen immer höheren Tribut aus ihrem Erwerb für die Gewinnung eines Raumes zum Schlafen, eines Stückchen Bodensfläche zum Leben ohne Gegenleistung steuern muß.

Wenn man das Indemvordernde hinterläßt beseitigt, wenn man gemeinnützige Gartenstädte mit dem Enteignungsrecht für brauchbare Bodenflächen ausstatter, wenn man wenigstens die Lebensmittelproduktion in Reichsbetrieben nimmt und dadurch ungewinnliche Verteuerung und vielfach widerwärtige Verarbeitung von unmittelfood-geschaffenen Dingen, vorzüglich, so-tut-man-mehr für die Säuglinge, als wenn man 10 000 Sammelbüchsen füllt. Und da man sagt: Man tut es nicht für die Säuglinge, sondern für die Zukunft des Vaterlandes: Wohlstand, Sozialreform fürs Vaterland! (Verbrauchsökonomie im Kriege.)

Lebensmittelliste für Donnerstag, den 11. Oktober.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Fleisch: Letzter Tag — abzugeben E 1-6, für Wurst 9 und 10.

Ausgabe: Suppen oder Nahrungsmittel: Beginn — bestellt mit B, E, K und S der Lebensmittelkarte 21, 1 und Fleischmarkenstreifen D 1-4.

Kartoffeln: bestellt mit 4 E und K der Lebensmittelkarte 21, 1 (je 1 Pfund).

Zusatzkarten für Schwerarbeiter: Nr. 1101-1400 der Haushaltskarte.

Margarine für Speiseanstalten, Kriegsküchen, Kinderbewahranstalten, Haushaltungsschulen usw.: Warenentnahme Berliner Straße 7A auf Reilmarten J 5-8 mit Stempel „Statistisches Amt, Kartenverteilung“ und Wappen.

Margarine für Gark-, Schank- und Speisewirtschaften: Warenentnahme Reiplatz 9 für Ausweise 1-900 auf gelbliche Fettmarken J 5-8.

Für Händler.

Berlinge: Warenentnahme Roscherstraße 23, Buchstaben K, U, V.

Auszahlung der Familienunterstützung.

Auf eine „keine Anfrage“ im Reichsbote betr. Auszahlung der Familienunterstützung hat der Reichskanzler schriftliche Antwort erteilt. Demnach ist zur vorläufigen Gewährung der Unterstützung unter allen Umständen der Lieferungsverband verpflichtet, in dessen Bezirk sich der Unterstützungsberechtigten zur Zeit der Stellung des Antrags aufhält. Die Frage der endgültigen Leistung können dann die Lieferungsverbände unter sich regeln. Auf diese Weise sollen Verzögerungen in der Auszahlung der Unterstützungen vermieden werden. Die Behörden werden auf genaue Einhaltung dieser Regeln hingewiesen.

Es ist sehr oft vorgekommen, daß bei Wechsel des Aufenthaltsorts oder auch bei Beginn der Unterstützung die Frage strittig war, welcher Lieferungsverband zur Gewährung verpflichtet sei. Die betreffenden Familien sind dann geraume Zeit dem bittersten Elend preisgegeben, denn die Entscheidung, wer die Unterstützung zu zahlen hat, zögert sich nicht nur wochen-, nein oft monatelang hinaus. Ist dann endlich die Frage entschieden, ist es auch schon vorgekommen, daß Behörden Anstoß genommen haben, die Unterstützung für die rückliegende Zeit voll zur Auszahlung zu bringen, so daß auf diese Art für die zur Zahlung verpflichtete Gemeinde obendrein eine Erparnis eintritt. Das soll nun alles anders werden.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch auf einen andern Mißstand aufmerksam machen. Hier und da besteht die Meinung, den Familien der Einberufenen bei Beginn der Unterstützung zunächst einen Vorschuß in Höhe der Reichsunterstützung zu zahlen, und erst viel später wird bei endgültiger Regelung die Familienunterstützung bewilligt und nachgezahlt. Die Familien sind dann gezwungen, längere Zeit mit der unter den gegebenen Verhältnissen unzureichenden Reichsunterstützung auszukommen.

Wenn dann rückwärts der Ausgleich geschaffen ist, bekommen die Familien den rückständigen Teil nachgezahlt und die Sache ist scheinbar im Vollen. Gewiß ist die Auszahlung einer höheren Summe auf einem Brett für die Betroffenen eine sehr große Erholung. Indes widerspricht diese Regelung dem Wesen der Unterstützung durchaus. Die regelmäßige Auszahlung der laufenden Unterstützung kann durch die Zahlung der angehäuften Rückstände auf-

einmal nicht ersetzt werden. Die überaus qualvollen Wochen der Entbehrung versuchen sich die Familien erträglich zu gestalten durch Benutzung von Kredit, falls solcher zu erlangen ist; oder wenn dies nicht angängig ist, werden auch Versuchungen nicht widerstanden, zu weniger einwandfreien Mitteln zu greifen. Da die Bedürftigkeit meist größer ist als die zu erwartenden Rückstände, so wird durch nachträgliche Zahlung nicht gut gemacht werden können, was an Nachteilen durch die Vorenthaltung verursacht worden ist.

Auch das lange Vorenthalten der zu gewährenden Mietbeihilfen mußte unter allen Umständen vermieden werden. In der Regel liegen doch die Verhältnisse der Unterstützungsberechtigten so klar, daß wirklich in sehr vielen Fällen jeder ersichtliche Grund für eine solche geschäftliche Handhabung der Bestimmungen fehlt. Daß die Arbeitsaufhebung der Behörden daran schuld ist, können wir nicht zugeben. Wir bestreiten die Arbeitsüberlastung durchaus nicht, meinen aber, daß die sofortige Erledigung der Unterstützungsfragen eine Arbeitsverminderung bedeutet, gegen welche die wenigen Fälle, wo einmal ja ein paar Mark zur Unterstützung bei sofortiger Festsetzung der Unterstützung gezahlt werden, kaum ins Gewicht fallen können.

Zur Oberbürgermeisterwahl. Obwohl der Wahlauschuss unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit seine Beratungen abhält, sind Leipziger Blätter in der Lage mitzuteilen, der Ausschuss würde, an dem Stadtverordnetenvorsteher, Oberbürgermeister Dr. R. K. H. He, mit der Frage herantreten, ob er geneigt sei, das Amt des Oberbürgermeisters anzunehmen. Die Organe wissen auch schon, daß „man einer zusagenden Antwort sicher sein dürfte“. Die neuesten Nachrichten verweisen schmerzhaft auf die Wünsche der bekannten Verbände, hinter denen angeblich 25000 Bürger ständen. In Wirklichkeit ist es dem Rat nur darum zu tun, die Kandidatur Dr. Rothe zu Fall zu bringen. Uebrigens kommt der Stadtverordnetenvorsteher nicht als alleiniger Bewerber in Frage.

Zur Beschaffenheit des Brotes. Von den Stadtverordneten wurde der Rat ersucht, für eine gesundheitliche Verbesserung des Brotes Sorge zu tragen. Der Rat antwortet sich legt darüber in einer Drucksache, die am Mittwoch die Stadtverordneten beschließen wird. Der Rat erklärt es entspricht nicht den Tatsachen, daß Leipzig von der Reichsgetreidebestelle mit dem allerverbordensten Mehl, das in Deutschland vorhanden ist, versorgt worden wäre. Auch die Anforderungen seien nicht auf den Genuß des Brotes zurückzuführen, das aus bis zu 94 v. H. ausgemahltem Mehl und Nachmehl hergestellt worden sei. Für die Kranken und Genesenden würde auch in Leipzig Weizenbrot aus Weizenauszugsmehl bereitgestellt. In letzter Zeit sei die Menge dieses Auszugsmehls auf Antrag des Rates von der Reichsgetreidebestelle etwas erhöht worden. Zugegeben wird, daß zur Verschlechterung des Brotes die „notgedrungen“ Verwendung des Nachmehls beigetragen hat. Dadurch wäre das Backgut wesentlich erschwert worden. Auch das Nachbackverbot sei von großem Einfluß. Es sei unmöglich, für das Brot, das vormittags gebacken werden soll, den Saureteig ordnungsgemäß zu führen. Dieser müsse aller sechs Stunden angestrichelt werden, und das sei durch das Nachbackverbot unterlag. Der Rat habe deshalb eine Milderung des Nachbackverbots beantragt, und das sächsische Ministerium des Innern habe mitgeteilt, daß es beim Bundesrat die entsprechende Änderung beantragt habe. Es sei zu hoffen, daß, wenn der Bundesrat die entsprechende Änderung beschliesse, eine weitere Verbesserung der Beschaffenheit des Brotes eintreten werde, als sie jetzt schon durch den Wegfall des Nachmehls eingetreten sei. Von der Verwendung des hoch ausgemahlten Mehls, die das Brot bisher unfeuchter mache als die Verwendung geringer ausgemahlten Mehls, abzugehen, bestehe bis auf weiteres keine Aussicht.

Voraus im wesentlichen die schlechte Beschaffenheit des Brotes zurückzuführen ist, wird vom Rat angebetet. Man sorge vor allem für bessere Mehl, dann werden die größten Uebelstände verschwinden. Au Nachbackverbot darf nicht gerüttelt werden.

Sonderzuweisung von Kartoffeln. Der Rat der Stadt teilt mit: Die Sonderzuweisung von je 10 Pfund Kartoffeln für den Kopf für die Zeit vom 9. bis 20. Oktober, bei mit den Marken 4 E und K der Lebensmittelkarte 21, 1 bis Sonnabend, den 6. Oktober, anzumelden waren, sind von den Verbrauchern bei den Kleinhändlern unverzüglich abzuholen. Weitere Sonderzuweisungen von Kartoffeln werden nicht mehr zur Verteilung gelangen.

Abgabe von Petroleum. Das Gewerbeamt in Leipzig schreibt und: Am 4. September 1917 hat der Rat bekanntgemacht, daß die Petroleumkleinhändler verpflichtet sind, Petroleum nur gleichmäßig und gegen Karte abzugeben. Die abzugebende Menge darf aller zwei Wochen höchstens einen halben Eiter betragen. Vielmehr besteht bei der Einwohnerzahl die Meinung, daß die Käufer einen Anspruch darauf haben, aller zwei Wochen einen halben Eiter Petroleum geliefert zu erhalten. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Menge von einem halben Eiter Petroleum aller zwei Wochen als Höchstmaß anzusehen ist. Vor allem soll das Petroleum in erster Linie denjenigen zukommen, die in ihrer Wohnung lediglich auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind. Da nun in diesem Jahre nur eine äußerst beschränkte Menge Petroleum zur Verfügung steht, so werden die Händler in der Regel weniger als einen halben Eiter Petroleum aller zwei Wochen abgeben können, um eine Belieferung aller Kunden möglich zu machen. Nur denjenigen Kunden gegenüber, die durchweg auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind, kann gütlichfalls die Lieferung von einem halben Eiter Petroleum aller zwei Wochen in Frage kommen.

Eine Bierpreishöhung erstrebt der Verband oberrätiger Brauereien. Er schreibt der Presse, das Kriegsernährungsamt habe im Juli dieses Jahres eine Erhöhung des Preises für Einheitsbier von 20 auf 24 M. für ein Hektoliter zugesagt. Da aber bisher eine Regelung nicht erfolgt sei, habe sich der Verband mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt. Die Interessen der kleinen Brauereien werden als besonders schutzbedürftig hingestellt. Das Verfahren ist durchaus nicht neu. Wenn großkapitalistische Betriebe oder Großgrundbesitzer für höhere Preise eingetreten sind, haben sie häufig erklärt, daß es für die Kleinen seien, die nicht mehr „durchhalten“ könnten. In Wirklichkeit haben sie dabei aber vor allem für ihr Profitinteresse gesorgt.

Auch die Kleinsten Verletzungen beachten. Ein Maurer erlitt eine geringfügige Verletzung am linken Zeigefinger, als er in der Zinkraffinerie Oberspreewald beschäftigt war. Er beachtete die kleine Wunde nicht. Die Hand schwellte aber an, da wahrscheinlich Zinkstaub in die Wunde gekommen war. Nach drei Wochen mußte der Mann ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen; es wurde operativ eingegriffen, wobei der Verletzte den Wert der Ursache des Uebels Mittelstellung machte. Als der Maurer Antrag auf Entschädigung stellte, lehnte ihn die Norddeutsche Metallberufsgenossenschaft ab, und auch die dagegen eingelegte Berufung wurde zurückgewiesen, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil Zeugen nicht Angaben über den Unfall machen konnten. Das Reichsversicherungsamt wandte sich an die Ärzte, die den Mann behandelt hatten, und die bezeugten, der Verletzte hätte ihnen ohne weiteres Angaben über den Unfall gemacht. Es sei aus wahrscheinlich, daß die Verletzung auf einen Unfall zurückzuführen sei. Zur Mittlung wurde die Berufsgenossenschaft zur Entschädigungspflicht verurteilt. Sie habe die Rente nach weiteren Feststellungen festzusetzen. Wie notwendig es ist, selbst den kleinsten Unfall zu beachten und für Zeugen zu sorgen, lehrt diese Entscheidung.

Am psychologischen Institut des Leipziger Lehrerseminars werden, wie man uns schreibt, im Wintersemester 1917/18 wieder regelmäßig Vorlesungen, Übungen, Experimentalkurse abgehalten. Zunächst wird der wissenschaftliche Leiter des Instituts, Herr Dr. Max Brahn, über Begabung, Berufswahl, Schule sprechen. Beginn Montag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Institut, Aramerstraße Nr. 4, II. An einigen, mit den Teilnehmern noch zu vereinbarenden Nachmittagen werden an Kindern Experimente vorgeführt werden. Die Vorlesungen werden auch nach den Weihnachtstagen fortgesetzt. Wiederbeginn Montag, 14. Januar 1918, Ende voraussichtlich Montag, 25. Februar 1918. Anmeldungen zur Teilnahme an den Vorlesungen und zum Eintritt in das Institut wolle man an das „Institut für experimentelle Pädagogik und Psychologie“, Leipzig, Aramerstraße 4 II, richten. Auskunft wird dort erteilt jeden Donnerstag, abends von 7—8 Uhr.

Einschränkung der Treppenbeleuchtung. Der Mangel an Petroleum und das wachsende Bedürfnis, Gas und Elektrizität zu sparen, haben den Rat zu weiteren Einschränkungsmaßnahmen in Bezug auf die Beleuchtung der Treppen und Höfe in bewohnten Grundstücken veranlaßt. Der Rat hat beschlossen, daß in Grundstücken, wo in den Treppenhäusern weder Gas noch Elektrizität eingeführt ist, und daß in mit Gas oder Elektrizität versehenen Treppenhäusern die dauernde Treppenbeleuchtung von abends 8 Uhr an eingestellt wird. Es soll also demnach von 7—8 Uhr abends mindestens eine den Hausflur beleuchtende Flamme brennen und in Grundstücken, wo durch die Beleuchtung des Hausflurs nicht zugleich auch der Treppenanfang mit beleuchtet wird, noch eine weitere Flamme. Die erhobene Gasabgabe wird auf rund 1.200.000 Kubikmeter berechnet. Die Stadtverordneten werden ersucht, sich zu diesem Beschluß gutachtlich zu äußern.

Kudwege der Wohlhabenden. Daß das Obst in diesem Jahre auf reellem Wege nur in kleinen Mengen erhältlich ist, ist für die besonders schmerzhaft, die gewohnt waren, Obst in größeren Mengen direkt aus den Obstgärten zu beziehen. Durch das Ausfuhrverbot entstehen Schwierigkeiten. Man ist in diesem Jahre besonders scharf bei der Kontrolle und paßt namentlich an den Bahnhöfen auf, daß einzelne Personen nicht in Paketen sich Obst herbeischaffen. Aber Kudwege, wenn sie auch kostspielig sind, finden sich immer. Die Hausfrauen oder ihre Beauftragten reisen in einen Ort zum Erholungsanwesen, kaufen dort das notwendige Quantum Obst zusammen und lassen es gleich an Ort und Stelle ein. An dem notwendigen Zucker fehlt es meist auch nicht, da man es immer noch versteht, ihn gegen gutes Geld auf dem Wege des Schleichhandels zu erhalten. Die fertige Marmelade kann dann mit ruhigem Gewissen durch die Spalter bildenden Kontrollen getragen werden, da ja für Marmelade kein Ausfuhrverbot besteht. Man sieht aus diesem Vorgang wieder, wieviel die Kriegsausfuhr für Konsumenten-interessen: 1. wie schwer es für die Behörden ist, Bestimmungen zu erlassen, die nicht zu umgehen sind, und 2. daß bemittelte Kreise immer noch Kudwege finden, um nicht hungern oder entbehren zu brauchen.

Die Hagebutte und ihr Nährwert. Vom September bis weit in den Oktober hinein läßt der wilde Rosenstrauch seine roten Scheinfrüchte reifen, die Hagebutten, in deren Innern, in ein weißes Quarkfleisch gebettet, sich die eigentlichen Früchte der Rose, die aus den zahllosen Fruchtnoten entstehenden kleinen Nüsschen, befinden. Nährstoffreich und brauchbar sind sowohl die Früchte als auch das dem Fruchtfleisch angehängende rote Fleisch der Hagebutte. Die reichlich Gerbstoff enthaltenden Nüsschen liefern, wie in der letzten Zeit angestellte Versuche ergeben haben, einen sehr wohlschmeckenden Kaffee-Ertrag. Auch im frischen Zustande kann man sie vortrefflich verwenden, um Milch rasch zum Gerinnen zu bringen, wodurch auch der Molken einen guten Geschmack erhält. Früher galten die Früchte der wilden Rose auch als heilkräftig und wurden besonders nach Bissen tollwütiger Hunde angewendet, worauf schon Plinius den Namen „Hunderose“ — *Rosa canina* — bezieht. Heute verwendet man sie, mit Honig vermischt, manchmal noch gegen Eingeweide-krankheiten.

Weit mehr bekannt sind die mannigfachen Verwendungszwecke des Fleisches der Hagebutten, das sich vor allem durch einen beträchtlichen Gehalt an Kalk — sie werden hierin nur von den Kapseln überboten — wie auch durch seinen Natron-, Kalk- und Eisengehalt auszeichnet. Außerdem enthält es mehr als 10 Prozent Magnesia, ein Procentsatz, der in dieser Höhe unter unsern Früchten fast einzig dasteht. Die noch im Hagebuttenfleisch enthaltene Kapsel- und Zitronensäure sowie sein Gerbstoff machen seinen Geschmack angenehm säuerlich und aromatisch, und durch Beimengungen von Fettin oder Pflanzengallerte wird die Hagebutte, die leichter Frost weicher und süßer macht, sehr geeignet zur Bereitung von Fruchtmus, das, so wohl ungemischt als auch mit Kapseln oder Preiselbeeren zusammengebracht sehr beliebt ist. Gut angereichte Hagebutten lassen sich ferner leicht trocknen, wobei man die Nüsschen und Haare im Fleisch läßt, weil die Früchte dann besonders gute und nahrhafte Suppen geben.

Knochenverkauf. Donnerstag, den 11. Oktober, findet auf dem Schlachthof kein Verkauf statt.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknochen an die Nummern von 57201 bis 58100.

Freibank I: Heute Nr. 6771 bis 7200; Freibank II: Nr. 4251 bis 4605.

Schellenberger. Nr. 5801 bis 6200.

Polizeinachtichten.

Scheuerpulver statt Sanatogen. Ein Betrüger, der angibt, E. R. Hoff zu heißen und in Eilenburg zu wohnen, bietet hiesigen Droghandlern das jetzt schwer erhältliche Sanatogen zum Kauf an, läßt sich die Ware aber nicht gleich bezahlen, sondern erhebt den Betrag bei Eingang des Pakets durch Postnachnahme. In den bis jetzt bekannten Fällen befand sich in den Paketen statt Sanatogen Scheuerpulver „Wigblant“. Um nun zu verhindern, daß der erhobene Nachnahmebetrag, sofort angehalten wird, legt der Schwindler eine Rechnung bei, die über Scheuerpulver lautet und an eine ganz andere, nicht in Leipzig wohnende Person gerichtet ist, in der richtigen Voraussetzung, hierdurch eine schriftliche Anfrage veranlaßt und dadurch Zeit gewonnen zu haben, um mit dem Gelde zu verschwinden.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Holzhausen. Die hiesige Volkshaus hat vom 16. Oktober 1916 bis 25. Juli 1917 bestanden und in dieser Zeit 70.120 Portionen ausgegeben, darunter 5020 Freiproportionen. Die Rechnung schließt mit einem Darbestand von 587.78 Mk., außerdem ist Nüsscheninventar im Werte von 778 Mk. vorhanden. Am 3. Dezember soll der Betrieb wieder eröffnet werden.

Mauhof, Milchverkauf. In den hiesigen Handelsgeschäften wird gegen Abgabe der Marke 11 von der Gemeinde-Lebensmittelliste verkauft: sterilisierte Vollmilch in Flaschen für 1.80 Mk., kondensierte Vollmilch mit Zucker in Dosen für 1.60 Mk., kondensierte Magermilch mit Zucker in Dosen für 1.65 Mk. Abgegeben werden auf die Marke A 1, B 2, C 3 Nüsschen oder Glaschen.

Räseersay (Müdrin) als Protokoll zum Preise von 1.50 Mk. für ein Pfund gelangt in den einschlägigen Geschäften marktfrei zum Verkauf.

Tausch, Kartoffelverkauf. Ohne Anrechnung auf die Landeskartoffelkarte werden einmalig für jede Person bis zu 50 Pfund Kartoffeln abgegeben. Der Verkauf findet im städtischen Lagerhaus, Brauhausstraße, heute, Donnerstag und Freitag statt. Der Preis beträgt 5 Mark für den Zentner.

Gaußh. Lebensmittellisteverkauf. Durch die Kaufleute und die Hauptstelle (Turnhalle) werden Sonnabend, den 13. Oktober, verabsolgt auf folgende Nummern des Bestellscheins: Nr. 1:

Butter oder Margarine, 60 oder 85 Gramm für die Person, 25 Pf.; Nr. 2: Suppe, für jede Person 1/2 Pfund, 25 Pf.; Nr. 3: Eierfah, für jede Person ein Viertel, 10 Pf.; Nr. 4: Auslandsbrotmehl, 1 Pfund 2.50 Pf.; Nr. 5: Schellfisch, gefalzen, ein Pfund 1.75 Pf. Außerdem Mähnenbrot, ein Pfund 24 Pf.

Leipziger Markt. Kohlenabgabe. Auf den Markenabschnitt K der Kohlenkarte darf in der Zeit vom 15. bis mit 21. Oktober je 1 Zentner Brennmaterial abgegeben werden. (100 Preiskilometer entsprechen 1 Zentner feinstem Brennstoff.) Die Kohlenkarte J verliert am Sonnabend, dem 21. Oktober, ihre Gültigkeit.

Gaußh. Auf hiesiger Flur ist die am Wege nach Gräbern belegene Mittergutschene niederbrennt. Eine große Menge Stroh ist dabei mit verbrannt. Als „Brandstifter“ hat man einen siebenjährigen Jungen von hier ermittelt.

Böhlig-Heerenberg, Petroleum. Bei den hiesigen Händlern kann auf die Ausweisliste Petroleum entnommen werden. Die Inhaber der Ausweisliste haben streng nach den Nummern der Ausweisliste ihr Petroleum bei folgenden Händlern abzugeben: Nr. 1—85 bei Hirs, Weststraße; Nr. 86—103 bei Bönsch, Mühlenstraße; Nr. 104—251 bei Weichler, Wettinerstraße; Nr. 252—426 bei Berg, Hindenburgstraße; Nr. 427—512 bei Schröder, Hohenjollerstraße; Nr. 513—500 bei Kreher, Hindenburgstraße; Nr. 507—650 bei Döhler, Hindenburgstraße; Nr. 651—705 bei Paul Weber, Hindenburgstraße; Nr. 706—1270 bei Richter, Pfannenstraße; Nr. 1271—1459 bei Kühling, Leipziger Straße; Nr. 1460 bis 1505 bei Teske, Pfannenstraße. Keinen Anspruch auf dieses Viertelliter Petroleum haben diejenigen Haushaltungen, die im Besitze von hiesigen Petroleumkarten sind. Letztere können das Petroleum in den Geschäften von Sella, Köllner und im Konsumverein auf Petroleumkarte erhalten. — Untermieter, die in dem abgemieteten Zimmer kein Gas oder elektrisches Licht haben, können auf Antrag, unter Vorlegung einer Bescheinigung des Hauswirts und des Vermieters, eine Petroleumkarte über wöchentlich ein Viertelliter Petroleum erhalten.

Anauhain. In univ. Volksküche wurden in der Zeit vom 18. November 1916 bis 15. August d. J. 34.120 Portionen ausgegeben. Die Einnahme betrug 11.816, die Ausgabe 11.788 Mk. Zur Eröffnung wurde feinerer der Küche ein Vorkauf von 800 Mark überwiehen. Am Schluß der Rechnungsperiode war ein Baren- und Kassenbestand von 453 Mk. vorhanden, so daß ein kleiner Fehlbetrag (68 Mk.) zu verzeichnen ist. Nach dem Beschluß des Kriegsrats für die Ernährungsbehörde wird die Küche am 12. November wieder eröffnet. Leider muß infolge der erhöhten Lebensmittelpreise der Preis für eine Mahlzeit auf 40 Pf. festgesetzt werden. Zur rechtzeitigen Bestellung und Anmeldung der Teilnehmerzahl hat der Ausschuss für nächsten Sonntag, den 14. Okt., abends 8 Uhr, im Gaußh. am Park eine Zusammenkunft aller Interessenten in Aussicht genommen, worauf die Einwohnerschaft hiermit besonders hingewiesen sei.

Marktschl. Desfardinen werden von heute an in den Geschäften von Weigert und Grafer verkauft.

Leipziger Landverpachtung. 62 kleine Feldstücke von je 1/2 Morgen, am alten Friedhof gelegen, sollen Freitag, den 12. Oktober, 11 Uhr vormittags, öffentlich auf 6 Jahre verpachtet werden. Zusammenkunft von Interessenten zur angegebenen Zeit am Friedhof. Ferner sollen 6 kleine, vom Oberbürgermeister abgetrennte Feldstücke von je 200 Quadratmeter Fläche auf drei Jahre zum Preise von 1 Pfennig für den Quadratmeter und Jahr an bedürftige Einwohner verpachtet werden. Meldungen nimmt der städtische Bauausseher Damann entgegen.

Widderverkauf. Die der Stadt von Kreise überwiesenen Basen kommen durch die Wildhändler Fleischer und Gföhl zum Verkauf. Die Abgabe findet nur auf Lebensmittellisten, und zwar auf Abschnitt Nr. 180 statt. Die Nummern der Scheine werden jedesmal vom Magistrat bestimmt und bekanntgegeben.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 8. Oktober.

Lebensmittelfragen füllten die heutige lange Sitzung aus, zwei Interpellationen über allgemeine Lebensmittelförderung und drei über Spezialfragen waren eingebracht von der Fraktion der abhängigen Sozialdemokraten, den Freisinnigen, den Nationalliberalen und Konservativen. Die Aussprache und Begründung fand am Anfang wenig Aufmerksamkeit, erst als der agrarische Kampf in der Berde Ebene anschlug, horchten die Abgeordneten auf. Daß es den Landwirten sehr schlecht geht, daß sie die Kriegslasten zu tragen haben, versteht sich bei André von selbst. Er behauptete nicht mehr und nicht weniger, als daß vor dem Kriege jahrelang Verbraucherpölizist getrieben worden sei. Demnach weiß dieser Abgeordnete nicht, daß in Deutschland seit 1879 in der Hauptsache Agrarpölizist getrieben wurde. Mit erhobener Stimme schmeierte er in den Saal: Die sächsische Landwirte sind der Verweisung nahe! Natürlich nicht aus Nahrungsfragen, sondern weil ihnen mit Verordnungen das Leben sauer gemacht wird und vor allem wegen der Eingriffe in den Ruhestand. Der abhängige Sozialdemokrat Lange brachte zur Begründung seiner Interpellation eine große Menge stichhaltiges Material vor, wodurch das Verlangen der Lebensmittelförderung wie die Schädlichkeit der Preispolitik dargetan wird; aber den einzigen richtigen Schluss zieht er so wenig wie seine Fraktion daraus, sondern stehe die Regierung in bittenden Worten an, zu helfen und zu ändern, ehe es zu spät ist. Auch der freisinnige Abgeordnete Professor Koch brachte zur Begründung gutes Material vor, aber vor dem Konsequenzenziehen schreckt auch er zurück, denn als im Laufe der Aussprache vom Regierungsdirektor die Kohlenbrennung für die Bevölkerung für den kommenden Winter wieder in Aussicht gestellt wurde, sagte Herr Koch: „Hoffentlich wird die Kohlenbrennung nicht zu hart.“ Kräftige Töne schlug auch der Konservative Dr. Schreiber gegen die Regierung an, so daß er den Minister des Innern zu der Ausrufung reizte: „Machen Sie doch hier keinen Theaterdonner!“ Herr Schreiber nahm sich besonders die neue Kartoffelverordnung aufs Korn und geisterte die Art, wie mit den Landwirten umgesprungen werde. „Was würden die Arbeiter sagen, wenn man mit ihnen so umspränge wie mit den Bauern?“ so fragte er sehr nachdrücklich. Seine Bemerkung, die Kartoffelverordnung sei der Gipfel der Verstandlosigkeit, trug ihm von seinem Parteifreund, dem Vizepräsidenten Dr. Spieck, einen Ordnungsruf ein. Gegenüber den Ängsten der Konservativen hatte es der Minister bei seiner Antwort leicht. Er setzte sie sogar böse in Verlegenheit, als er auf die landwirtschaftlichen Sachverständigen hinwies, deren sich die Regierung bediene, ehe sie Maßnahmen ergreife. „Aber denn,“ so sagte Herr Spieck, „ist Ihr Herr Schmidt (der Führer der sächsischen Agrarier) im Landeslebensmittelausschuss.“ Etwas schwerer wurde dem Minister die Beantwortung, wie es mit der Lebensmittelförderung im kommenden Winter steht, und ob die Preissteigerungen noch nicht an der höchsten Grenze angelangt seien. Mit einiger Strenge der Lebensmittel glaubt die Regierung das Volk durchhalten zu können, an der Preispolitik kann nicht gerührt werden. Die Nervosität wegen der Nahrungsmittelförderung sei unbegründet. Nähere Angaben, die seine optimistische Auffassung

stiften, machte der Minister nicht: Dagegen behauptete er, im Kriegsfeindlichen Auslande seien die Lebensmittelpreise viel höher als in Deutschland.

Diese Behauptung gab dem Genossen Seger Veranlassung, die Ausführungen ins richtige Licht zu stellen. Ebenso zeigte er, was es mit der Behauptung Dr. Schreiber auf sich hat, die Arbeiter ließen sich das nicht gefallen, was sich die Bauern gefallen lassen müßten. Dies aber gab dem Präsidenten Vogel Veranlassung zu der sonderbaren Mahnung, der Redner solle bedenken, daß er in einem deutschen Parlament spreche. Formell hatte sich der Redner gar nicht vergangen, aber der Präsident wird schon nervös, wenn die Verhältnisse beim richtigen Namen genannt werden. Der Eingriff des Präsidenten gab dem Genossen Feilner Veranlassung, zu fragen, wann und ob in diesem Landtage überhaupt die Interpellation wegen der Zensur und des Versammlungsrechts noch auf die Tagesordnung gesetzt würde. Präsident Vogel erklärte, daß dies davon abhängt, wann sie die Regierung zu beantworten gedente. Da die Regierung sich zur Sache ausschwiege, bleibt sie immer in der Schwebe.

Aus der Kriegserheimstättenbewegung in Sachsen.

Die Heimstättenbewegung in Dresden hat am Sonntag in ihrer Siedlung Auerwalde bei Chemnitz die ersten 30 Anstellten den Bewerbern zur Bewirtschaftung übergeben. Die Ansteller wurden vom Geschäftsführer der Gesellschaft, Herrn Direktor Bräuer, auf ihrem künftigen Heimstättboden und von der Gemeinde durch Herrn Gemeindevorstand Kluge herzlich begrüßt. Nach der Landübergabe fand eine gemeinsame Aussprache statt, in der sich die Ansteller auf gemeinsamen Einkauf von Saatgut und Pflanzen, auf die gemeinsame Beschaffung von Dünger und auf gemeinsamen Handel in den Früchten, die alle Ansteller gleich berühren, einigten. Die Landstellen sind 700 bis 2000 Quadratmeter groß und werden mit Einfamilienhäusern teils als Wohnheimstätten, teils als Wirtschaftsheimstätten bebaut. Die Planungen dafür sind bereits bearbeitet und mit dem Bau der Häuser soll angefangen werden, sobald die Verhältnisse dies einermöglichen lassen. Inzwischen bestellen die Ansteller ihre Scholle mit Kartoffeln und Gemüse, Sträucher und Bäume werden gepflanzt, Wege werden angelegt und alles vorbereitet, was für das Entstehen der Siedlung von Wichtigkeit und Bedeutung ist. Die Heimstättenbewegung in Sachsen, deren Wirkungsbereich sich über das ganze Land erstreckt, hat während des Krieges bereits fünf Siedlungen organisiert und bereitet weitere Anstellungen vor, die unter Mitwirkung und Beteiligung der Gemeinden und Bezirksverbände in verschiedenen Gegenden Sachsens zur Ausführung kommen.

Bevölkerung der Gültigkeitsdauer der Zuckerkarten.

Das sächsische Ministerium des Innern bestimmt: Die Zuckerkarten und Bezugskarten der Reihe 6 verlieren am 20. Oktober 1917 ihre Gültigkeit. Der letzte, auf die Zeit vom 11. bis 31. Oktober lautende Fundabschnitt der Zuckerkarte muß also spätestens am 20. Oktober 1917 beim Kleinhändler vorgelegt und von diesem beliefert werden. Ebenso hat die Entziehung der noch nicht belieferten Bezugskarten für gewerbliche Betriebe spätestens am 20. Oktober 1917 zu erfolgen. Nach dem 20. Oktober 1917 darf auf Zuckerkarten und Bezugskarten der Reihe 6 kein Zucker mehr im Kleinverpackung abgegeben werden. Die Entlieferung der vereinbarten Bezugsausweise und Bezugskarten der Reihe 6 hat spätestens zu erfolgen durch die Kleinhändler und Zwischenhändler an die der Zuckerverteilungsstelle für Sachsen angehörenden Großhändler bis zum 25. Oktober 1917; durch die letzteren an die Zuckerverteilungsstelle bis zum 30. Oktober 1917. Vom 1. November 1917 an gelten die Zuckerkarten und Bezugskarten der Reihe 7.

Theaternachrichten.

Neues Theater. Donnerstag, 7 Uhr: Die beiden Almasberg. Freitag, 7 Uhr: Don Juan. Sonnabend, 7 Uhr: Königskinder. Sonntag, 7 Uhr: Der fliegende Holländer. Montag, 7 Uhr: Rigoletto. — **Altes Theater.** Donnerstag geschlossen. Freitag, 7 Uhr: Die Gluckstuch (vollständige Vorstellung). Sonnabend, 7 Uhr: Moral. Montag, 7 Uhr: Glaube und Heimat (vollständige Vorstellung). — **Neues Operntheater.** Donnerstag, 7 Uhr: Wenzel Blut (vollständige Vorstellung). Freitag, 7 Uhr: Eva. Sonnabend, 7 Uhr: Die Garbafabrik. Sonntag, 7 Uhr: Parsifal. Montag, 7 Uhr: Der Bogelhändler (vollständige Vorstellung).

Leipziger Schauspielhaus. Donnerstag, 7 Uhr: Die Königin der Luft (Gastspiel Anton Franck). Freitag, 7 Uhr: Und Pippa tanzt. Sonnabend, 7 Uhr: Dyerpotts Erben. Sonntag, 7 Uhr: Dyerpotts Erben (Einheitspreise). Montag, 7 Uhr: Und Pippa tanzt.

Ballettheater. Abends und Sonntag, nachmittags 7 Uhr: Die Rose vom Rhein.

171. Sächsische Landeslotterie.

(Ohne Gewähr) (Nachdruck verboten)

Ziehung vom 10. Oktober.

Gewinne zu 5000 Mark.

05420

Gewinne zu 3000 Mark.

8314 8488 8484 13104 15481 29012 24527 45757 46352 48462 40227 60327 60657 70882 70895 73818 73882 83093 84392 90150 92578 96130 98980 98785 100270

Gewinne zu 2000 Mark.

789 3272 0062 14004 19750 21751 29480 25828 26055 28511 38045 24435 40885 47742 49723 54081 50940 60487 61678 68307 67907 68300 72508 78070 78063 83377 95085 102080 109810 104107 104493 107050

Gewinne zu 1000 Mark.

1446 0654 7165 7540 11826 13482 18187 22165 22572 23242 26218 29190 34101 36701 38116 30725 40220 40670 45887 48541 40121 51918 54012 55506 58110 60675 65248 66004 67436 72485 73478 77081 80200 85944 89073 87128 90107 97211 00122 101454 101450 109552 103564 107172 107601 109040

Im Glückstrabe verbleiben nach heute beendigter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 Prämie zu 300.000, Gewinne: 1 zu 500.000, 1 zu 200.000, 1 zu 100.000, 1 zu 50.000, 1 zu 40.000, 1 zu 30.000, 2 zu 20.000, 3 zu 15.000, 8 zu 10.000, 25 zu 5.000, 280 zu 3.000, 302 zu 2.000, 645 zu 1.000.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben. Die Expedition.

Volkshaus Spezialgerichte für heute: Bayrisch Kraut mit Erbsen. — Weiße Bohnen. Morgen: Nudeln. — Gekochtes Eier mit Spinat.

Ueberfluß.

Roman von Martin Andersen Nexø.

Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Herm. Rib. 56] (Nachdruck verboten.)

25.

In der kleinen Wäscherei hatte man wie gewöhnlich viel zu tun. Aber eine Umwälzung der Gemüter war erfolgt. Else hatte ihr Gleichgewicht nicht mehr, entweder war sie lärmlich glänzlich oder niedergeschlagen und bedrückt, und selbst Dorica Hansen konnte nicht immer ihre feierliche Ruhe bewahren. Mit der selbstverständlichen Heterogenität der guten alten Zeiten war es vorbei, jetzt verlangte die Freude eine Ursache, und so ward auch Platz für Sorgen geschaffen.

Karl und seine Angelegenheiten beherrschten sie völlig. Derjenige, dem ihre mütterliche Fürsorge galt, war zum Mittelpunkt ihres ganzen Daseins geworden. So war es bei Else und durch sie bei der Mutter. Er bestimmte ihr Reden und Denken, ihre ganze Gemütsstimmung. Er bestimmte den Pulsschlag ihrer Nerven.

Die Liebe ließ ihn das Leben festlich anschauen, wenn er seine guten Tage hatte. Zu andern Zeiten aber drückte sie ihn tief hinab. Er war nicht mehr verbrieftlich und bisbig, das blühartig ausdauernde Glückseligkeit hatte etwas in ihm gemildert, und die Furcht, es zu verlieren, verließ ihm Kraft, das übrige zu unterdrücken. Aber er erlag oft der Müdigkeit und ging umher als Beute eines hummen Schauders, der sich auch der andern bemächtigte und selbst ihr Aimen bestimmte.

Wenn Mutter und Tochter am Morgen bei ihrer Arbeit standen, während in den Sämen des Gartens Wind und Regen rauschten und dröhen und drinnen kalt und unheimlich das Dunkel lag, dann sprachen sie von ihm — wie er geschlafen habe, was ihm wohl sein möge, und wie ihm an diesem Tage zumute sein werde. Sie tauschten seinen Tritten auf der Treppe, wenn er herunterkam, um daraus auf seinen Zustand zu schließen. Und wenn er ins Zimmer trat und lächelnd „Guten Morgen“ sagte, dann atmeten sie befreit auf und freuten sich, und das Haus hallte wider von Gelächter und Heiterkeit. Marmelade er aber sein „Guten Morgen“ hervor und setzte er sich, ohne sie anzusehen, an den Tisch, dann wußten sie, daß es ihm nicht gut ging, und behandelten ihn behutsam. Und sie sprachen nur gerade das Notwendige, in stillerem Ton, doch im Rauf des Tages bewirkten sie meist, daß er aufsaute. — Manchmal kam er überhaupt nicht herein, sondern machte sofort seinen Morgenpaziergang, und dann ließ Else den Kopf hängen.

In den letzten vierzehn Tagen hatte er alles in hellem, verheißungsvollem Lichte gesehen. Während des größten Teils des Tages war er um die Frauen herum, sprach scherzend, doch mit einem Intention von Ernst, davon, was für ein Kraftbruch er schon geworden wäre, — aber namentlich werden würde, wenn der Frühling käme. Jeden zweiten Tag ging er in die Stadt und ließ sich wiegen.

Eines Tages kam er in strahlender Sonne nach Hause und erzählte, er habe wieder ein Pfund zugenommen. „Wenn das so weitergeht, bin ich in einem Jahr der schwerste Mann in der Stadt,“ sagte er spahend.

„Dann müssen Sie aber tüchtig dabei bleiben,“ erwiderte seine Wirtin in demselben Ton.

„Was? ein Pfund in zwei Tagen — das macht doch wohl hundertachtzig im Jahr; und da ich schon hundertzwanzig wiege, so —“ „Hundertzwanzig! Ach, Herrgott, es wird lange dauern, bis Sie bloß mich erreichen.“

„Ja, Sie! Aber das ist auch gar nicht mein Bestreben — Sie schwimmen ja in Fett,“ sagte er erschrocken.

Else lachte laut, ihr frisches Lachen, und ließ die Augen erwartungsvoll von einem zum andern schweifen.

„Wissen Sie was,“ meinte Dorica Hansen ein wenig gekränkt, „ich bin wirklich so gerade recht, kein bißchen fetter, als man sein muß, um ordentlich anzusehen. Das haben doch auch die Männer gesagt.“

„Ja, natürlich hat einer vom Silben um Mutter's Hand angehalten, weil sie so gut gebaut wäre. Witten auf der Straße,“ erzählte Else lachend.

„Ja, und es war ein Ochsenhändler, die verstehen doch was von der Figur,“ sagte die Mutter mit stolzer Miene.

„Sollen wir sagen, Sie wiegen nur zweihundert Pfund, — um Sie nicht zu beleidigen? In einem halben Jahr habe ich Sie also vollständig überflügelt — ganz so schwierig davon, daß die Frauen nicht mehr Muskeln haben als ein zartes Kind. Weder Sie noch Else haben ja Kräfte, obwohl Sie aufeinander vor Gesundheit frohen. Lauter Augenstichung — wie alles bei den Frauen.“

„Natürlich, neben so einem Bären, wie Sie es sind, da...“ Die Wirtin beendete ihren Satz nicht. Sie besprengte etwas Wäsche und bespritzte dabei aus Unachtsamkeit sein Gesicht.

„Ja, Karl ist wirklich stark,“ versicherte Else mit der Kraft der Ueberzeugung, „er kann mehr heben als du oder ich.“

„Man ist doch glücklicherweise ein Mann,“ sagte Karl mit Selbstgefühl.

„Ach!“ Dorica Hansen pustete verächtlich.

Karl ließ den Blick unglücklich über die Stühle gleiten, dann sah er den leichtesten ins Zimmer, legte sich auf die Anie und mühte sich mit ihm ab, die Hand ganz unten um das eine Stuhlbein; mit Anstrengung hob er den Stuhl vom Boden. Die Ausführung erforderte keine Kräfte, sondern eine kleine, behende Drehung des Handgelenks, er hatte Frage das Kunststück mit einem Tisch machen sehen und sich dann heimlich mit dem leichten Schlafzimmersstuhl geübt.

„So ein lumpiger Hohlstuhl,“ sagte seine Wirtin, „das kann ich wahrhaftig auch.“ Sie legte sich auf die Anie und versuchte, irgendwo sprang ein Haken bei ihr auf, so eifrig war sie. „Da ist eine Rippe geknackt,“ sagte Karl mit großer Handbewegung, und Else legte sich lachend über den Tisch. Der Stuhl wählte sich nicht vom Fußboden. „Versuch du einmal, Else,“ sagte sie und stand auf, mit rottem Kopf vor unterdrücktem Lachen.

„Ach, ihr müßt lieber nicht euer Unvermögen konstatieren,“ sagte Karl in knochenhaftem Ton. „Ihr tut einem bloß leid. Um so mehr, weil ich diese Sache ausführen konnte, als ich gut zehn Jahre alt war. Jetzt habe ich ganz andre Nummern auf dem Programm, aber die zeit ich erst, wenn Aage Sörensen und ich als starke Männer auftreten.“

So fuhr er dann fort. Und die beiden lachten über seine munteren Uebertreibungen und seine bescheidene Eitelkeit. „Er ist ja ein rechtes Kind,“ sagte die Mutter zu Else, „genau wie ein kleiner Junge, der seinen Griffel auf die Schulter legt und ruft: Doppsal als ob es ein schwerer Balken wäre.“

In dieser Zeit kam Karl auf den Gedanken, einen Riemen statt der Hüftträger zu tragen, weil man sich dann stärker fühlte.

Eines Morgens bekam er einen ganz kurzen Brief folgenden Inhalts von seinem Vater:

Lieber Karl!

Nur ein paar Worte, um Dir mitzuteilen, daß Deine Mutter endlich krank ist und im Krankenhaus liegt. Es steht eine Operation

bevor, deren Ausfall nicht vorherzusagen ist. Der Hausarzt meint, sie habe durch ihren sanftmütigen Gebrauch des Korsetts die Niere losgeschnitten und vielleicht auch andre Unterleibsorgane geschädigt. Aus dem Krankenhaus liegt noch keine ganz endgültige Diagnose vor.

Da ich die wunderbare Kunst des Gedankens nicht gelernt habe, sehe ich die Ereignisse verhältnismäßig mit Ruhe an, zum großen Aerger unserer Freunde, die mich als eine Art Mörder betrachten. Herrgott, als ob das jederzeit das Schlimmste wäre, was man sein könnte. Es ist doch ein größeres Verbrechen, sich selbst zu morben als andre. Und in diesem Punkte hatte ich wohl Grund, mich schuldig zu fühlen.

Du kannst dies doch gewiß als Zugeständnis Dir gegenüber hinnehmen, ohne zu stark zu triumphieren?

Du findest es gewiß erbärmlich, aber ich habe in den letzten Tagen wieder etwas Menschliches in mir erwachen gefühlt. Und ich bin bescheiden (oder hinfällig genug, wenn Du lieber willst), die Achse meiner selbst aus der Hand des Zufalls zu empfangen.

Dein Vater.

(Fortsetzung folgt.)

Vom Sehen.

Die Leistungen unseres Auges sind etwas so alltägliches, daß kaum jemand über die Erscheinungen, die dabei in Frage kommen, nachzudenken pflegt. Und doch gibt es eine ganze Reihe Merkwürdigkeiten, die zu Fragen Veranlassung geben könnten.

Meinen Garten suchen bisweilen wilde Kaninchen auf, und da ich meine paar Röhlpflanzen für meinen Bedarf ziehen möchte, wodurch die Kaninchen natürlich sich nicht abhalten lassen, doch davon zu naschen, so lege ich mich auf die Lauer, um allenfalls eines davon zu erwischen. Da ist besonders ein topfgroßes Loch im unteren Teil des nachbarlichen Bretterzäuns, in dessen Nähe ich manchmal die Fußstapfen der Nager gespürt hatte, dem ich meine Aufmerksamkeit zuwandte. Kaninchen lieben es nicht, am hellen Tage solch freundschaftliche Besuche abzusatten, und deshalb sah ich meist zur Zeit der Dämmerung auf dem Anstande. Das schwarze Loch in der hellen Planke hob sich zunächst noch deutlich ab, aber mit dem allmählich schwächer werdenden Tageslicht kam schließlich ein Zeitpunkt, wo die Wahrnehmung unsicher wurde. Je schärfer ich auf den Platz hinsah, um so schneller verschwanden alle Einzelheiten. Wenn ich aber den Blick nur um eine kleine Strecke, kaum ein Meter weit, seitwärts lenkte, so trat die ganze Stelle wieder heller und deutlicher hervor, um schnell wieder zu verschwinden, sobald ich sie wieder mit dem Auge zu fixieren begann. Den Versuch konnte ich mehrmals mit demselben Erfolg anstellen, bis endlich das Licht gar zu schwach wurde, und das Auge gar nichts mehr unterscheiden konnte.

Diese Beobachtung veranlaßte mich zu einigen weiteren Proben. Einige Stunden Phlox oder Stammenblumen blühten mit weichen Rispen unter den Birnbäumen, so daß sie zur gleichen Nachtzeit tief im Dunkeln standen. Und gleichwohl leuchteten die Blüten aus dem Dunkel so stark hervor, daß man verlust sein konnte, sie für phosphoreszierend zu halten. Aber, auch ihre Leuchtstrahl, schien sofort zu verschwinden, wenn ich schärfer nach ihnen hinsah. Die gleiche Erscheinung boten die leuchtend roten Blüten vom Gartenwapp, die bei scharfem Betrachten als schwarze Flecke im grauen Blattwerk erschienen, aber bei wegwanderndem Auge alsbald wieder heller aufleuchteten.

Was für eine seltsame Erscheinung spielte sich hier ab? Wir sind doch gewöhnt, die Gegenstände zu fixieren, wenn wir sie deutlich sehen wollen, und hier werden sie gerade erst deutlich, wenn sie nicht fixiert werden? Dabei beachte ich eines Versuches, den Prof. Nummer einmal vorführte. Kleine schwarze Lichtquellen wurden im verdunkelten Raum betrachtet, wo sie schnell dem Auge unsichtbar wurden, aber sofort wieder erschienen, wenn das Auge davon seitlich abgelenkt wurde.

Die Erscheinung liegt offensichtlich im Bau des Auges begründet. Die Wahrnehmung von Lichtstrahlen jeglicher Art ist bekanntlich eine Leistung der Netzhaut des Auges. Die Netzhaut ist eine dünne Lage von Zellen, die das Innere des Augapfels überzieht. So bilden dieser häufige Ueberzug ist, so zusammengesetzt ist sein Bau. Nicht weniger als acht Schichten von verschiedenartigen Zellen setzen das Gebilde zusammen. Davon sind zwei Lagen besonders bedeutsam. Die eine enthält die feinen und feinsten Verzweigungen und Enden des Sehnervs, das ist die Nervenfaserhaut. Die längs der Wand verlaufenden Nerven liegen mit ihrem Enden senkrecht zur Wand und treten in Beziehungen zu den andern wichtigsten Lagen, einer Zellschicht, die aus zwei verschiedenen Formelementen besteht, langgestreckten zylindrischen Stäbchen und kugelförmigen Zapfen. Nach den Untersuchungen liegen in diesen Gebilden die Nervenfortsätze, die Lichtstrahlen aufzunehmen und in die durch ihre Einwirkung ausgelöst werden, auf die Sehnerven zu übertragen, das heißt also die Sinneswahrnehmung zu vermitteln.

Die Verteilung der zelligen Elemente in der Netzhaut ist aber durchaus nicht gleichmäßig. Da ist zuerst eine Stelle im Augenhintergrunde, an der der Sehnerv in den Augapfel eintritt. Hier saßert er sich auf und scheidet von hier aus seine feinen Fasern über den Licht empfindenden hinteren Abschnitt des Augapfels, soweit er von der Netzhaut überleitet ist. Dieses Fleckchen im Auge trägt keinen Ueberzug von Stäbchen oder Zapfen, der Nerv liegt hier mit den zugehörigen Blutgefäßen unverhüllt zutage. Licht, das auf diese Stelle einwirkt, würde also den Nerv ohne jedes Hemmnis erreichen; denn die Linse und der Glaskörper sind als gut lichtdurchlässig anzusprechen. Und doch läßt die hellsten Lichtstrahlen hier keine Wahrnehmung aus, die Stelle ist der sogenannte blinde Fleck des Auges. Um sich von diesem Vorhandensein zu überzeugen, kann man folgenden Versuch anstellen. Auf ein Blatt Papier zeichnet man im Abstand von etwa 10 Zentimeter zwei kleine Kreise mit Zinte, etwa einen runden Punkt und ein kleines Dreieck. Dann faßt man den einen Punkt fest ins Auge, während man das andre schließt, und nähert oder entfernt den Kopf vom Pate, bis, wenn das Auge etwa 25 Zentimeter vom Papier entfernt ist, der andre nach außen gelegene Punkt verschwindet. Weil hier die vermittelnden Organe der Stäbchen- und Zapfenschicht fehlen, bleiben die Lichtstrahlen wirkungslos, der Nerv selbst nimmt das Licht nicht wahr.

Aber auch die andern Teile des Augenhintergrunds sind nicht völlig gleichwertig; darauf deutet schon die Notwendigkeit hin, die Achse des Auges in die Richtung des wahrzunehmenden Gegenstands zu bringen, den Gegenstand zu fixieren. Wenn wir hier die Zeitung lesen, so haben wir wohl die allgemeine Wahrnehmung der schwarzen Buchstaben auf dem weißen Blatt Papier, aber das genügt nicht, um lesen zu können. Dazu ist es nötig, jeden Buchstaben einzeln ins Auge zu fassen, zu buchstabieren. Das Auge gleitet von Buchstabe zu Buchstabe über die Zeile hin und nur die Uebung bringt die Schnelligkeit, mit der wir das verändern, zuwege.

Was bedeutet nun das Fixieren eines Gegenstands? Ich sagte schon, wir verlegen die Sehachse in die Richtung zu dem Gegenstande. Damit bringen wir nun eine bestimmte Stelle der Netzhaut in den Weg der Lichtstrahlen oder richtiger in den Vereinigungspunkt der durch die Linse gesammelten Lichtstrahlen, die wiederum eigentümliche Beschaffenheit zeigt. Hier drängen sich die Nervenzellen, und

von den beiden vermittelnden Elementen fehlen die Stäbchen. Die etwas kleineren Zapfen sehen die Nacht allein zusammen, und dadurch entsteht ein feines Gestrüch, das etwa 1000 Zapfen birgt. Den Zapfen kommt demnach die Aufgabe des scharfen Sehens zu; denn dieses Zentralgebilde liegt gerade in der Richtung der Sehachse.

Aber den Zapfen fällt noch eine weitere Leistung zu. Sie haben die Wahrnehmung der Farben zu vermitteln. Alles spricht dafür, daß damit bestimmte chemische Vorgänge verbunden sind, die nach ihrem Ablauf eine gewisse „Erholungszeit“ verlangen, während der die dazu nötigen „Rohstoffe“ wieder ersetzt werden müssen. Deshalb versagen die Zapfen in ihrer Arbeit schneller als die Stäbchen, denn die einfachere Leistung obliegt, hell und dunkel wahrzunehmen. Sobald wir bei der Durchmusterung der Netzhaut uns von dem Sehröhren entfernen, treten die Stäbchen in immer größerer Menge auf, bis sie schließlich gegen die Grenzen der Netzhaut zu ganz und gar die Zapfen verdrängen. Innerhalb bleibt im Durchschnitt die Zahl der Zapfen auf einen Quadratmillimeter der Netzhaut etwa 12000. Wenn aber die schnell ermittelnden Zapfen mit den nachhaltiger arbeitenden Stäbchen gemischt sind, so wird in den seitlich von der Sehröhre gelegenen Teilen der Netzhaut die Empfindlichkeit für hell und dunkel noch fortbestehen, wenn die Farbenwahrnehmung bereits verschwunden ist und die scharfe Einstellung des Gegenstands auf die Sehröhre keine Wahrnehmung mehr ermöglicht. Bei hellem Tageslicht kommt das weniger in Betracht. Die jeweilige Empfindlichkeitsabnahme ist bei heller Beleuchtung nur verschwindend klein, aber bei schwachem Lichte muß sie schließlich so groß werden, daß die Zapfen nichts mehr wahrzunehmen vermögen, während die benachbarten Stäbchen-gegenstände noch empfindungsfähig sind. Für dies Sehröhren, also für das scharfe Sehen, sind dann die Gegenstände so gut verschwunden wie im blinden Fleck des Auges, aber die Zapfen nehmen sie noch immer im Gegensatz von hell zu dunkel, wenn auch nicht scharf untrüben wahr. Bei alledem reicht die Schärfe noch aus, um größere Gegenstände richtig ihrer Bedeutung nach einzuschätzen. Als das Kaninchen bei den Versuchen, die ich anstellte, den Kopf durch das Loch steckte, nahm ich ihn sofort wahr als das, was er war, obgleich ich gerade ein Meter links davon einen hellen Stab zu fixieren bemüht war.

Vom gleichen Verhalten des Auges machen wir Gebrauch, wenn wir den Sternhimmel betrachten wollen. Bekanntlich sehen wir mit bloßem Auge nur die geringe Zahl lichtstärkerer Sterne, während die lichtschwächeren gewöhnlich schnell zu erlöschen scheinen. Sie bleiben beim Betrachten für kurze Zeit auf und sind dann scheinbar verschwunden. Auch den Sternhimmel können wir mit mehr leuchtenden Punkten besetzen durch das sogenannte indirekte Sehen. Rings um den scharf ins Auge gefaßten Fleck am Himmel blühen zuweilen so eine ganz beträchtliche Anzahl schwächerer Sternchen auf, die wir beim scharfen Hinschauen nicht wahrzunehmen vermögen.

Wenn aber die Stäbchen der Wahrnehmung von hell und dunkel dienen, so müssen sie auch besonders bedeutsam sein für Augen, die der Farbenwahrnehmung nicht bedürfen. So findet sich denn entsprechend auch in den Augen der ausgesprochenen Nachtiere die Netzhaut ausschließlich oder fast ausschließlich bedeckt mit einer Stäbchenschicht. Diese Stäbchen ermöglichen den nächtlichen Räubern das Erkennen ihrer Beute. Bei ihnen sind die nicht mehr notwendigen Zellbestandteile der farbenempfindenden Zapfen im Laufe der Entwicklung verschwunden. Bei den weniger ausgesprochenen Nach- und Dämmerungstieren, die auch bei Tage noch Farbenwahrnehmung verwenden können, sind die Zapfen noch nicht völlig verschwunden, aber mit fortschreitender Anpassung an nächtliches Leben blühen auch hier die Stäbchen an ihre Stelle treten, weil sie für die Leistung des Auges in der Nacht größere Bedeutung haben als die Zapfen, die uns Menschen, den Sonnenlicht liebenden Erdbewohnern, die buntpfarbige Welt in ihrer Schönheit und Pracht vermitteln.

Dr. Popitz.

Kleine Chronik.

Das erste Solifortkonzert dieses Winters fand gestern im Kaufhaus betraute unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Zu dem Ueberabend von Käthe Liebmann war nur ein ganz spärliches Publikum erschienen. Es ist das alte, ewig neue Lied: wer in Leipzig nicht schon ein gewisses Stammpublikum hat, der muß vor leeren Rängen musizieren, ihm hilft auch ein noch so gelächelt aufgeregtes, apartes Programm nicht. Käthe Liebmann war mit einem erfreulich vom Durchschnitt abweichenden Programm gekommen, dessen außerordentliche Knappheit vorbildlich war; sie sang fünf Lieder von Grieg, vier von Weingartner, zwei von Pfitzner und drei von dem Leipziger Kompositionsteifer Stephan Arschl. So tüchtige Musiker unter diesen Komponisten sind, so sonderbar berührt der Umstand, daß kaum einem von ihnen ein echtes Lied gelangt ist. Am ehesten zeigt sich noch Grieg als guter Lyriker, er hat gelegentlich zarte, feine Stimmungen musikalisch überzeugend ausgedrückt. Am seltsamsten erscheint Hans Pfitzner als Liebesmeister; dem tief erregenden Ausdrucksmittler des Armen Heinrich will es nicht gelücken, ein Gedicht voll auszuküßeln, den melodischen Berührungspunkt des Dichters zu wahren. Er hat Eichendorff vertont, dem er sich in keiner Weise ebenbürtig zeigen kann. Zorigesetzt: irt er sonstigen von der Stange ab, er bleibt nicht einfach, schlicht, findet die rechte, den Kern treffende Weise nicht und kann auch durch Aufwand von noch so viel Intelligenz keinen reinen Eindruck erzielen. In seinen beiden von der Sängerin vorgetragenen Liedern „Im Herbst“ und „Sonnlichte“ hat er sich mit Leichtfertigkeit nachgewiesen, wie man eben Lieber nicht komponieren soll. Weingartner bleibt noch mehr an der Oberfläche haften. Auch Stephan Arschl ist in seinen drei Settings (Auf die Nacht in den Spinnweben, Und bist dir nur im Traum nicht ein, Unter der Erde) sehr weit von der Vollendung, der Erfüllung des dichterischen Gehalts, entfernt. Er trifft den Grundrhythmus des jeweiligen Verses nicht, will geistreich sein, währt durch Akzente und Pointen die heilige Linie und moduliert vor allem viel zu viel darauf los, ohne doch zu beachten, daß die Modulation im Lied stets der Reflex einer bedeutungsvollen Wandlung in der dichterischen Ausdruckform sein soll. Gewiss kann man durch Einanderverlebung von einzelnen Stimmungsphasen, die sich bei oberflächlicher Betrachtung aus dem Gedicht herausheben, noch etwas zurecht machen, was wie ein Lied ansieht und dem Durchschnittshörer auch gefällt. Aber das Lied des Dichters wirklich in seinem inneren Wesen zu erfassen, das bringen doch nur die Feinabenden fertig.

Käthe Liebmann war auch in Hinsicht ihrer gefangenen Leistung eine angenehme Bekanntschaft. Ihr weicher, sich einschmeichelnder Sopran hat zwar in der höhern Lage stumpfe Särten, die sein freies Ausfließen verhindern, aber eine gute Schulung hat hier wohlwollende Fälligkeit verlichen, dem gebundenen Gesang fast durchgängig Tonhöflichkeit und Kleinheit zu geben. Der Vortrag zeigte eine Begabung für das Frische, Natürliche, Ungezierte, die von den Hörern auch dankbar anerkannt wurde. Am Nützlich sah Max Witsche, der für den angekündigten Dresdner Festabendmeister Keiner aufscheinend im letzten Augenblick hilflos bereit eingespungen war. Jk.

